



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die deutsche Volksgruppe in Ungarn von der
Ansiedlung bis zur Vertreibung“

Verfasserin

Birgit Steiner

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 362

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium 1. UF Geschichte, Sozialkunde, Polit. Bildg,
2. UF Russisch

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Alojz Ivanisevic

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Einleitung	5
2. Grundbegriffe der Nation	7
2.1. Nation, Nationalismus und Nationalität	7
2.2. Die Nationskonzeptionen im Wandel der Zeit	9
2.3. Der integrierende Nationalstaat in Westeuropa und der unifizierende Nationalstaat in Mitteleuropa	13
2.4. Der sezessionistische Nationalstaat	14
2.5. Der europäische Nationalismus	15
2.6. Der ungarische Nationalismus	17
3. Siedlungsgeschichte	19
3.1. Die mittelalterliche Siedlungsperiode bis zur osmanischen Herrschaft	20
3.2. Die deutsche Siedlungsperiode nach der Befreiung aus osmanischer Herrschaft	24
4. Die Ungarndeutschen im 19. Jahrhundert – vom hegemonialen Bürgertum zur politisch passiven Minderheit	27
5. Die Magyarisierungspolitik und die Assimilation der Ungarndeutschen bis 1918	31
5.1. Die ungarische Schulpolitik	45
5.2. Die Magyarisierung der Orts- und Familiennamen	51
5.3. Die Kirchen und die Magyarisierungspolitik der Regierung	53
5.4. Die Auswirkungen der Magyarisierungspolitik	54
6. Das Ungarndeutschtum nach dem Ersten Weltkrieg	56
6.1. Die politische Emanzipation einer nationalen Minderheit	58
6.2. Die Minderheitenpolitik	60
7. Die Nationalitätenpolitik Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg	63
8. Die Exponenten der deutsch nationalen Bewegung in Ungarn	73
8.1. Die politische Tätigkeit Jakob Bleyers	73
8.2. Rudolf Brandsch	78
8.3. Der UDV und sein Tätigkeitsbereich	79
8.4. Die ungarische Schulpolitik in der Zwischenkriegszeit	81
9. Die „volksdeutsche Bewegung“ in den 1930er Jahren	83
9.1. Unter dem Einfluss des Deutschen Reiches	88
9.2. Flucht, Vertreibung und Integration der Ungarndeutschen	98
10. Zusammenfassung	109
Literaturverzeichnis	110
Abstract	117
Lebenslauf	121

Vorwort

Im Dezember 1945 musste mein Großvater, der damals erst zwölf Jahre alt war, mit seinen Eltern und seinen fünf Geschwistern in einer nebeligen Nacht auf einer Pferdekutsche seine Heimatgemeinde Szentjános (St. Johann) in Westungarn verlassen. Seine Familie durfte nur mitnehmen, was sie tragen konnte. Es war natürlich nicht viel, denn mit sechs Kindern war der Pferdewagen schnell voll. Sie flüchteten über die österreichisch-ungarische Grenze ins naheliegende Burgenland. In der Gemeinde Andau fanden sie auf einem Bauernhof Unterschlupf. Den Heiligen Abend 1945 schlief mein Großvater im Stall und hatte nicht einmal eine Decke, um sich zu wärmen. Die Familie meines Großvaters blieb beinahe ein Jahr am Hof der Bauernfamilie, die sie aufgenommen hatte. Danach übersiedelten sie in eine der Nachbargemeinden, wo sie sich eine neue Existenz aufbauten.

Anfang der 90er Jahre wurde ein Fest für alle „Heimatvertriebenen“ in Szentjános veranstaltet. Mein Großvater nahm an dieser Veranstaltung auch teil. Ich durfte ihn damals begleiten. Er traf viele seiner alten Freunde wieder, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben wurden und nach Deutschland geflüchtet waren. Er zeigte mir sein „Elternhaus“, in dem fremde Menschen lebten. Als Kind konnte ich nur schwer begreifen, was mein Großvater, seine Geschwister und Eltern in den Jahren vor, während und nach dem Krieg tatsächlich ertragen mussten. Erst durch mein Geschichtsstudium konnte ich die Erlebnisse meiner Großeltern in einen geschichtlichen Kontext einordnen und vor allem die Hintergründe der Vertreibung verstehen.

Ich möchte mich bei Herrn Professor Ivanišević für seine Unterstützung bedanken. Er hat mit seinen konstruktiven Vorschlägen die Qualität meiner Arbeit sehr verbessert. Mein Dank geht auch an meine Eltern, die mir während meiner Studienjahre eine große Stütze waren und mir ein Semester Auslandsstudium in Moskau ermöglichten und meinem Ehemann, der stets Verständnis für meine Interessen und den zeitlichen Aufwand, den mein Studium erforderte, aufbrachte.

1. Einleitung

Mit der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der ungarische Nationalismus vorerst seinen Höhepunkt erreicht. Um die Hintergründe dieser Zwangsaussiedlung und Zwangsenteignung einer gesamten Volksgruppe zu verstehen, muss man bis zu den Anfängen der deutschen Siedlungsgeschichte zurückgehen. Die historischen Ansprüche der Deutschen in Ungarn reichten bis in das 12. Jahrhundert zurück und waren für den im 19. und 20. Jahrhundert entstandenen Nationalitätenkonflikt in Ungarn bestimmend. Im Mittelalter wurden die deutschen Siedler mit Privilegien ausgestattet. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nahm das deutsche Bürgertum eine hegemoniale Stellung in den ungarischen Städten ein. Um die radikalen Maßnahmen am Ende des Krieges einordnen zu können, muss die Geschichte der Ungarndeutschen von ihrer Ansiedlung bis zur Vertreibung betrachtet werden. Denn erst mit dem Entstehen der modernen Nationen wurde die Frage nach den Nationalitäten auch zu einem politischen Problem. Die in dieser Arbeit gebotene Darstellung über das Werden der Nationen und das Entstehen von Nationalismus und Nationalitäten soll keinesfalls auf idealtypische Modelle beschränkt werden, sondern soll vielmehr einen Überblick über die verschiedenen Konzeptionen von Nation, wie sie im Wandel der Zeit bestanden, geben. In diesem Zusammenhang war eine Erklärung der Begriffe, wie es Benedict Anderson versuchte, hilfreich. Sehr vorteilhaft war auch eine genaue Gliederung der einzelnen Entstehungsphasen in den europäischen Nationalstaaten durch Theodor Schieder.

Die Begriffe Nation, Nationalismus und Nationalität existierten zwar schon lange, doch ihre Bedeutungen und Definitionen haben sich im Laufe der Geschichte gewandelt.

Das Denken des Mittelalters wurde beeinflusst durch die Gemeinschaft der Christenheit und die beiden Institutionen, Reich und Papsttum. Das Denken der frühen Neuzeit orientierte sich noch ganz an der Vereinigung großer Territorien unter einem Herrscher. In der Zeit der nationalen Bewegungen wurde der Begriff „Volk“ erweitert. Dem Volk wurde eine tragende Rolle übertragen und der Landesherrscher wurde in seiner Legitimation eingeschränkt. Die Völker beriefen sich auf ihre Rechte.

Mit der Französischen Revolution und dem Gedanken Rousseaus von einer *volonté générale* errichteten die Bürger mittels einer innerstaatlichen Revolution einen bereits bestehenden Staat neu als eine Willensgemeinschaft. Andernorts entstanden Nationalstaaten durch Sezession oder durch Unifizierung.

Der geschichtsorientierte Nationalismus in Ungarn erfuhr mit dem Einsetzen der Magyarisierungspolitik eine Radikalisierung, die in einer nahezu unerklärbaren Ablehnung der Magyaren gegenüber den Deutschen in Ungarn eskalierte.

2. Grundbegriffe der Nation

In der Zeit seit der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg wurde Europa von drei politischen Strömungen dominiert, die sich gegenseitig stark beeinflussten: die demokratische, die nationale und die soziale Bewegung. Im östlichen Europa, wo die demokratische Bewegung am schwächsten war, wurden die unterdrückten Völker von einem nationalen Bewusstsein erfasst und verlangten nach Gleichberechtigung.¹

Mit dieser neuen Weltanschauung verbreitete sich auch die Idee Johann Gottfried Herders² zur „Gleichberechtigung aller Völker“. In seinen Werken vermittelte er auch seine Auffassung von der Einzigartigkeit der Völker und betonte seine Wertschätzung den Slaven gegenüber.

Der Prozess des nationalen Bewusstwerdens war ein sehr langsamer. Miroslav Hroch stellte diesen Prozess in seinem Drei-Phasen Modell dar: In der ersten Phase beschäftigten sich die Gelehrten mit der Sprache, Kultur und Geschichte des unterdrückten Volkes und änderten somit ihre Sichtweise auf dieses Volk. In der zweiten Phase versuchte eine kleine Gruppe ihre nationale Begeisterung an die Massen weiterzugeben. In der dritten Phase wurden die Massen von einem nationalen Bewusstsein ergriffen.³

2.1. Nation, Nationalismus und Nationalität

Die Phänomene Nation, Nationalität und Nationalismus existieren bereits lange, doch Versuche, theoretische Definitionen dieser Begriffe zu geben, haben sich als sehr schwierig erwiesen und waren oftmals fließend und wenig konkret. In den romanischen Sprachen wurde Nation hauptsächlich mit dem Begriff Staat gleichgesetzt. Das Volk wurde als Träger des Staates gesehen, war aber auf keinen

¹ vgl. Siegfried *Tornow*, Was ist Osteuropa? Handbuch der osteuropäischen Text- und Sozialgeschichte von der Spätantike bis zum Nationalstaat (Slawistische Studienbücher/Band 16/Günther *Haus* und Helmut *Jachnow* (Hrsg.)/Wiesbaden 2005) 411.

² Johann Gottfried Herder (1744 – 1803), geboren in Preußen, studierte Theologie und war im Gegensatz zu den meisten Vertretern der Aufklärung ein Anhänger des Pantheismus. vgl. hierzu Siegfried *Tornow*, Was ist Osteuropa, 412-416.

³ vgl. Siegfried *Tornow*, Was ist Osteuropa, 414.

Fall identisch mit diesem. Auch eine eindeutige Grenze zwischen den Begriffen Nation und Volk ließ sich nicht immer ziehen. Als Nation wurde eher eine politische Gemeinschaft definiert, wohingegen der Terminus Volk vielmehr sprachliche und kulturelle Merkmale ansprach.⁴

Benedict Anderson bot folgende Begriffsdefinition:

„[Nation] ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän.“⁵

Als „vorgestellt“ bezeichnete Anderson die Gemeinschaft, weil sich ihre Mitglieder untereinander nicht kannten. Die Nation verstand sich als „begrenzt“, da sie sich innerhalb von Grenzen bewegte, abgegrenzt von anderen Nationen. Die Souveränität galt als oberstes Prinzip einer Nation. Freiheit erlangte eine Nation im souveränen Staat. Die Vorstellung einer Nation als Gemeinschaft kam daher, dass sie, laut Benedict Anderson, als ein *„kameradschaftlicher Verbund von Gleichen verstanden“* wurde trotz zahlreicher Unterschiede seiner Mitglieder. Der moderne Nationalismus war keine moderne Erfindung unserer Zeit, sondern das Ergebnis eines mehrere Jahrhunderte andauernden Prozesses an Veränderungen. Daher betrachtete Benedict Anderson Nationalität und Nationalismus auch als „kulturelle Produkte“.⁶

Nationalismus wurde auch manchmal mit Patriotismus verglichen. Um eine ungefähre Grenze dieser Begriffe zu geben, wurde Patriotismus mit Vaterlandsliebe in Verbindung gebracht, während sich Nationalismus auf die Hingabe zu einem Volk bezog. Keinesfalls sollte Nationalismus auf einen Ausdruck für die übertriebenen Ausprägungen des Zweiten Weltkrieges reduziert werden. Für eine korrekte Definition dieser Begriffe war eine genaue Betrachtung ihres historischen Werdens und ihrer Bedeutungsänderungen notwendig.⁷

⁴ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa (hrsg. v. Dann Otto und Wehler Hans-Ulrich Göttingen 1991) 88.

⁵ Benedict R. O’G. Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere einer erfolgreichen Konzepts (Aus dem Englischen von Benedikt Burkhard/dt. Erstausgabe/Frankfurt am Main 1988) 15.

⁶ vgl. Benedict R. O’G. Anderson, Die Erfindung der Nation, 15-18.

⁷ vgl. Eugen Lemberg, Geschichte des Nationalismus in Europa (Stuttgart 1950) 22-23; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 13-14 und 159.

2.2. Die Nationskonzeptionen im Wandel der Zeit

Im Mittelalter dienten Faktoren religiöser Natur als die einigenden Kräfte der christlichen Gemeinschaft des Abendlandes. Der Historiker Eugen Lemberg beschrieb die mittelalterliche „Nation“:

„Idee, Staats- und Gesellschaftsaufbau, Abgrenzungen gegen eine andersartige Umwelt, mühsam errungenes und stolz behauptetes Selbstbewusstsein, Sendungsglaube und außenpolitische Aufgabe, ja selbst eine gemeinsame Hochsprache der geistigen Führungsschicht, all diese Kräfte integrierten die abendländische Christenheit zu einer Art Nation. [...] als gemeinschaftsbildende Kraft erfüllte [diese einigende Idee] eine Funktion, wie sie später „nationale“ Ideen und Ideologien ausüben sollten.“⁸

Das im Mittelalter verbreitete Gemeinschaftsgefühl, das oft als Universalismus dargestellt wurde, konnte zumindest aus psychologischer Sicht als eine Form von Nationalgefühl aufgefasst werden.⁹

Die im Mittelalter entstandene neue Gesellschaftsschicht des Bürgertums entwickelte sich rasch über die engen Grenzen der feudal-agrarischen Gesellschaft hinaus. Der Fernhandel wurde entdeckt und Waren für fremde Märkte produziert. Geprägt durch eine frühkapitalistische Wirtschaftsform und eine bürgerliche Gesellschaft, die zur Trägerin einer neuen Weltanschauung wurde, leitete diese Zeit die Ausbildung moderner Nationen ein.¹⁰

Schon im Spätmittelalter veränderte sich die Sichtweise, in der die Welt wahrgenommen wurde. Das religiöse Denken, das die Gemeinschaften damals zusammenhielt, verlor kontinuierlich an Bedeutung. Die Erweiterung des Weltbildes, ausgelöst durch die zahlreichen Expeditionen und ein Vordringen in neue Welten und Kulturen, war eine der Ursachen für diesen Wandel. Weiter wurde Latein, das bis

⁸ Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 53.

⁹ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 53-54.

¹⁰ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 67 und 74.

dahin als die verbindende Sprache der europäischen Intelligenz galt, allmählich durch die jeweiligen Landessprachen abgelöst.¹¹

Auch die Erfindung des Buchdrucks und die damit verbundene Reproduzierbarkeit von Wissen und seine rasche Verbreitung spielten hierbei eine bedeutende Rolle.¹² Der Historiker Benedict Anderson nannte die neuen Schriftsprachen und den Buchdruck, der den Lesern als verbindendes Kommunikationsmittel diente, als die Grundlagen des Nationalbewusstseins der neuen vorgestellten Gemeinschaften. Er sah einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Buchdruck, dieser vorgestellten Gemeinschaften, die das Fundament der modernen Nationen bildeten.¹³

Die großen Reiche, zusammengehalten von einem Herrscher, der seine Legitimität durch Gottes Gnaden erhalten hatte und über seine Untertanen herrschte, waren zur damaligen Zeit das Vereinigungsmodell. Diese Reiche waren ausgerichtet auf ein Zentrum, ihre Grenzen waren nur schwer zu festigen und sie wurden durch gezielte Heiratspolitik oftmals erweitert. Doch bereits im 17. Jahrhundert verloren die westeuropäischen Monarchien an Legitimität.¹⁴ Die zentralen Gewalten gerieten in eine Krise, sie verloren ihre Vormachtstellung. Das Denken der Zeit ging in die Richtung, nicht mehr Gott als Ursprung aller Schöpfung zu sehen. Wenn aber erstmal Gott nicht mehr verantwortlich für die Weltgeschichte war, so hatte auch der König, der ja Herrscher durch Gottes Gnaden war, seine Legitimität verloren.¹⁵ Der moderne Mensch der damaligen Zeit stand den zentralen Autoritäten Papst und Kaiser nüchtern und objektiv gegenüber. Das Prinzip der verbindenden Christenheit verlor an Bedeutung. An ihre Stelle traten neue nationale und politische Gemeinschaftsordnungen, erste Konzepte zur Nation und Nationalismus entstanden.¹⁶ Am Ende dieser Entwicklung stand die Entstehung der neuzeitlichen Nationalstaaten, hervorgegangen einerseits aus den großen Reichen und ihren religiösen Aufgaben und

¹¹ vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 24-27.

¹² vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 44.

¹³ vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 51-55.

¹⁴ vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 27-31.

¹⁵ „So sieht Leibniz Gott zwar noch durchaus in der Weltgeschichte wirksam, aber doch so, dass er bei der Schöpfung der Gesetze und Kräfte im Sinne einer prästabilierten Harmonie in die Welt hineingelegt habe, die sich nun nach diesen Gesetzen weiterentwickelt. [...] Eine Stufe weiter stehen die Deisten, die in Gott nur noch die ferne, letzte Ursache der Dinge sehen.“ Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 118.

¹⁶ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 75 und 118.

andererseits doch als Apparat eines Staatsvolkes, das immer mehr als treibende Kraft neben den Landesherren getreten war. Diese „Nationalstaaten“ waren von einem Landesherren aus einem dynastischen Territorium geschaffen und zu einer Nation – bestehend aus zahlreichen durch Heirats- und Erbpolitik erworbenen Volksteilen – vereint worden. Dieser Staatenbildung nach dynastischen Besitzverhältnissen gegenüber entwickelte sich fast zeitgleich ein Bewusstsein der Völker für ihre religiösen, kulturellen und sprachlichen Eigenarten ¹⁷

Am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts wendete sich das Bild der Nation hin zu dem eines „überindividuellen Wesens“, wie Eugen Lemberg es beschrieb. Die Nation mit ihrem konfessionellen Charakter wurde zur Bindekraft der Gemeinschaften. ¹⁸

Um eine nationale Kontinuität vorzulegen, wurde auch auf Mythen zurückgegriffen. So betonten zum Beispiel die Ungarn ihre Herkunft von den Hunnen und rechtfertigten somit ihren rechtlichen Anspruch auf das ungarische Land. Und auch wenn Ungarn im Mittelalter ein einheitlicher Staat war, so war es doch nie ein Nationalstaat, sondern ein multinationales Königreich. ¹⁹

Den politischen Absichten und Zielen der auftretenden Ideologien entsprechend kam es im 19. Jahrhundert zur Anwendung unterschiedlicher Begriffe, wie zum Beispiel Kultur- oder Staatsnation, wobei es keine eindeutige Unterscheidung beider Begriffe gab, lediglich eine enge Verbindung von Volk und Kulturnation, und der Ausdruck Staatsnation immer den Begriff Nation in den Vordergrund stellte. Im Osten Europas war in dieser Zeit das bestimmende Element, das eine Nation definierte, die Sprache, wohingegen dieser Faktor für die im westlichen Europa gängige Definition von Nation überhaupt keine Rolle spielte. Hier war ein gemeinsamer Staat das ausschlaggebende Element, die Staatsbevölkerung die bewusste Trägerin des Staates. Aufgrund ihrer Möglichkeit zur Mitbestimmung hatte die westeuropäische Bevölkerung ein lebendiges Interesse am Staat hervorgebracht. Diese Faktoren wirkten als integrierende Kräfte, die die Gemeinschaft der Nationen zusammenhielten. Aber auch dem Staat als

¹⁷ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 108.

¹⁸ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 78-79.

¹⁹ vgl. Jenő Szűcs, Nation und Geschichte. Studien (Köln/Wien 1981) 23-24.

nationbildende Kraft waren Grenzen gesetzt, gerade und vor allem dort, wo er sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten keinerlei Beachtung schenkte und sich über diese hinwegsetzte.²⁰

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der alten Großreiche entstand eine Reihe von Nationalstaaten, die Völker wurden zu Nationen und die Minderheiten zu Nationalitäten.²¹

Die Rolle der Nation veränderte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Es gab Ansätze zu einer Minderheitenpolitik und „Nationaldemokratien“, die allerdings durch den Nationalsozialismus und den als Reaktion auf die nationalsozialistische Vorgehensweise hervorgerufenen Handlungen, allen voran die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa, zerstört wurden. Der Nationalstaat hatte ein Ausmaß erreicht, das sich durch seine klassischen Strukturen nicht mehr zusammenhalten ließ und, um nur ein Beispiel zu nennen, in einem nationaltotalitären Machtsystem wie dem des Nationalsozialismus in Deutschland endete. Dem Prinzip dieses Regimes entsprechend kam es zur ideologischen Vernichtung der Souveränität anderer Nationen.²²

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Nationalismus seinen Höhepunkt vorerst überschritten. Die Nationen hatten sich in die politischen Strukturen und Ideologien ihrer Zeit eingegliedert und so einen Großteil ihrer Souveränität und Selbstbestimmung verloren. Osteuropa wurde aufgrund seiner Zersplitterung in Nationalstaaten zum ersten Mal während des Zweiten Weltkrieges und zum zweiten Mal unter sowjetischer Herrschaft von den machtpolitischen, militärischen und ideologischen Strukturen überwältigt. Die Nation war nicht länger das maßgebende Prinzip der Geschichte.²³

²⁰ vgl. Franz Hieronymus *Riedl* (Hrsg.), *Menschenrechte, Volksgruppen, Regionalismus*. Festgabe für Hon. Prof. R. A. Dr. Theodor Veiter zum 75. Geburtstag (Wien 1982) 68; Jenő *Szűcs*, *Nation und Geschichte*, 27-28; Eugen *Lemberg*, *Die Geschichte des Nationalismus in Europa*, 22, 117 und 127.

²¹ vgl. Siegfried *Tornow*, *Was ist Osteuropa*, 422.

²² vgl. Eugen *Lemberg*, *Die Geschichte des Nationalismus in Europa*, 10-11; Theodor *Schieder*, *Nationalismus und Nationalstaat*, 85.

²³ vgl. Eugen *Lemberg*, *Die Geschichte des Nationalismus in Europa*, 10-11; Theodor *Schieder*, *Nationalismus und Nationalstaat*, 21 und 63-64.

In den vergangenen Jahrzehnten stellten sich neue Ansprüche nach einer neuen Konzeption von Nation. Das Phänomen Nation ließ sich im 20. Jahrhundert nicht mehr ausschließlich durch seine historischen Wurzeln erklären.²⁴ Ein enger Zusammenhang zwischen Nation und Gesellschaft war aufgrund der zunehmenden sozialen Probleme des Nationalstaates nicht mehr außer Acht zu lassen. Der sich in der Gesellschaft des vergangenen Jahrhunderts vollziehende soziale Wandel prägte die Nationalstaaten nachhaltig. Durch ein Hineinwachsen neuer Schichten in die nationalen Gesellschaften veränderten sich diese gesellschaftlichen Schichten der Nationalstaaten zu komplexen Gebilden.²⁵

2.3. Der integrierende Nationalstaat in Westeuropa und der unifizierende Nationalstaat in Mitteleuropa

Eingeleitet durch die Aufklärung im 18. Jahrhundert und nachdem man sich von der mittelalterlichen Weltanschauung gelöst hatte, fand die Idee der Nation als eine rational begriffene Gemeinschaft ihren Ausdruck in der Französischen Revolution.²⁶ Im Zuge dieser innerstaatlichen Revolution, an deren Ende die Bildung einer Nation durch die Gemeinschaft der Bürger als eine freie Willensgemeinschaft stand, zählten weder sprachliche noch nationale Faktoren als Merkmale einer politischen Nationalität, sondern lediglich ihr subjektives Bekenntnis zu dem neu konzipierten Nationalstaat. Nation bedeutete somit Staatsbürgerschaft.²⁷ Diese Ende des 18. Jahrhunderts einsetzende erste Phase der Entstehung von integrierenden Nationalstaaten war geprägt vom Prinzip der „volonté générale“ im Sinne Rousseaus und der „*Nation als*

²⁴ vgl. Jenő Szűcs, Nation und Geschichte, 7-11.

²⁵ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 97-101.

²⁶ Gleichzeitig bildete sich aber auch in England ein moderner Nationalstaat aus einer innerstaatlichen Revolution heraus. vgl. hierzu Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 69.

²⁷ vgl. hierzu die Definition von Joseph Emmanuel Sieyès, französischer Geistlicher und Staatsmann zur und nach der Zeit der Französischen Revolution: „*Eine Nation ist eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind.*“ Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 69.

das souveräne Volk, Ursprung und Hüter der Macht“, wie der Historiker Theodor Schieder es beschrieb.²⁸

In der zweiten Phase der Nationalstaatengründung trat eine Nationskonzeption in den Vordergrund, die auf unveränderliche Faktoren, wie zum Beispiel eine gemeinsame Sprache, Kultur oder Geschichte, begründet war. Es war die Zeit der nationalen Einheitsbewegungen, die eine Nation als eine historische, kulturelle oder soziale Gemeinschaft definierten, welche bereits vor dem Staat existierte und ihm gegenüber erstrangig war. Diese sogenannten Kulturnationen, zu denen vor allem Deutschland und Italien zählten, strebten eine politische Einheit an. Um diese zu erreichen, opferten sie ihr sogar die Freiheit des Einzelnen. In dieser Zeit dienten der Roman und die Zeitung als Medien zur Verbreitung eines nationalen Gedankens.²⁹

2.4. Der sezeptionistische Nationalstaat

Im 17. Jahrhundert wirkte die „Abwehr der Türkengefahr“ noch als integrierendes Element, das ein aus verschiedenen Ländern zusammengewachsenes Konglomerat in Mitten Europas unter der Dynastie der Habsburger zusammenhielt. Später waren es die Regenten Maria Theresia oder Franz Joseph selbst, die eine solche integrierende Wirkung hatten und die Völker der habsburgischen Erbländer zu einer Art österreichischen Nation zusammenhielten. Von den zu einem nationalen Bewusstsein erwachenden Völkern löste sich jedoch als Erstes 1867 eine ungarische Staatsnation heraus.³⁰

Im 19. und 20. Jahrhundert war die Gliederung Europas in dynastische Territorien endgültig an ihre Grenzen gestoßen. An die Stelle des Habsburgerreiches traten vermeintlich einheitliche nationale Demokratien. Es entstanden neue Nationalstaaten durch Sezession. Doch das komplizierte Siedlungsverhältnis innerhalb dieser

²⁸ Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 69.

²⁹ vgl. Jenő Szűcs, Nation und Geschichte, 21-25; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 32-35; Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 69; Siegfried Törnøw, Was ist Osteuropa, 421.

³⁰ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 109-112.

Nationalstaaten ließ eine Grenzziehung nach sprachlichen oder kulturellen Kriterien nicht zu und somit fasste ein Nationalstaat mehrere Nationalitäten zusammen, die unter dem Namen „Minderheiten“ deklariert wurden. So traten aus den fiktiven Nationalstaaten die Nationalitäten hervor und eine erneute Umstrukturierung Europas nach gemeinsamer Sprache, Kultur oder Abstammung war absehbar.³¹

Durch den Zusammenbruch der großen Reiche Österreich-Ungarn, Russland und des Osmanischen Reiches wurde die Gefahr der rivalisierenden Nationalitäten immer deutlicher. Eine Gliederung Europas in souveräne Nationalstaaten brachte zahlreiche Probleme mit sich. Vor dem Ersten Weltkrieg waren es die Großreiche, die die verschiedenen Nationen zusammenhielten, indem sie diese unterdrückten. Jetzt wurde eine friedliche Koexistenz der verschiedenen Nationen die Aufgabe für die bereits neu entstandenen und noch im Entstehen begriffenen Nationalstaaten. Denn bereits 1851 hatte der italienische Rechtsgelehrte Pasquale Mancini *„ein[en] Staat, in dem viele kräftige Nationalitäten zu einer Einheit gezwungen werden, als ein „lebensunfähiges Ungeheuer“ beschrieben.*³²

2.5. Der europäische Nationalismus

Wann genau der Nationalismus in Europa zum ersten Mal auftrat, konnte nicht genau festgelegt werden. Ethnische Vorurteile gab es seit jeher. Man fand sie bereits in Quellen aus dem 8. Jahrhundert. Aufgrund der Ähnlichkeiten dieser Aussagen zu den modernen Formen des Nationalismus wurden sie mit diesem verglichen. Vor allem die Zeit der Kreuzzüge war eine Zeit, in der sich ein Bewusstsein für nationale Gegensätze verbreitete. Die Reihe solcher Beispiele würde sich endlos lange fortsetzen lassen, denn wo auch immer Menschen unterschiedlicher Kulturen zusammenkamen, bestand ein Konfliktpotential, und zwar vor allem durch die triebhafte Überbetonung der

³¹ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 21; Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 82-83 und 227.

³² vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 38-41 und 62-65. (Zitat auf S. 38.)

jeweiligen Eigenart und der Ablehnung des Fremden.³³ Doch mit einem „ideologischen Nationalismus“, der auf den Grundlagen einer Idee oder einer Strömung basierte, hatten diese Aussagen nichts gemein.³⁴

Im 18. Jahrhundert rückte der Begriff „Nation“ erstmals ins Zentrum des politischen und sozialen Geschehens. In einer Zeit der Aufklärung und des religiösen Umbruchs trat spontan der „Nationalismus“ auf, hervorgegangen aus einer Reihe kultureller Systeme.³⁵ Dieser Nationalismus war an eine nationale Schriftsprache gebunden und verfolgte stets bewusste Ziele. In Ungarn zeigte sich diese Verbindung zwischen Nationalismus und Sprache bereits im späten 18. Jahrhundert unter anderem dadurch, dass sich der magyarische Adel weigerte, deutsch statt lateinisch zu sprechen, und gleichzeitig für eine magyarische Amtssprache plädierte, oder später auch in der Verteidigung des Schriftungarischen durch den Kleinadel.³⁶

Im Laufe des 19. Jahrhunderts verstärkten sich die nationalistischen Volksbewegungen in Europa. Es verbreitete sich rasch die Auffassung von Sprache als ein ausschlaggebende Charakteristikum eines Volkes und, dass ein Staat nur auf Grund einer einheitlichen, nationalen Sprache gegründet werden konnte. Natürlich stand die Sprache nicht in allen Teilen Europas so sehr im Vordergrund. Die Auffassung von Sprache als Mittel zur Bildung einer homogenen Nation aber blieb teilweise bis ins 20. Jahrhundert aufrecht.³⁷

³³ Lemberg Eugen charakterisiert diese Form des Nationalismus, der auf der triebhaften Bevorzugung allen Eigenen und der Ablehnung allen Fremden basiert, als *triebhaften Nationalismus*. vgl. hierzu Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 27.

³⁴ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 24-27.

³⁵ Mit kulturellen Systemen sind gemeint: Die Erweiterung des Weltbildes, „Degradierung der heiligen Sprache“, Verlust der Legitimität der Monarchien und Kommerzialisierung des Buchdrucks.

³⁶ vgl. Franz Hieronymus Riedl, Menschenrechte, Volksgruppen, Regionalismus, 68; Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, 20 und 72-75.

³⁷ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 76-77.

2.6. Der ungarische Nationalismus

Im mittelalterlichen Ungarn kam es zu keiner selbständigen Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft, wie dies in anderen europäischen Ländern der Fall war. Daher wurden deutsche Kaufleute und Handwerker ins Land gerufen, mit Privilegien ausgestattet und dadurch die Entstehung der Städte begünstigt. Neben den ungarischen Adeligen und Bauern gab es nun auch eine deutsche Bürgerschicht. Erst an der Wende zum 19. Jahrhundert gelang es der magyarischen Bevölkerung in die Bürgerschicht aufzusteigen und die Städte zu magyarisieren. Inwieweit die Städtegründung durch deutsche Kaufleute auf ungarischem Boden tatsächlich als „schweres Unrecht“ durch die magyarische Bevölkerung empfunden wurde, wie von Eugen Lemberg beschrieben, kann hier nicht objektiv beurteilt werden. Fest steht allerdings, dass dieses deutsche Bürgertum und eben diese deutschen Städtegründungen die Ausbildung der modernen ungarischen Nation einleiteten.³⁸

Der ungarische Nationalismus entwickelte sich am Anfang des 19. Jahrhunderts aus dem ungarischen Ständewesen. Geprägt durch ein dualistisches Nationalbewusstsein³⁹, gleichermaßen Kultur- und Staatsnation zu sein, formierte sich eine ungarische Nation. Die Eigenart und gleichzeitig auch Problematik des ungarischen Nationalismus lag darin, dass er seine Legitimation ausschließlich aus der Geschichte entnahm und den Zusammenhang von Geschichte und Nation viel zu sehr überbetonte. Vor allem extremistische Bewegungen oder auch der Turanismus⁴⁰ beriefen sich auf eine angebliche ungarische Urgeschichte. Die Argumentation ging auch in die Richtung, dass sich die ungarische Nation als eine Gemeinschaft jener definierte, die Ungarisch sprachen. Doch dieses Argument wurde durch jene Tatsache behindert, dass ein Großteil der auf dem von Ungarn beanspruchten Gebiet lebenden Bevölkerung nicht Ungarisch sprach.⁴¹

³⁸ vgl. Eugen Lemberg, Die Geschichte des Nationalismus in Europa, 72-75.

³⁹ Der Habsburgermonarchie gegenüber argumentierte man mit einer gemeinsamen ungarischen Sprache und Kultur und den Nationalitäten gegenüber führte man das Argument des historischen ungarischen Staatsrahmen an.

⁴⁰ Der ungarische Turanismus betonte die Führungsrolle des ungarischen Volkes.

⁴¹ vgl. Jenő Szűcs, Nation und Geschichte, 28-31 und 65.

Im 19. Jahrhundert wurde in Ungarn also die Forderung nach Einsprachigkeit verstärkt. Es entstand ein sogenannter „offizieller Nationalismus“⁴² mit konservativem Charakter, der eben auf diesem Fundament eines vorausgegangenen spontanen „sprachlichen Volksnationalismus“ basierte. In Ungarn äußerte sich dieser offizielle Nationalismus in den 1840er Jahren, und zwar mit dem Einsetzen der Magyarisierungspolitik. Diese Magyarisierung war eine Reaktion des ungarischen Adels auf eine bevorstehende Marginalisierung. Im Gegensatz dazu stand der ungarische Volksnationalismus, an dessen Spitze Lajos Kossuth⁴³ stand, mit seinen Zielen: Abschaffung des feudalen Landtags und der Leibeigenschaft. Der Revolutionsregierung Kossuths folgte die Regierung Kálmán Tiszas⁴⁴, in der der offizielle ungarische Nationalismus wieder in den Vordergrund rückte. Das im Jahre 1868 erlassene Nationalitätengesetz, das den Nichtmagyaren bestimmte Rechte zugesichert hatte, wurde wieder bedeutungslos. Es war die Zeit intensiver Magyarisierungspolitik. Doch was nicht sofort ersichtlich war, war jene Tatsache, dass dieser ungarische Nationalismus eine große Kluft zwischen Nation und dynastisches Reich riss. Denn die Magyarisierungspolitik sah keine Möglichkeiten für die Mitbestimmungsrechte oder den politischen Einfluss der Minderheiten.⁴⁵

⁴² Offiziell in dem Sinne, dass der offizielle Nationalismus vom Staat ausgehend hervorgerufen und gelenkt wird und in erster Linie im Dienste der Regierungsinteressen handelt. vgl. hierzu Benedict *Anderson*, *Die Erfindung der Nation*, 159.

⁴³ Lajos Kossuth war ein ungarischer Politiker und Publizist, der einen teilweise sehr radikalen Kurs in der Unabhängigkeitsbestrebung Ungarns von Österreich führte. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit Ungarns am 14. April 1849 wurde er in Debrecen, wohin das Abgeordnetenhaus ausgewichen war, als „Reichsverweser“ eingesetzt. Aufgrund seiner immer deutlicher werdenden Sympathien für den linken Flügel war er heftiger Kritik ausgesetzt. Nachdem sich aber auch das zaristische Russland an die Seite Österreichs gestellt hatte, musste die ungarische Armee ihre Niederlage erkennen. Kossuth konnte in die Türkei fliehen. vgl. hierzu Jörg K. *Hoensch*, *Geschichte Ungarns 1867-1983* (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984) 19-20.

⁴⁴ Kálmán Tisza war von 1875 bis 1890 ungarischer Ministerpräsident. Die liberale Partei (Szabadelvű Párt), die durch den begüterten Adel und einen noch nicht so sehr ausgebildeten Mittelstand getragen wurde, schränkte die anderen Parteien in ihren Wirkungsmöglichkeiten ein und ermöglichte Tisza somit eine relativ freie Machtausübung. Eine teilweise eher korrupte Vergabe von Posten verschafften Tisza und seiner Partei eine politisch und sozial hochrangige Anhängerschaft, auf deren Loyalität sie sich verlassen konnten. vgl. hierzu Jörg K. *Hoensch*, *Geschichte Ungarns*, 32-36.

⁴⁵ vgl. Benedict *Anderson*, *Die Erfindung der Nation*, 106-109.

3. Siedlungsgeschichte

Die bestimmenden Momente in der Siedlungsgeschichte der ungarndeutschen Volksgruppe waren ihre unterschiedliche Herkunft und ihre großräumige Verbreitung. Die deutsche Siedlungsgeschichte in Ungarn setzte sich aus mehreren Siedlungswellen zusammen. Eine Eigenart dieser Siedlung lag darin, dass die deutschen Siedler von der kaiserlichen und ungarischen Hofkammer oder von den geistlichen und weltlichen Grundherren angesiedelt wurden. Es handelte sich also überwiegend um eine angeordnete Siedlung. Die Anfänge dieses Siedlungsprozesses waren in Quellen, die bis ins 9. Jahrhundert zurückreichten, festgehalten.⁴⁶ In diesen war bereits von mehreren deutschen Kolonien und deutschen Ortsnamen die Rede, die auf eine der ersten deutschen Siedlungswellen zurückzuführen waren. Hierbei handelte es sich um aus Bayern stammende Bauern, die sich um 800 in Westungarn – heutiges Burgenland - niederließen.⁴⁷ Der westungarische Raum war somit das älteste deutsche Siedlungsgebiet. Hier ließ sich während des 10. und 16. Jahrhunderts auch ein Großteil der deutschen Einwanderer nieder.

Seit dem 12. Jahrhundert wurden deutsche Siedler zur Absicherung der Grenzgebiete nach Oberungarn, in die Zips und nach Siebenbürgen gerufen und mit Privilegien ausgestattet, die im Freiheitsbrief von König Andreas II. im Jahr 1224 zusammengefasst wurden. Im 13. Jahrhundert holte König Andreas II. zur Absicherung seines Landes gegen die asiatischen Kumanen den deutschen Ritterorden nach Ungarn. Zwar wurde dieser Orden bald wieder vertrieben, da er eine zu hohe Selbständigkeit anstrebte, doch die deutschen Siedlungen blieben erhalten.⁴⁸

Die deutschen Siedler trugen wesentlich zum inneren Aufbau des Landes und zur Förderung des Handels, des Bergbaus sowie des gesamten wirtschaftlichen Lebens in

⁴⁶ vgl. Johann *Weidlein*, Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Eine historische Studie (Schorndorf 1953) 4; Franz *Riedl*, Stefan *Steiner*, Die Ungarndeutschen . Weg einer Volksgruppe (Freilassing 1962) 6.

⁴⁷ vgl. Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50 (hrsg. v. Statistisches Bundesamt Wiesbaden/Stuttgart 1958) 372-373.

⁴⁸ vgl. Wilfried *Krallert*, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung (Bielefeld/Berlin/Hannover 1958) 9; Karl und Mathilde *Uhlirz*, Handbuch der Geschichte Österreich-Ungarns (Band 1/Graz/Wien/Köln 1963) 423-426.

Ungarn bei. Sie waren auch maßgeblich an der Gründung der meisten ungarischen Städte beteiligt.⁴⁹

3.1. Die mittelalterliche Siedlungsperiode bis zur osmanischen Herrschaft

Im Mittelalter folgten zahlreiche deutsche Bauern, Kaufleute, Handwerker und Bergleute den Aufrufen der ungarischen Könige und ließen sich im ungarischen Raum nieder. Durch diese deutschen Siedlungen wurden unter anderem der Aufbau der Städte beschleunigt, die Entwicklung der verschiedenen Handwerke vorangetrieben oder auch die Sicherung der Landesgrenzen gewährleistet.⁵⁰

Unter Großfürst Géza (972 – 997) setzte eine Welle der Christianisierung ein. In der Gemeinschaft der Christen hoffte der ungarische Großfürst, sich gegen das von Otto I. begründete Heilige Römische Reich und das Kaiserreich Byzanz besser durchsetzen zu können. Diese Christianisierung wurde vorwiegend von deutschen Missionaren durchgeführt. Vor allem mit deutscher Hilfe gelang den Magyaren im 10. Jahrhundert eine Anpassung an die Kultur des Abendlandes und ein Aufbau ihres Reiches nach westlichem Vorbild.⁵¹

Bereits zur Zeit der Christianisierung konnte Géza seine Macht auf eine bayrische Ritterschaft stützen. Mit ihrer Hilfe gelang es ihm, die alten Stammesorganisationen zu zerschlagen und eine auf Burgen gestützte Zentralmacht zu errichten. Die Deutschen blieben über Jahrhunderte die Stützen der königlichen Herrschaft.⁵²

Gézas Sohn Vaik erhielt eine christliche Erziehung und wurde – nach dem Schutzpatron von Passau - auf den Namen Stephan (=István) getauft. Er heiratete eine bayrische Prinzessin, eine Tochter von Herzog Heinrich II. und wurde im Jahr 1000 durch Papst Sylvester II. zum König gekrönt. In Gefolgschaft der bayrischen Prinzessin kamen zahlreiche Deutsche nach Ungarn. István I., der Heilige (997 –

⁴⁹ vgl. Karl und Mathilde *Uhlirz*, Handbuch der Geschichte Österreich-Ungarns, 425-426.

⁵⁰ vgl. Die deutschen Vertreibungsverluste, 373.

⁵¹ vgl. Josef Volkmar *Senz*, Geschichte der Donauschwaben. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien/München 1993) 26.

⁵² vgl. Jörg K. *Hoensch*, Ungarn-Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft (Hannover 1991) 18.

1038), vollzog mit seiner Konvertierung zum Christentum und seiner Heirat den kirchlichen und politischen Anschluss an den Westen und wurde somit zum Begründer der ungarischen Monarchie. Bereits in dieser Zeit entstand eine enge Verbindung zum Deutschen Reich.⁵³

Bereits im Mittelalter war also ein beachtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung keine Magyaren. Dieser als „hospites“ bezeichnete Teil der Bevölkerung wurde mit zahlreichen Freiheitsrechten mit weitgehender politischer und kirchlicher Selbstverwaltung ausgestattet. Diese „hospites“, deren Anwesenheit als dauerhaft gesehen wurde, stammten zu einer überwiegenden Mehrheit aus dem mittelalterlichen Deutschen Reich. Zu Beginn dieser deutschen Siedlung wurde es noch als Privileg betrachtet, eine Abstammung von den deutschen Siedlern vorweisen zu können.⁵⁴

Bereits István der Heilige erkannte und betonte die Bedeutung und den Nutzen der Neuankömmlinge für sein neugebildetes Reich, wobei er vor allem ihre Sprache und Traditionen sehr schätzte, wie er es in einem Brief festhielt:

„[...] Die Eingewanderten bringen fremde Sprache und Sitte, fremde Kenntnisse und Waffen ins Land, wodurch sie den Glanz des Hofes und die Stärke des Reiches vermehren. [...]“⁵⁵

Unter König Géza II. (1141-1162) kam es zu einer bedeutenden Siedlung durch Deutsche in Siebenbürgen und der Zips. Diesen sogenannten Zipser Sachsen und Siebenbürger Sachsen gelang der Ausbau eines starken deutschen Gemeinwesens mit Selbstverwaltung, das eigenen Grafen unterstellt war. Höchstwahrscheinlich wurde diese Ansiedlung aus Gründen der Landes- und Grenzsicherung durchgeführt. Die neuen Siedler erlangten teilweise ein hohes Ansehen am Hof und in der Gesellschaft. Sie stiegen in die höchsten Kreise des Militärs und des Adels auf. Am Hof waren sie gerne gesehen und anerkannt. Sie hatten erreicht, dass ihre Privilegien in den

⁵³ vgl. Wilfried Krallert, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, 5-6; Josef Volkmar Senz, Geschichte der Donauschwaben, 26; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter. In: Günter Schödl (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau [o.O. o.J.] 21-88, 22-23; Jörg K. Hoensch, Ungarn-Handbuch, 18-19; Johann Szegö, Eine kurze Geschichte Ungarns. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005) 9.

⁵⁴ vgl. Wilfried Krallert, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, 9; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 22-23.

⁵⁵ Franz Riedl, Stefan Steiner, Die Ungarndeutschen, 6.

Gesetzbüchern festgehalten wurden. Die Siebenbürger und Zipser Sachsen unterhielten noch bis ins Spätmittelalter, vor allem im Bereich der Kunst, rege Beziehungen zu der westlichen deutschen Bevölkerung.⁵⁶

Als sich auch in Ungarn ein Feudalsystem zu bilden begann, gab es noch kein Städtewesen mit starkem Bürgertum. Um dies zu umgehen, wurden vor allem deutsche Siedler ins Land geholt, die eine fertig ausgebildete Stadtform in den Osten brachten. Sie übertrugen den in Nordwesteuropa entstandenen Stadttyp auf die neu gegründeten Siedlungen. Diese Städte waren aus einem Zusammenschluss von weltlichen und kirchlichen Sitzen mit den Niederlassungen wandernder Fernhändler und Handwerker hervorgegangen, von einer Stadtmauer umgeben und besaßen ein eigenes Stadtrecht. Nach diesem Vorbild entstand auch die Mehrzahl der Städte in Ungarn durch deutsche Siedler. Neben der bäuerlichen Siedlung zählen diese seit dem 12. Jahrhundert durchgeführten, aber vor allem im 13. und 14. Jahrhundert verstärkten Städtegründungen, zu den herausragendsten Leistungen der deutschen Siedler. Die großen Städte dieser Zeit, wie zum Beispiel Preßburg, Ofen, Pest, Fünfkirchen, Stuhlweißenburg oder Steinamanger, wurden bis zum Zeitpunkt des Mongolensturms hauptsächlich von Deutschen bewohnt. Da sich Kunst und Kultur ausschließlich in den Städten entwickelten, wurden diese Bereiche auch von den Deutschen dominiert.⁵⁷

Der Tatarensturm im Jahr 1241 hatte verheerende Folgen für das gesamte Ungarische Reich. Nach den für die Ungarn vernichtenden Schlachten bei Liegnitz am 9. April 1241 und bei Mohi (südwestliche des Sajó) am 11. April 1241 befanden sich die mongolischen Truppen bald vor den Pester Stadttoren und die Eroberung dieser „großen und sehr reichen deutschen Stadt“⁵⁸, wie sie von den Zeitgenossen beschrieben wurde, war absehbar. Einzig der Tod des Großkhans konnte die zerstörerische Armee zu einem Rückzug bewegen. Nach diesem gewaltigen Sturm der

⁵⁶ vgl. Josef Volkmar Senz, Geschichte der Donauschwaben, 26; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter 28-31 und 86.

⁵⁷ vgl. Wilfried Krallert, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung, S. 9-12; Josef Volkmar Senz, Geschichte der Donauschwaben, 26-27.

⁵⁸ Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 51.

Mongolen war ganz Ungarn verwüstet und ungefähr fünfzig Prozent seiner Bevölkerung ermordet.⁵⁹

Um eine erneute Katastrophe dieses Ausmaßes zu verhindern, schritt König Béla IV. sofort an die Sicherung der Städte und Siedlungen. Er holte erneut zahlreiche Deutsche in sein Reich. Doch dieses Mal waren auch Bauern unter den Neuankömmlingen, die zu Untertanen der Adligen wurden.⁶⁰

Im 13. Jahrhundert wurden erneut deutsche Siedler ins Land eingeladen. Sie wurden als fachlich qualifizierte Bergbauleute herangezogen, um die Gewinnung von Metallen voranzutreiben.⁶¹

Mit dem plötzlichen Tod von András III. wurde das ungarische Königshaus in seiner innenpolitischen Stabilität zusätzlich geschwächt. Es kam zu Nachfolgekämpfen zwischen den Přemysliden, den Wittelsbachern und dem Haus Anjou. Erst nach jahrelangem Interregnum und mit Unterstützung der Kurie konnte sich Károly I. Robert von Anjou-Neapel (1308-1342) durchsetzen. Es dauerte weitere Jahre, bis sein Herrschaftsanspruch nicht mehr in Frage gestellt wurde. Nach dem Aussterben der Dynastie der Arpaden bestieg also die Anjou-Dynastie den ungarischen Thron.⁶²

Im Jahr 1433 erhielt Zsigmond die Krone des Heiligen Römischen Reiches und der Doppeladler wurde als Zeichen der kaiserlichen Herrschaft in das ungarische Wappen übernommen. Zwar erhielt Zsigmond durch diese Kaiserkrönung eine führende Rolle in der europäischen Politik, doch im Landesinneren breitete sich der Einfluss der Magnaten aus.⁶³

⁵⁹ vgl. Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 51.

⁶⁰ vgl. Franz Riedl, Stefan Steiner, Die Ungarndeutschen, 6; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 53.

⁶¹ vgl. Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 57-58.

⁶² vgl. Jörg K. Hoensch, Ungarn-Handbuch, 28-29; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 54-57.

⁶³ vgl. Jörg K. Hoensch, Ungarn-Handbuch, 32-33.

Zu einer erneuten Ansiedlung der Deutschen kam es im ausklingenden 14. und beginnenden 15. Jahrhundert, als deutsche Kaufleute in den ungarischen Handel eintraten.⁶⁴

Im Spätmittelalter übernahmen die Jagiellonen die Herrschaft im Ungarischen Reich und es kam zu einer territorialen Vergrößerung des Reiches. Auf die deutsche Bevölkerung nahm dieser Dynastiewechsel keinen großen Einfluss. Der neue König anerkannte ihren Andreanischen Freibrief erneut.⁶⁵

Die Schlacht bei Mohács 1526 bedeutete eine vernichtende Niederlage der Ungarn gegen die Osmanen und brachte eine hundertfünfundvierzigjährige osmanische Herrschaft mit sich.⁶⁶

Mit der Eingliederung des Großteils der Länder der Stephanskronen durch die Osmanen und der Tributpflichtigkeit Siebenbürgens gegenüber dem Osmanischen Reich wurden auch die Rechte und Privilegien der deutschen Siedler von den magyarischen Adeligen zunehmend angezweifelt und in ihrer rechtlichen Bedeutung abgewertet. Der Adel forderte für die „hospites“ ein „minderes Recht“ statt „voller Bürgerschaft“.⁶⁷

3.2. Die deutsche Siedlungsperiode nach der Befreiung aus osmanischer Herrschaft

Eineinhalb Jahrhunderte lang befanden sich weite Teile Ungarns unter osmanischer Herrschaft. In dieser Zeit kam es zu schlimmen Verwüstungen und Plünderungen durch ungarische und osmanische Soldaten, denn auch die kaiserlichen Söldnerheere, die sich über einen längeren Zeitraum ohne geregelte Versorgung im Land aufhielten, wurden zur Belastung für die Bevölkerung.⁶⁸ Der eigentlich sehr fruchtbare Boden lag

⁶⁴ vgl. Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 69-70.

⁶⁵ vgl. Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 86-87.

⁶⁶ vgl. Franz Riedl, Stefan Steiner, Die Ungarndeutschen, 7-8; Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 87.

⁶⁷ vgl. Harald Zimmermann, Die deutsche Südostsiedlung im Mittelalter, 87-88.

⁶⁸ vgl. Josef Volkmar Senz, Geschichte der Donauschwaben, 34.

brach. Zur Bewirtschaftung fehlte es an Leuten. Die Bevölkerung war teilweise vor den Truppen in die Wälder, Sümpfe oder Berge geflohen oder umgekommen.⁶⁹

Im Jahr 1683 gelang schließlich die Befreiung Wiens durch Prinz Eugen. Erst der Friede von Požarevac (Passarowitz) am 21. Juli 1718 konnte die kriegesischen Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren für das osmanische Reich mit großen Verlusten verbunden waren, endgültig beenden und Ungarn von der osmanischen Herrschaft befreien. Durch diesen Friedensvertrag erlangte das Haus Österreich seine größte territoriale Ausdehnung nach dem Südosten, die es jemals erreicht hatte. Darüber hinaus konnte auch noch ein Handelsvertrag mit dem Osmanischen Reich geschlossen werden, der den kaiserlichen Untertanen zahlreiche Vorteile verschaffte.⁷⁰ Doch das Land, die Städte und die Burgen waren zerstört, die Bevölkerung umgekommen, geflüchtet oder verschleppt. Die Türkenkriege sowie auch die Befreiungskriege hinterließen eine völlig desolate Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur und somit blieben auch einige Besitzverhältnisse ungeklärt.⁷¹

Nach der Rückeroberung von Pécs (Fünfkirchen) am 21. Oktober 1686 sollte die völlig zerstörte Stadt durch die Ansiedlung von Deutschen rasch wieder aufgebaut werden. Dies war die erste deutsche Siedlung in Pécs. Innerhalb dieser deutschen Siedlungswelle entstanden in den südlichen Teilen des Komitats Baranya und des Komitats Tolnau sowie teilweise auch in Somogy deutsche Sprachgebiete. Die ersten deutschen Siedler gehörten der ärmeren Bauernschicht an und kamen nur in kleinen Gruppen nach Pécs. Erst durch die Aussicht auf wirtschaftliche und soziale Vorteile stieg die Zahl der Einwanderer an. Nach dem Erwerb von Grund und Boden wurden die deutschen Siedler zu vollberechtigten Bürgern.⁷²

⁶⁹ vgl. Márta Fata, Einwanderung und Ansiedlung der Deutschen (1686-1790). In: Günter Schödl (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau (o.O. o.J.) 89-196, 91-94.

⁷⁰ vgl. Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhausen (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas (Wien/Köln/Weimar 2004) 535-536.

⁷¹ vgl. Franz Riedl, Stefan Steiner, Die Ungarndeutschen, 7-8.

⁷² vgl. Andreas Babics, Die ersten deutschen Ansiedler nach der türkischen Herrschaft. In: Südostdeutsche Forschungen (hrsg. im Auftrag des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München/Band 2/München 1937) 59-73, 59-63

Durch die permanente Zuwanderung katholischer Kroaten, Bunjewatzen, Schokatzten, griechisch-orthodoxer Serben und Südslawen hatte sich in Ungarn der Anteil der unterschiedlichen ethnischen Gruppen an der Gesamtbevölkerung erhöht.⁷³

Durch die Befreiung aus der Türkenherrschaft und den Frieden von Požarevac waren viele neue Gebiete, unter anderem ganz Ungarn, der Banat und Siebenbürgen, an das Habsburgische Reich angeschlossen worden.⁷⁴ Der Kaiser wurde dadurch vor das Problem gestellt, ein Machtvakuum zu füllen, welches er durch die Ansiedlung von Bürgern aus dem Ausland wettzumachen versuchte. Dem Aufruf, sich in Ungarn niederzulassen, welcher durch ein von Kaiser Leopold I. erlassenes Patent an die Bevölkerung weitergegeben wurde, leisteten viele Folge. Teilweise kam es sogar zu einer so starken Zuwanderung, dass in einigen habsburgischen Ländern mit einem Verbot, nach Ungarn abzuwandern, vorgegangen werden musste.⁷⁵ Im 18. Jahrhundert kam es zur zahlenmäßig größten deutschen Ansiedlung in Ungarn, die auch hinsichtlich ihrer politischen und historischen Relevanz sehr bedeutend war. Mit dieser letzten großen staatlich gelenkten Siedlungswelle war die deutsche Siedlung in Ungarn abgeschlossen. Lediglich private Gründe bewegten die deutsche Bevölkerung in den folgenden Jahren sich in Ungarn niederzulassen.⁷⁶

⁷³ vgl. Márta Fata, *Einwanderung und Ansiedlung der Deutschen*, 95-96.

⁷⁴ vgl. Josef Volkmar *Senz*, *Geschichte der Donauschwaben*, 37.

⁷⁵ vgl. Márta Fata, *Einwanderung und Ansiedlung der Deutschen*, 97-100.

⁷⁶ vgl. *Die deutschen Vertreibungsverluste*, S. 374.

4. Die Ungarndeutschen im 19. Jahrhundert – vom hegemonialen Bürgertum zur politisch passiven Minderheit

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war in den ungarischen Städten noch eine deutliche Hegemonie des deutschen Bürgertums zu bemerken. Es gab eine vorwiegend deutsche Verwaltung. Auch das kulturelle Leben wurde von der deutschen Bürgerschicht bestimmt. Bis zum Jahr 1848 war eine Solidarisierung einer einheitlichen deutschen Bewegung in Ungarn praktisch nicht erforderlich. Die deutschsprachige Bevölkerung wurde von der Regierung nicht angegriffen oder durch die geführte Politik nicht benachteiligt, also war auch keine Verteidigung nötig. Die Amtssprache war Latein und nicht Ungarisch und somit waren weder Magyaren noch Deutsche aus sprachlicher Sicht benachteiligt. Doch bereits in den 1840er Jahren setzte ein Magyarisierungseifer ein, der sich spätestens nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich bemerkbar machte.⁷⁷

Nach der Niederlage gegen Preußen 1866 bei Königgrätz, schied Österreich aus dem Deutschen Bund aus. Somit verlor die deutsche Bevölkerung ihre dominierende Stellung innerhalb der Habsburgermonarchie und die Slawen stellten die Mehrheit. Hinzu kam die Forderung der Magyaren nach einer neuen Verfassung.⁷⁸ Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde das Kaiserreich Österreich am 12. Juni 1867 in die Österreichisch-Ungarische Monarchie umgewandelt. Nach diesem Ausgleich teilten sich die cisleithanische und die transleithanische Reichshälfte noch ein gemeinsames Kriegs- und Finanzministerium und führten eine gemeinsame Außenpolitik. Beide Reichshälften verfügten allerdings über ein eigenständiges Zweikammernparlament, eine eigene Regierung mit Premier, Resortministern und territorialen Streitkräften und einer eigenständigen Finanzverwaltung.⁷⁹

Das geschaffene dualistische System verfolgte als Ziel, die Vorrangstellung der herrschenden Schichten in den jeweiligen Reichshälften aufrechtzuerhalten. Der

⁷⁷ vgl. Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen (Veröffentlichung des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München/Nr. 13/München 1937) 136.

⁷⁸ vgl. Ingomar *Senz*, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung. Die ungarländischen Schwaben im dualistischen Zeitalter der Monarchie (1867 – 1918). In: Ingomar *Senz* (Hrsg.), Donauschwäbische Geschichte (München 1997) 251 – 432, 251.

⁷⁹ vgl. Jörg K. *Hoensch*, Ungarn-Handbuch, 67.

Ausgleich machte eine Lösung der Nationalitätenfrage im Sinne der Nationalitäten unmöglich, denn der Mittlere Adel (= Gentry) wurde in seiner Macht gestärkt und gleichzeitig der Einfluss Wiens auf die politische Entwicklung in Ungarn geschwächt.⁸⁰

Als erste Maßnahme, um die vorrangige Stellung des deutschen Bürgertums einzuschränken, wurde die magyarische Sprache in der Budapester Verwaltung eingeführt. Die weitere Vorgehensweise im Interesse der ungarischen Staatssprache war die Verdrängung des Deutschen aus dem Unterricht, um den wirtschaftlichen Einfluss der Ungarndeutschen zu minimieren. Aber es gab kaum Widerstand von Seiten der Deutschen und wenn, dann wurde dieser gleich wieder unterdrückt. So wurde die deutsche Intelligenz rasch magyarisiert. Der deutschen Minderheit mangelte es an einer nationalen Organisation, ohne die nichts bewirkt werden konnte. Eine deutsche Bewegung existierte - wenn überhaupt – bis in die 1890er Jahre nur in einem sehr kleinen Kreis.⁸¹

Doch der nationale und politische Charakter der deutschen Bevölkerung der transleithanischen Reichshälfte war viel zu schwach ausgebildet, als dass sie sich durch seine integrierende Kraft zu einer Einheit hätte formen können.⁸²

Während das deutsche Bürgertum noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine führende Rolle im Bereich der Kultur eingenommen hatte, verlor es im Laufe des Jahrhunderts kontinuierlich an Einfluss. Dieser Rückgang war teilweise auf einen mangelnden Widerstand des Ungarndeutchtums gegen die Magyarisierungspolitik zurückzuführen. In der ungarischen Forschung wurde diese Assimilation meist als freiwillige Unterordnung dargestellt.⁸³

Durch das Oktoberdiplom im Jahr 1860 wurde in der transleithanischen Reichshälfte Ungarisch erneut als Amtssprache eingeführt. An der Budapester Universität galt

⁸⁰ vgl. Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900 bis 1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919 (München 1978) 12.

⁸¹ vgl. Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen, 136-139.

⁸² vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation. Deutsche im Königreich Ungarn (1867-1914/18). In: Günter *Schödl* (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau (o.O. o.J.) 349-454, 350

⁸³ vgl. Fritz *Valjavec*, Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn. In: Südostdeutsche Forschungen (Band 3/München 1938) 376-394, 376.

Ungarisch als Unterrichtssprache, während in den Schulen noch die Möglichkeit bestand, in der jeweiligen Muttersprache zu unterrichten.⁸⁴

Am 1. Dezember 1868 wurde das sogenannte „Ungarische Nationalitätengesetz“ verabschiedet. Dieses Gesetz ging vom leitenden Gedanken einer unteilbaren, einheitlichen ungarischen Nation aus. Die den Nationalitäten in den ersten Absätzen des Gesetzes zugesicherte prinzipielle Gleichberechtigung im kulturellen Bereich, wurde in den folgenden Absätzen wieder aufgehoben, wodurch den nationalen Minderheiten lediglich eine „Stellung minderen Rechtes“ zuteil wurde und somit der Staatsnation gegenüber in ihrer kulturellen Entwicklung eingeschränkt waren. Den Nationalitäten wurde lediglich das Recht zur Gründung von Vereinen und Schulen zur sprachlichen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Förderung zugesichert. In den folgenden Jahren wurde das Nationalitätengesetz durch das Volksschulgesetz von 1879, das Mittelschulgesetz von 1883 und das Ortsnamengesetz von 1898 mehr oder weniger für wirkungslos erklärt.⁸⁵

Das mangelnde politische Interesse der Ungarndeutschen und eine fehlende politische Emanzipation verhinderten den Gruppenbildungsprozess innerhalb des Ungarndeutschtums für lange Zeit. Politische Aktivitäten, wie zum Beispiel Versuche, sich gegen die Magyarisierung des Schulwesens zu wehren, blieben Einzelerscheinungen.⁸⁶ Neben der politischen Passivität des Bürgertums fehlte es generell an einflussreichen Personen, um ein politisches Selbstbewusstsein innerhalb des Ungarndeutschtums wachzurufen. Der passiven Haltung zur Nationalbewegung stand ein immer mehr in den Vordergrund tretender ungarischer Patriotismus und später auch Nationalismus mit dem Ziel einen einheitlichen ungarischen Nationalstaat zu bilden gegenüber.⁸⁷

⁸⁴ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, 355-356.

⁸⁵ vgl. Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik (München 1977) 31-35.

⁸⁶ Als Beispiel hierfür ist das Vorgehen der Eltern der Gemeinde Neusatz im Jahr 1879 zu nennen. Die damals ortsansässigen schulpflichtigen Kinder wurden trotz versuchten Widerstandes von der Magyarisierung erfasst. vgl. hierzu Fritz *Valjavec*, Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn, 377.

⁸⁷ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, 350-353; Fritz *Valjavec*, Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn, 377-381.

Ansätze eines Gruppenbildungsprozesses traten im 19. Jahrhundert nur vereinzelt auf und beschränkten sich auf den südungarischen Raum. Nennenswert ist hier der Versuch einer politischen Parteibildung durch Ödön (= Edmund) Steinacker⁸⁸ (1839-1929).⁸⁹ Doch leider blieb dieser Versuch ohne Erfolg. Dies lag aber nicht an einem Druck von magyarischer Seite, sondern vielmehr an der politischen Entwicklung des Landes, einem politischen Desinteresse der Minderheit und dem Fehlen von einflussreichen Persönlichkeiten und Geldmitteln. Das Bestreben Steinackers, eine politische Vereinigung des Bürgertums – unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bürgerschicht in Ungarn - durch die Gründung einer deutschen Zeitung herbeizuführen, kam leider Jahrzehnte zu spät. Doch rief die erste Ausgabe dieser Temeschburger Zeitung⁹⁰ Entrüstung im chauvinistischen Lager hervor.⁹¹ Der Anteil der deutschen Bürgerschicht in den ungarischen Städten nahm kontinuierlich ab. Zur Veranschaulichung hier nur einige Zahlen: Der deutsche Bevölkerungsanteil in Stuhlweißenburg ging bis 1920 auf 1,2%, in Győr auf 2,8%, in Pécs auf 10,6% und in Budapest auf 6,5% zurück.⁹² Die bisherigen Misserfolge Steinackers brachten ihm jedoch die Einsicht, dass eine politische Bewegung der Ungarndeutschen auf Basis der Bauern und der Landbevölkerung zu schaffen war. Auch wenn die Versuche Steinackers, eine politische Emanzipierung der Ungarndeutschen herbeizuführen, erfolglos blieben, so waren dies doch die Anfänge einer zielbewussten deutschen Bewegung.⁹³

⁸⁸ Ödön (= Edmund) Steinacker (1839-1929) war als Sekretär an der Budapester Handels- und Gewerbekammer tätig und arbeitete, wie er selbst sagte, „an der Weckung des nationalen Bewusstseins der national Indifferenten“. Durch seine Tätigkeit als Journalist versucht er, der Magyarisierung der Ungarndeutschen entgegenzuwirken. Steinacker veröffentlichte in der „Pressburger Zeitung“ unter dem Pseudonym „Sincerus“ acht Artikel unter dem Titel „Das Bürgertum im politischen Leben Ungarns“. In dieser Serie von Artikeln versuchte Steinacker, die politische und soziale Entwicklung des Landes zu analysieren und trat für die städtischen Interessen und die Rechte der nationalen Minderheiten ein. Beeinflusst wurden diese Artikel von seiner Überzeugung einer führenden Rolle der deutschen Bürgerschicht bei der Umwandlung Ungarns in einen wirtschaftlich leistungsstarken Staat. vgl. hierzu Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 27-30; Fritz Valjavec, Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn, 378.

⁸⁹ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988. In: Edgar Hösch und Gerhard Seewann (Hrsg.), Aspekte ethnischer Identität. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Deutsche und Magyaren als nationale Minderheiten im Donauraum“ (München 1991) 299-323, 300.

⁹⁰ Diese Zeitung wurde von Johann Anheuer gegründet. vgl. Edmund Steinacker, Lebenserinnerungen, 138-139.

⁹¹ vgl. Edmund Steinacker, Lebenserinnerungen, 139.

⁹² vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 29.

⁹³ vgl. Fritz Valjavec, Das deutsche Bürgertum und die Anfänge der deutschen Bewegung in Ungarn, 383-384.

5. Die Magyarisierungspolitik und die Assimilation der Ungarndeutschen bis 1918

Die teilweise auf fehlerhafter und starrer Verallgemeinerung gegründete Antipathie gegenüber einer Gruppe oder einer ganzen Nation wurde in der Fachterminologie – mit gewissen Differenzierungen in der Begriffsdefinition - als ethnisches Vorurteil bezeichnet. Diese voreingenommene Haltung gegenüber bestimmten Gemeinschaften wurde durch die Tendenz alles Vertraute zu Werten zu erheben, d.h. die eigene Kultur als das maßgebende Prinzip zu betrachten, verstärkt. Ethnische Vorurteile hatten die Neigung sich in bestimmten Situationen auch in Handlungen auszudrücken. Diese tatsächliche Diskriminierung einer bestimmten Gruppe oder eines Individuums hatte meist soziale Auswirkungen zur Folge.⁹⁴

Das Streben nach einem einheitlichen Nationalstaat wurde auf den ungarischen Reichstagen bereits seit den 1790er Jahren angesprochen. Es traten Forderungen auf die theologischen Seminare in ungarischer Sprache abzuhalten und die magyarische Sprache - vor allem in den Gebieten der Nationalitäten - zu verbreiten. Diese Magyarisierung der Sprache sollte im Wesentlichen durch die Schulen vorgenommen werden. Es wurde auch immer wieder die besondere und bedeutende Rolle der Geistlichen bei der Magyarisierung betont.⁹⁵

Im Laufe des 19. Jahrhunderts verdichtete sich die Komplexität der nationalen Minderheitenfrage in Ungarn. Der angestrebte ungarische Nationalstaat war im Bewusstsein der Magyaren an einen „[...] *notwendigen Abwehrkampf* [...] *gegen* [...] *[seine] Feinde ringsum*“ geknüpft, wie der Historiker Günter Schödl es beschrieb.⁹⁶ Diese Idee, die ganze Generationen prägte, war stark von zahlreichen ethnischen Vorurteilen dem Ungarndeutschtum gegenüber behaftet. Verstärkt wurde dieses Bewusstsein durch den ungarischen Nationalismus, der den Prozess, in dem die

⁹⁴ vgl. Gordon W *Allport.*, Die Natur des Vorurteils (Köln 1971) 23-35.

⁹⁵ vgl. Marie Luise *Thomé*, Madjarisierungsansätze in der protestantischen deutschen Gemeinde Kriegsdorf im Komitate Szilay. In: Süddeutsches Archiv (4. Jahrgang./Berlin 1940) 474-489, 475.

⁹⁶ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation: Deutsche im Königreich Ungarn (1867-1914/18). In: Günter *Schödl* (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau (o.O. o.J.) 349-454, 367.

nationale Vorstellung zur bestimmenden Ordnungsform und die Nation zum bedeutendsten Gemeinschaftsprinzip wurden, beschleunigte.⁹⁷ Angetrieben wurde der ungarische Nationalismus zusätzlich von der Angst vor einem „[...] Absterben des Magyarischen in der Nachbarschaft der hochkultivierten westeuropäischen Sprachen sowie vor einem Untergang der Magyaren im slawischen Völkermeer [...]“, wie der Historiker László Révész es sehr bildlich beschrieb⁹⁸. Der Historiker František Palacký beschrieb die damalige Situation folgendermaßen:

„Je mehr sich [...] das Verwandte anzieht, desto mehr wird das Fremdartige abgestoßen; je mehr sich die Nationen berühren, desto mehr sehen, fühlen und nehmen sie ihre natürlichen Unterschiede wahr[...]“⁹⁹

Zur Zeit des Dualismus herrschte der Liberalismus in Ungarn, der seinen Fokus vor allem auf die ungarischen Beziehungen zu Österreich richtete. Das liberale Kabinett Graf Gyula Andrásy (1823-1890) war von 1867 bis 1871 im Amt. Die Generation des Ausgleichs wurde durch József von Eötvös (1813-1871), dem liberalen Kultus- und Unterrichtsminister und wahrscheinlich populärsten Kabinettsmitglied, vertreten. Deák Ferenc (1803-1876), „der Weise der Nation“ und Schaffer des Nationalitätengesetzes, war jedoch kein Mitglied des Kabinetts, das sich vorwiegend auf den Ausgleich und das Gesetz der Nationalitäten konzentrierte.¹⁰⁰

Die Liberalen des linken Flügels sammelten sich in der „Unabhängigkeitspartei“, der sich später auch Graf Albert Apponyi (1846-1933), ein glühender Patriot und späterer Kultusminister, anschloss. Die Generation des Ausgleichs schied aus dem Parlament aus und ein politischer Umschwung machte sich bemerkbar. Nach der Ernennung Gyula Andrásy zum österreichisch-ungarischen Außenminister 1871, stieg Kálmán Tisza (1830-1902) zum Ministerpräsidenten auf. 1875 fusionierte die Partei Déaks mit der sogenannten „Resolutionspartei“ Kálmán Tizas, welche die Revision des

⁹⁷ vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 11.

⁹⁸ László Révész, Die nationalen Minderheiten in Ungarn. In: Georg Brunner, Boris Meissner (Hrsg.), Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa (Köln 1982) 165-188, 166.

⁹⁹ František Palacký, Österreichs Staatsidee (Wien 1972) 13.

¹⁰⁰ vgl. Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung. Die ungarländischen Schwaben im dualistischen Zeitalter der Monarchie (1867-1918). In: Ingomar Senz (Hrsg.), Donauschwäbische Geschichte (München 1997) 251-432, 259-260.

Ausgleichs forderte.¹⁰¹ Es entstand eine neue Liberale Partei (Szabadelvű Párt) unter der Führung von Tisza, innerhalb welcher sich die ehemaligen Gegner und Befürworter des Ausgleichs zusammenschlossen. Die Liberale Partei regierte – mit kurzer Unterbrechung – bis 1918 und führte einen liberalen Nationalismus.¹⁰² In diesem vermischten sich die Ideen der bürgerlichen Revolution, der europäischen Aufklärung, des Liberalismus und des ständisch-adeligen Nationalismus. Diese liberalen Nationalisten verfolgten den Ausbau des ungarischen Nationalstaates, die vollständige Magyarisierung des öffentlichen Lebens und die Einschränkung der nichtmagyarischen Nationalitäten in ihrer kulturellen und politischen Entwicklung. Der Einfluss oppositioneller Gruppen, wie zum Beispiel der katholischen Volkspartei, der demokratischen Linksoption oder der sozialistischen Arbeiter- und Agrarparteien, blieb sehr gering.¹⁰³

Die innenpolitischen Verhältnisse in Ungarn gerieten in Bewegung, wobei vor allem die Frage nach den ethnischen Minderheiten eine bedeutende Rolle spielte. Die innerungarische Politik wurde fortan vom Gegensatz zwischen der Regierung und den ethnischen Minderheiten beherrscht. Die Assimilation der Nationalitäten zählte zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Vor dem Hintergrund dieser Assimilierungspolitik und der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Diskriminierung der nationalen Minderheiten entstand ein politisches Spannungsfeld.

Als Mittel dieser Assimilation wurde eine radikale Magyarisierungspolitik praktiziert. Einer der Wegbereiter für die Magyarisierung war Lajos Kossuth (1802-1894).¹⁰⁴ Diese Politik beschränkte sich vorwiegend auf die Bereiche Schule und Sprache. Durch zahlreiche Schul- und Sprachgesetze wurde versucht eine Monopolstellung für die ungarische Sprache zu schaffen: Bereits 1830 wurde Ungarisch per Gesetz zur Amtssprache erhoben, 1836 wurde es die Sprache der Gesetzgebung und durch das

¹⁰¹ vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1983*, 68; Ingomar Senz, *Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung*, 260-261.

¹⁰² vgl. Harald Roth (Hrsg.), *Studienhandbuch östliches Europa* (Band 1/Geschichte Ostmittel- und Südosteuropa /Köln 1999), 420.

¹⁰³ vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns*, 68; Ingomar Senz, *Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung*, 260-261.

¹⁰⁴ vgl. Johann Weidlein, *Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und Deutschland* (Schorndorf 1955) 9.

Sprachgesetz von 1844 zur alleinigen Staatssprache. Das Ungarische wurde somit zur Sprache des Landtages, der Verwaltung und theoretisch auch der Schulen. Darüber hinaus war durch dieses Gesetz auch die Bekleidung eines geistlichen Amtes an die Beherrschung der „Staatssprache“ gebunden. Die Umsetzung der Sprachgesetze in die Praxis verlief jedoch nicht reibungslos. Daher wurden immer wieder neue Gesetze zum Sprachgebrauch erlassen.¹⁰⁵

Der Zwang zur Assimilierung wurde für den deutschen Bevölkerungsteil ständig stärker. Günter Schödl nannte als Grund, warum sich die Ungarndeutschen letzten Endes den Magyarisierungsbestrebungen fügten „den natürlichen Selbsterhaltungstrieb des Menschen“. Eine höhere Schulbildung und sozialer Aufstieg waren immer mehr an die magyarische Sprache gebunden. Im Zeitalter der Industrialisierung standen den deutschen Bauern keine anderen Alternativen offen, als sich der Assimilierung geschlagen zu geben, um dem Fortschritt standzuhalten.¹⁰⁶ Béla Bellér fügt noch weitere Gründe für die Assimilation hinzu: Bei den Ungarndeutschen war kein Nationalitätenbewusstsein vorhanden - mit Ausnahme der Siebenbürger Sachsen -, sie verfügten über keine Nationalitätenbewegung und keine Organisation.¹⁰⁷ Ingomar Senz beantwortet die Frage, warum sich bei den Ungarndeutschen kein politisches Bewusstsein herausbildete, folgendermaßen: Ein wesentlicher Punkt war die Trennung von einem geschlossenen deutschen Sprachraum, wodurch keine Solidarisierung mit einem deutschen Volksteil möglich war. Das Fehlen einer deutschen Führungsschicht führte zur raschen Assimilierung des deutschen Bürgertums. Die deutsche Intelligenz wurde ebenso von der Magyarisierung überrollt, da es an höherbildenden deutschen Schulen fehlte. Weiter lebte die ungarndeutsche Bevölkerung über das gesamte Land verteilt und es gab keine geschlossene Siedlungsstruktur. Ebenso fehlte der politische Aufstieg des Bürgertums, die herrschende Klasse blieb der Adel, die Befreiung der Bauern, welche „unmündige Untertanen“ blieben, die vertikale Mobilität und eine gemeinsame Geschichte aller Deutschsprachigen in Ungarn.¹⁰⁸

¹⁰⁵ vgl. Wolfgang *Aschauer*, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität. Die Ungarndeutschen (Schriftenreihe für Forschung und Praxis /Heft 107/Stuttgart 1992) 64; Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 23.

¹⁰⁶ vgl. Arnulf *Baumann*, Deutsche in Südosteuropa – Sachsenbischof und Volkstumspolitiker. Friedrich Teutsch (1852 – 1933) – Rudolf Brandsch (1880 – 1953). In: Kurt Stephenson (Hrsg.), Leben und Leistungen (Heidelberg 1967) 119-172, 144; Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 367.

¹⁰⁷ vgl. Béla *Beller*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn. 1. Teil bis 1919 (Budapest 1986) 128.

¹⁰⁸ vgl. Ingomar *Senz*, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 353-354.

Obwohl noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Nationalität im ländlichen Alltagsleben keine Rolle spielte, änderte sich dies rasch. Unterschieden wurde plötzlich zwischen Ungarn und Deutschen und nicht – wie lange Zeit üblich – zwischen Großgrundbesitzern, Kleinhäuslern und Knechten.¹⁰⁹ Die deutschen Bauern ertrugen die Magyarisierungspolitik der Regierung mit Geduld. In den Jahren zwischen 1879 und 1902 lernten die Kinder in der Schule zwar Ungarisch, doch das Dorfleben wurde nach wie vor von der deutschen Sprache beherrscht, wodurch die Kinder das Ungarische ganz einfach wieder vergaßen. Ab 1902 verschlimmerte sich die Lage: Das Hochdeutsche konnte nur noch an wenigen Schulen erlernt werden und die Jugendlichen beherrschten lediglich den deutschen Dialekt. Dieser Zustand grenzte nahezu schon an Analphabetismus. Die Ungarndeutschen konnten weder Deutsch lesen noch schreiben. Ihre Ungarischkenntnisse waren auch deutlich zu schwach ausgebildet. Durch diese Entwicklung wurde den Ungarndeutschen die Möglichkeit zu einem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg genommen. Ein soziales Abgleiten konnte laut Ingomar Senz allein durch die Eigenart der schwäbischen Bauern verhindert werden: Unter ihnen wurde nämlich derjenige geachtet, der durch viel Arbeit materiellen Besitz anhäufen konnte.¹¹⁰

Bereits seit den 1830er Jahren wurde auch das Alltagsleben des deutschen Bürgertums in den ungarischen Städten vermehrt durch ein nationales Bewusstsein der magyarischen Bevölkerung beeinflusst. Durch den sich immer weiter ausbreitenden ungarischen Nationalismus schritt der Prozess der Assimilierung auch im urbanen Lebensraum rasch voran. Laut Béla Bellér ließen sich drei verschiedene Tendenzen innerhalb des deutschen Bürgertums in Bezug auf die Assimilierungspolitik feststellen:

„Neben dem sich schnell und völlig magyarisierenden deutschen Bürgertyp finden wir später auch den deutschen Bürgertyp, der in der Öffentlichkeit dem ungarischen Geiste, der Mode und Kultur voll huldigt, zu Hause aber [...] seine

¹⁰⁹ vgl. Wolfgang Aschauer, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität, 63.

¹¹⁰ vgl. Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 355-359.

deutsche Kultur und Überlieferungen noch innig pflegt, [...] [aber] sich schließlich der Assimilation [ergibt].“¹¹¹

Eine dritte Gruppe der deutschen Bürger lehnte das Programm der Magyarisierung zwar vehement ab, stand aber auf Seiten der ungarischen nationalen Bewegung. Innerhalb dieser Gruppe waren trotz allem Anfänge eines nationalen Selbstbewusstseins zu finden. Vor allem der sogenannte „Pressburger Deutsche Kreis“ und die „Ödenburger Deutsche Gesellschaft“ versuchten ein nationales Bewusstsein mit Hilfe deutscher Literaturklassiker hervorzurufen.¹¹²

Die Magyarisierungspolitik der Regierung stieß bei den Ungarndeutschen auf den geringsten Widerstand. Im Zeitraum zwischen 1840-80 gliederte sich ein beachtlicher Teil des deutschen Bürgertums in das Magyarentum ein. Das deutschungarische Bürgertum passte sich in einer Art und Weise an das Magyarentum an, dass es nach 1900 in den ungarischen Städten praktisch keine Rolle mehr spielte. Zahlreiche deutsche Arbeiter, Akademiker und Gewerbetätige waren aus existenziellen Gründen zu einer sprachlichen und in späteren Jahren auch politischen Assimilation gezwungen. Auch die deutsche Intelligenz neigte aus Gründen des beruflichen und sozialen Aufstiegs zu einer raschen Assimilierung. Dieser Prozess wurde durch folgende Faktoren positiv unterstützt: Das deutsche Bürgertum hatte zwar Einfluss auf Wirtschaft und Kultur, aber in politischer Hinsicht war es vollkommen machtlos. Des Weiteren bestand keine Verbindung zwischen Bürgertum und dem im 18. Jahrhundert angesiedelten Bauerntum und zur Landbevölkerung. Ein wesentlicher Faktor war das Fehlen einflussreicher Persönlichkeiten auf Seiten der Ungarndeutschen.¹¹³ Die Geschwindigkeit, mit der der Assimilierungsprozess voranschritt, spiegelte sich auch in einer im Jahr 1900 in Budapest durchgeführten Volkszählung wieder: Der Anteil der deutschen Bevölkerung in der Hauptstadt war seit 1890 von 23,9% auf 14,2% (=101682 Personen) gesunken. Insgesamt war der Anteil der deutschen Bevölkerung in den Städten Ungarns von 18,4% im Jahr 1880 auf 9,7% im Jahr 1910

¹¹¹ Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 100.

¹¹² vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 100-101.

¹¹³ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer. Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums (München 1860) 39; Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 23-24.

zurückgegangen.¹¹⁴ Im Gegensatz zu den anderen Nationalitäten Ungarns, unter denen sich eine selbständige nationale Bewegung schon sehr früh entwickelte, wurde das deutsche Bürgertum von einer Assimilierungsbereitschaft erfasst, die sich nur schwer erklären ließ. Vor allem musste aber zwischen einer individuellen Assimilierung aus freier Entscheidung heraus, einer Assimilierung unter staatlichem Druck und einer Assimilierung als Folge der Industrialisierung und der sozialen Mobilität unterschieden werden.¹¹⁵

Inwieweit sich die Ungarndeutschen einer Magyarisierung aus freien Stücken unterwarfen, konnte hier nicht objektiv beurteilt werden. Auch Zahlen über eine tatsächlich vollzogene Magyarisierung vor dem Ersten Weltkrieg sind nur schwer anzugeben, Schätzungen zufolge kann von einer Zahl von insgesamt 500000 Personen, die sich anpassten, ausgegangen werden.¹¹⁶

Um die Nationalitätenfrage in Ungarn zu lösen, wurde 1868 das „Gesetz zur Gleichberechtigung der Nationalitäten“ von Ferenc Déak geschaffen. Der Historiker Holger Fischer vertrat die Meinung, dass Déak und József Eötvös, der an der Erarbeitung des Konzepts maßgeblich beteiligt war, lediglich die Integrität Ungarns bewahren und den Anforderungen der Magyaren und aller Nationalitäten gleichermaßen gerecht werden wollten:

„[...] Sie wollten den Staat auf dem Prinzip der individuellen Freiheit und Gleichheit aufbauen, deshalb machten sie einen Unterschied zwischen der alle Bürger umfassenden „politischen Nation“ und den „Sprachen- und Stammesnationalitäten“ auf kulturellem Gebiet. Sie wollten keine politische magyarische Suprematie, sondern ihrer Meinung nach würden sich die Nationalitäten auf Grund der höheren Bildung und Kultur des Magyarentums freiwillig assimilieren.“¹¹⁷

¹¹⁴ vgl. Wolfgang Aschauer, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität, 63-64; Günter Schödl, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn. 1890-1914. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus“ (Frankfurt a.M. 1978) 101; Rudolf Grulich (Hrsg.), Nationale Minderheiten in Europa. Eine Darstellung der Problematik mit Dokumenten und Materialien zur Situation der europäischen Volksgruppen und Sprachminderheiten (Opladen 1975) 70.

¹¹⁵ vgl. Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 288-289.

¹¹⁶ vgl. Günter Schödl, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 370.

¹¹⁷ Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 13.

Dieses Nationalitätengesetz wurde als eine reine Kulturangelegenheit behandelt und beinhaltete hauptsächlich sprachliche Verordnungen. Für die Nationalitäten stellte es jedoch ein hochpolitisches Problem dar, denn es anerkannte ihre politische Existenz nicht und drängte ihre Forderungen nach Autonomie zurück.¹¹⁸ Das Gesetz legte fest:

„Alle Bürger Ungarns [...] bilden in politischer Hinsicht eine einheitliche Nation, die unteilbare, einheitliche ungarische Nation, ein jeder Bürger der Heimat ist, unabhängig von seiner Nationalitätenzugehörigkeit, ihr gleichberechtigtes Mitglied.“¹¹⁹

Dieses Gesetz wurde von zwei Hauptgedanken beherrscht und wurde damit zum Widerspruch in sich selbst: Das Gesetz sollte die Rechte der Nationalitäten sichern, betonte aber wieder nur die unteilbare Einheit der ungarischen Nation, was de facto ein Nichtexistieren anderer Nationalitäten oder nationaler Gemeinschaften bedeutete. Diese Bestimmung war sehr zum Nachteil der Nationalitäten, denn eine Gruppenbildung auf ethnischer Grundlage hätte nicht einer einheitlichen ungarischen Nation entsprochen und war somit rechtswidrig.¹²⁰ Der zweite leitende Gedanke war die „Anwendung des individuellen Prinzips“ wodurch den Nationalitäten keine kollektiven Rechte zuerkannt wurden. Die Nationalitäten wurden durch das Gesetz nicht als kollektive Persönlichkeit anerkannt und somit galten die Rechte immer nur für Einzelpersonen, aber nie für eine Gemeinschaft.¹²¹

Vor allem aber verlieh dieses Gesetz der ungarischen Sprache ein enormes Übergewicht: Im Landtag, in der Landesregierung und bei Gericht musste die ungarische Sprache verwendet werden. Ungarisch wurde zur Protokoll-, Verwaltungs- und Eingabesprache im Munizipalbereich und zur Verhandlungssprache bei Gericht erhoben.¹²²

¹¹⁸ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 11; Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 256.

¹¹⁹ Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 120-121.

¹²⁰ vgl. Rudolf Brandsch, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert. In: Volk im Osten. Die Zeitschrift des Südostens (Heft 8/August 1943/Hermannstadt 1940) 20 – 39, 23; Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 120-121

¹²¹ vgl. Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 120-121; Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 256-257.

¹²² vgl. Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 256.

In Artikel 14 des Gesetzes von 1868 wurde den Kirchen das Recht zugesichert, die Unterrichtssprache, in denen von ihnen geführten Schulen, selber zu bestimmen. Artikel 17 verpflichtete den Staat, in den Staatsschulen, die sich in den Gebieten der Nationalitäten befanden, die jeweilige Muttersprache als Unterrichtssprache zu führen. Dieser Artikel wurde nie in die Tat umgesetzt. Trotzdem stieß die Magyarisierungspolitik der Regierung bei den Deutschen auf den geringsten Widerstand.¹²³ So konnten vor allem die Schulen, die eine wichtige Instanz für die sprachliche Assimilation waren, magyarisiert werden. Diese Vorgehensweise war eine grobe Missachtung des Nationalitätengesetzes, denn in § 58 hieß es:

*„Jeder Zögling soll den Unterricht in seiner Muttersprache erhalten, falls diese eine von den in der Gemeinde gebräuchlichen Sprachen ist. In gemischtsprachigen Dörfern soll aus diesem Grunde ein solcher Lehrer angestellt werden, der dazu fähig ist, in den Sprachen der Gemeinde zu unterrichten. In größeren Gemeinden, wo Einwohner mehrerer Sprachen in Massen leben, sollen, falls das in den Kräften der Gemeinde liegt, Hilfslehrer verschiedener Muttersprache gewählt werden.“*¹²⁴

Eine Änderung des Nationalitätengesetzes zu erreichen, war für die Nationalitäten aus verschiedenen Gründen nicht möglich: Sie waren in den diversen Ausschüssen zahlenmäßig unterlegen und konnten so ihre Gegenvorschläge nicht durchsetzen. Sie forderten mehr Vertreter der Nationalitäten im Parlament und im Beamtensektor, territoriale Autonomie sowie die völlige Autonomie des Schulwesens.

Weiter unterstützte das ungarische Kurienwahlrecht die Monopolstellung des Adels im Parlament. In Ungarn waren nur 6,5% der Bevölkerung wahlberechtigt. Oppositionelle Gruppen oder die Nationalitäten konnten an dieser politischen Herrschaft des Adels nichts ändern. Sie konnten nur in Ausnahmefällen bis ins Parlament vordringen.¹²⁵

¹²³ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 129.

¹²⁴ Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 130.

¹²⁵ vgl. Rudolf Brandsch, Die die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 23; Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 14; Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 256-259.

Als im Jahr 1875 Kálmán Tisza die Führung der Regierung übernahm, setzte eine Radikalisierung der Magyarisierungspolitik ein. Teilweise wurden die Bestimmungen aus dem Nationalitätengesetz wieder rückgängig gemacht oder aufgehoben. Im Jahr 1876 hob Tisza das Sonderrecht der Sachsen in Siebenbürgen auf. Unter seiner Ministerpräsidentschaft setzte eine erneute Welle der Magyarisierung in den Schulen ein. Seit der Jahrhundertwende kam es zu einer systematischen Verdrängung des Deutschen aus dem Kultur- und Kirchenleben. Die deutsche Theaterkunst wurde vollkommen zerstört.¹²⁶ Durch die Eingriffe ins öffentliche Leben wurden den Ungarndeutschen jegliche Möglichkeiten für einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg genommen. Die deutschen Zeitungen wurden immer weniger und die Zahl der Vereine ging stark zurück.¹²⁷ Zusätzlich wurden staatlich subventionierte magyarische Kulturvereine gegründet, die das Deutsche aus dem Kulturleben verdrängen sollten. Die Erfolge dieser Art der Magyarisierungspolitik wurden unterschiedlich beurteilt. Einerseits wurden die Ungarndeutschen durch die Politik der Regierung in ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung tatsächlich eingeschränkt, andererseits erweckte die Magyarisierungspolitik ab der Jahrhundertwende ein nationales Bewusstsein bei den Ungarndeutschen.¹²⁸

Zu dieser Zeit traten auch schon die ersten Ansätze einer deutschen Nationalitätenbewegung in Südungarn auf. Der „Südungarische Landwirtschaftliche Bauernverein“ wurde 1891 in Temesvár gegründet. Allerdings konnte dieser Verein die politische Organisation der deutschen Nationalität nicht übernehmen. Diese Aufgabe wurde der deutschen Presse übertragen. Seit 1900 erschienen das „Deutsche Tagblatt für Ungarn“ in Temesvár, das später umbenannt wurde in „Deutsch-Ungarischer Volksfreund“, und die „Großkindaer Zeitung“, die von Ödön Steinacker initiiert wurde.¹²⁹

Auch der „Deutsche Schulverein“ in Berlin bezog Stellung zur Magyarisierungspolitik und setzte sich für die Deutschen in Ungarn ein. Die Regierung reagierte mit Protest

¹²⁶ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 139-140; Rudolf Brandsch, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 24; Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 14; Johann Weidlein, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland, 10-18.

¹²⁷ vgl. Franz Basch, Deutsche Volkstumsforschung in Ungarn. Entwicklung und Ziele. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung (4. Jahrgang/Berlin 1940) 377-383, 377.

¹²⁸ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 20.

¹²⁹ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 139-140.

gegen diese Einmischungen, die auch in Siebenbürgen und anderen ungarischen Orten leidenschaftliche Anhänger fanden.¹³⁰

An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass sich sogar ein magyarischer Abgeordneter, nämlich Lajos Mocsáry (1826-1916), gegen die Nationalitätenpolitik Tiszas wendete. Er war ein Verfechter des Nationalitätengesetzes und lehnte vor allem die Magyarisierung der Schulen und der Sprache ab.¹³¹

Die ersten Versuche, ein politisches und nationales Bewusstsein in der ungarndeutschen Bevölkerung hervorzurufen, wurden von der Regierung heftig bekämpft. Wer gegen die Magyarisierung eintrat und sich auf seine nationale Identität berief, war wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Boykotten ausgesetzt.¹³² Es wurden zahlreiche Prozesse gegen Personen geführt, die der deutschen nationalen Betätigung beschuldigt wurden. Es kam zu Verfolgungen und Übergriffen durch die Behörden. Jedoch führten laut Ödön Steinacker die Magyarisierungsbestrebungen und die systematische Verdrängung der deutschen Sprache aus allen Lebensbereichen nur zu einer Intensivierung der deutschen Bewegung und des Nationalbewusstseins. Er bezeichnete die aufsteigende Unzufriedenheit innerhalb der deutschen Bevölkerung als eine Reaktion auf die Verdrängung des deutschen Theaters, das Sinken des Bildungs- und Kulturniveaus und der daraus resultierenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Stellung des Ungarndeutschtums.¹³³

Ungarn hatte zur Jahrhundertwende – neben dem Nationalitätenproblem – mit sozialen Missständen zu „kämpfen“: Ungarn war noch immer ein Agrarstaat und ein Großteil des Bodens war in Besitz des magyarischen Hochadels und der Kirche. Dies hatte negative Auswirkung, vor allem auf die wirtschaftliche Lage Ungarns, und schränkte die Bevölkerung in ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ein. Diese Gesellschaftsordnung änderte sich nur langsam und der Adel konnte in seiner Vorherrschaft etwas eingeschränkt werden.¹³⁴ Die fehlende bürgerliche Mittelschicht wurde durch die sogenannte „Gentry“, wie ein Teil des Mittel- und Kleinadels, der

¹³⁰ vgl. Rudolf *Brandsch*, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 26.

¹³¹ vgl. Rudolf *Brandsch*, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 26-27; Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 14.

¹³² vgl. Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen, 139-145.

¹³³ vgl. Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen., 139-145.

¹³⁴ vgl. Johann *Szegö*, Eine kurze Geschichte Ungarns, 54-57.

infolge der wirtschaftlichen Veränderungen einen Großteil seines Besitzes verloren hatte, genannt wurde, ersetzt. Die Gentry trat in die bürgerlichen Berufe der oberen und mittleren Staatsverwaltung ein, wodurch sie sich ihre traditionelle führende Stellung beibehalten konnte. Mit ihrer nationalen und antisemitischen Einstellung hatte sie großen Einfluss auf die ungarische Mittelschicht.¹³⁵

Nachdem Kálmán Tisza 1890 auf das Amt des Ministerpräsidenten verzichtet hatte, wurde das Land von einer Phase der politischen Instabilität erfasst. Kennzeichnend für diese Periode waren die häufigen Regierungswechsel, eine Radikalisierung der nationalen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen und die zunehmenden Differenzen zwischen den beiden Reichshälften. Das politische Geschehen wurde zunehmend von den Forderungen nach einer nationalen Eigenständigkeit Ungarns bestimmt. Erst mit dem Sturz der Liberalen Partei 1905 konnten die Gegner des Dualismus etwas gemäßigt werden.¹³⁶ Der Historiker Jörg K. Hoensch erklärte die politische Lage in Ungarn zur Jahrhundertwende:

„Die ungarischen Politiker und Parteien hatten den dynamischen sozioökonomischen Veränderungen nur unzulänglich Rechnung getragen, die Bedeutung der modernen Wirtschaftsentwicklung verkannt, die Sprengkraft des Nationalismus unterschätzt sowie die gefährliche Ausweitung der Gegensätze zwischen dem cis- und dem transleithanischen Reichsteil heraufbeschworen, ohne die möglichen Auswirkungen auf das Zusammenleben in dem von häufigen Krisen erschütterten dualistischen System zu bedenken. Am Vorabend und während des Ersten Weltkrieges war es dann zu spät, um mit der Einleitung grundlegender Reformen dem drohenden Auseinanderbrechen des Habsburgerreiches vorzubeugen.“¹³⁷

In den Unterschichten der Städte verbreitete sich ein radikaler Nationalismus. Diese sympathisierten sehr mit der Unabhängigkeitsbewegung und waren daher antiösterreichisch eingestellt. Im Jahr 1910 waren beinahe eine Million Menschen im Industriesektor beschäftigt. Ein Großteil dieser Arbeiter gehörte den verschiedenen

¹³⁵ vgl. Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhausen (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 154.

¹³⁶ vgl. Harald Roth, Studienhandbuch östliches Europa, 420.

¹³⁷ Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 71.

Nationalitäten an und wurde rasch vom Magyarisierungsprozess erfasst. Aufgrund der steigenden Armut in den 1890er Jahren wanderten viele Menschen nach Übersee aus.¹³⁸

Zur Zeit der Regierungen Baron Dezső Bánffy (1895-1899) und Sándor Wekerles (1906-1910) nahm der ungarische Nationalismus aggressive Formen an und ging in einigen Kreisen in einen Chauvinismus über, der zur existenziellen Bedrohung für die Nationalitäten wurde. Die Unterdrückung der Nationalitäten wurde sogar durch die Anwendung von Kriegsgesetzen verstärkt. Das übersteigerte magyarische Nationalbewusstsein wurde vorwiegend vom Mittleren Adel geprägt und auf die breite Öffentlichkeit übertragen, welche diesen Chauvinismus unterstützte. Die Gründe für diese Radikalisierung waren einfach: Der Dualismus hatte dem ungarischen Staat eine gewisse Macht verliehen, die man nicht verlieren wollte. Daher war auch die Politik Ungarns von einem Imperialismus, der sich nach Innen, also gegen die Nationalitäten, richtete, geprägt. Ein weiteres wesentliches Moment war der ungarische geschichts- und traditionsbetonte Nationalismus selbst, der die Nationalstaatsidee kennzeichnete.¹³⁹ Der zunehmende Assimilierungsdruck veranlasste die Nationalitäten enger zusammenzuarbeiten. Die Minderheitenpolitiker sprachen sich vermehrt für eine „großösterreichische Idee“ aus, welche die Aufhebung der Sonderstellung Ungarns und eine föderative Lösung bedeutete. Doch die ungarische Regierung setzte ihre Magyarisierungspolitik angesichts der auswärtigen Krisen – die bosnische Annexionskrise 1908, die schwierigen Beziehungen zum Königreich Serbien und die Balkankriege 1912/1913 - fort. Der Konflikt mit den Nationalitäten wurde zur ernsthaften Gefahr für die Habsburgermonarchie.¹⁴⁰

Bei den Wahlen im Jahr 1910 ging Kálmán Tisza als Führer der Nationalen Arbeitspartei als absoluter Sieger hervor. Ab 1914 setzte eine beginnende Polarisierung der politischen Parteien in Ungarn ein und die oppositionellen Gruppen, wie die Bürgerlich-Radikale Partei, die Unabhängigkeitspartei unter Graf Mihály Karolyi (1875-1955) oder die Sozialdemokratische Partei (= MSZDP) richteten sich gegen die Regierungsparteien.¹⁴¹

¹³⁸ vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1983*, 69-70.

¹³⁹ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Karolyi, 14-21.

¹⁴⁰ vgl. Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1983*, 71-75.

¹⁴¹ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Karolyi, 48-52.

Die im Jahr 1914 von Oszkár Jászi (1875-1957) und Pál Szende (1879-1934) gegründete Bürgerlich-Radikale Partei forderte eine Wahlrechtsreform und die Unabhängigkeit von Österreich. Sie hielt zwar an der Integrität des ungarischen Staates fest und lehnte eine Autonomie der Nationalitäten ab, forderte aber mehr Gleichberechtigung für die Nationalitäten und trat bei Ende des Krieges sogar für das 14-Punkte-Programm von Wilson ein.¹⁴²

Die Unabhängigkeitspartei (= Függetlenségi és Negyvennyolcas Párt) unter der Führung von Graf Mihály Károlyi bestand zwar ebenfalls auf eine territoriale Integrität Ungarns und unterstützte die Lex Apponyi, trat jedoch für ein demokratisches Wahlrecht ein. Károlyi, der nach einer Reise nach Amerika in Frankreich interniert war und nach seiner Rückkehr nach Ungarn oftmals wegen seiner kriegsgegnerrischen Einstellung sogar innerhalb der Partei angegriffen wurde, erkannte frühzeitig, dass, unabhängig vom Kriegsausgang, die Monarchie auf jeden Fall zusammenbrechen wird und dies negative Folgen für Ungarn haben wird. 1916 trat Károlyi aus der Partei aus und gründete seine eigene Partei (= Függetlenségi és 48-as Párt). Er forderte die volle Gleichberechtigung der Nationalitäten, um die Suprematie der Magyaren zu sichern. Bereits während des Krieges nahm er Verhandlungen mit den Vertretern der Nationalitäten auf, um sicher zu gehen, dass diese sich auch nach dem Krieg für einen Verbleib bei Ungarn aussprechen würden. Verträge konnten jedoch keine unterzeichnet werden, da Károlyi nicht zur Regierungspartei gehörte.¹⁴³

Die Sozialdemokratische Partei erhielt aufgrund der immer mehr von existenziellen Nöten betroffenen Arbeiterschaft regen Zulauf. Die Magyarországi Szociáldemokrata Párt (= MSZDP) trat für ein Weiterbestehen der Monarchie und den Kampf gegen den Zaren ein. Sie forderte die Gleichberechtigung der Nationalitäten durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Die MSZDP trat für die territoriale Integrität der Monarchie ein, stimmte aber teilweise auch einer Autonomie der Nationalitäten zu. Bei Kriegsende vertrat sie eine teilweise sehr widersprüchliche Nationalitätenpolitik.¹⁴⁴

¹⁴² vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 50-51.

¹⁴³ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 55-73.

¹⁴⁴ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 59-63; Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 71.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges rückte der innerungarische Nationalitätenkonflikt in den Hintergrund. Nach drei Jahren wurde die anfängliche Kriegsbegeisterung der Nichtmagyaren von einer immer mehr kriegsgegnerischen Haltung verdrängt. Die Politik wurde wieder von sozialen und politischen Gegensätzen beherrscht. Mit dem Tod Kaiser Franz Josephs I. verlor die Habsburgermonarchie ihre letzte integrierende Kraft. Sein Nachfolger Kaiser Karl I. wurde mit der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung aller Minderheiten konfrontiert. Nach seinem Rücktritt am 11. November 1918 wurde die Republik Ungarn ausgerufen.¹⁴⁵

„Der Zerfall der Habsburgermonarchie [...] war [...] vorrangig den Versäumnissen auf staatspolitischem, ökonomischen, sozialem und kulturellem Gebiet sowie der fehlenden Bereitschaft zuzuschreiben, die überfällige Demokratisierung des öffentlichen Lebens und eine freie nationale Entwicklung zuzulassen. Die bisherigen magyarischen Führungsschichten [...] trugen durch den seit 1867 verfolgten Kurs ein gerütteltes Maß an Verantwortung für diese Entwicklung bei“¹⁴⁶, meinte Jörg K. Hoensch.

Die von Graf Mihály Károlyi geführte Revolution von 1918 konnte sich nur für kurze Zeit halten. Nach dem Terrorregime der Räterepublik von 133 Tagen wurde Miklós Horthy (1868-1957) 1920 mit Unterstützung der Ententemächte zum Reichsverweser ernannt. Nach dem Ersten Weltkrieg verfügte Ungarn nur mehr über ein Drittel seiner historischen Territorien.¹⁴⁷

5.1. Die ungarische Schulpolitik

Eine sehr effektive Magyarisierung konnte durch die Schule erreicht werden. Daher wurde bereits mit dem am 22. Mai 1879 vom ungarischen Reichstag verabschiedeten

¹⁴⁵ vgl. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 73-74.

¹⁴⁶ Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 74.

¹⁴⁷ vgl. Edgar Hösch, Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 712.

Volksschulgesetz des Kultusministers Ágoston Trefort (1817-1888) der Grundstein für eine umfassende Magyarisierungspolitik gelegt. Dieses Gesetz richtete seinen Fokus auf einen ungarischsprachigen Unterricht in der Lehrerbildung und in den Volksschulen des Landes. Die Lehrer mussten die ungarische Sprache perfekt beherrschen, um überhaupt angestellt zu werden.¹⁴⁸ Die Einführung von Ungarisch als Pflichtfach führte dazu, dass die Ungarndeutschen einerseits ihre Hochsprache nicht mehr wirklich beherrschten und andererseits auch nicht fehlerfrei Ungarisch sprachen.¹⁴⁹

Ein weiterer Schritt in der Magyarisierungspolitik wurde durch das Mittelschulgesetz von 1883 gesetzt. In den nichtmagyarischen Mittelschulen musste die ungarische Sprache in einem Ausmaß gelehrt werden, dass jeder Schüler die Staatssprache vollkommen beherrschte und auch die Reifeprüfung in den Fächern Magyarisch und magyarische Literatur ablegen konnte.¹⁵⁰ Außerdem beinhaltete das neue Mittelschulgesetz eine Anzahl von Bestimmungen, die es den Behörden ermöglichten Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer und Schulerhalter einzuleiten. Auf diesem Weg wurde die Magyarisierung und Verstaatlichung der kommunalen und konfessionellen Schulen beschleunigt. Den Nationalitäten wurde die Möglichkeit genommen höhere Schulen mit ihrer Muttersprache zu führen.¹⁵¹

Durch das Kindergartengesetz von 1891 wurden die Kindergärten magyarisiert. Die Kinder wurden somit bereits mit drei Jahren in die ungarische Sprache eingeführt, mit dem Erfolg, dass sie weder die ungarische noch die deutsche Sprache weder in Schrift noch Wort beherrschten.¹⁵²

Im Jahr 1893 wurde ein weiteres Gesetz erlassen, wodurch der Mindestlohn für die Lehrer erhöht wurde. Wenn die Schulerhalter diesen nicht aufbringen konnten und beim Staat um Unterstützung ansuchen mussten, dann hatte der Staat das Recht bei der Besetzung der Lehrstelle mitzubestimmen. Dadurch erhielt der Unterrichtsminister das Recht seine Lehrer selber auszuwählen. Darüber hinaus verlieh dieses Gesetz dem

¹⁴⁸ vgl. Rudolf *Brandsch*, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 24; Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 33.

¹⁴⁹ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 376-377.

¹⁵⁰ Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 34.

¹⁵¹ vgl. Rudolf *Brandsch*, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 24-25.

¹⁵² vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 37.

Staat zahlreiche Möglichkeiten konfessionelle Schulen durch Staatsschulen zu ersetzen.¹⁵³

Die Anzahl der Schulen, in denen Deutsch noch als Unterrichtssprache geführt wurde, nahm kontinuierlich ab. Innerhalb von nur zehn Jahren verschwanden 365 deutsche Schulen.¹⁵⁴ Bereits 1880 gab es in Ofen/Buda keine einzige deutschsprachige Schule mehr, nur noch sechs gemischtsprachige. Im Schuljahr 1899/1900 wurde nur noch in 423 Schulen Deutsch als Unterrichtssprache geführt, wobei 266 dieser Schulen allein den Siebenbürger Sachsen unterstanden. Vor allem die Mittelschulen und die höherbildenden Lehranstalten waren von diesem Rückgang betroffen. Aber auch die Volksschulen des Landes vielen den radikalen Maßnahmen der Regierung zum Opfer. Die folgenden Tabellen sollten einen kurzen Überblick über den Rückgang der deutschen Schulen geben.¹⁵⁵

Tabelle 1

JAHR	VOLKSSCHULEN mit deutscher Unterrichtssprache
1855	2400
1869	1262
1880	867
1918	417 Davon gehörten 254 Schulen den Siebenbürger Sachsen und 116 Schulen befanden sich auf dem Gebiet des späteren Burgenlandes.

¹⁵³ vgl. Marie Luise Thomé, Madjarisierungsansätze in der protestantischen deutschen Gemeinde Kriegsdorf im Komitate Szilay, 478.

¹⁵⁴ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 131.

¹⁵⁵ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 38; Johann Weidlein, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und Deutschland, 19.

Tabelle 2

JAHR	DEUTSCHSPRACHIGE SCHULEN	GEMISCHTSPRACHIGE SCHULEN
1869	1232	849
1885	701	1051
1890	657	987
1905	272	317

In eine völlig hoffnungslose Lage waren die deutschen Gymnasien und Realschulen geraten, von denen es in den 1860er Jahren noch insgesamt 18 gab, doch im Schuljahr 1906/1907 keine einzige mehr.¹⁵⁶

Im Jahr 1902 wurde durch Beschluss des Budapester Magistrats das Unterrichtsfach Deutsch in den Elementarschulen gestrichen. Noch im selben Jahr wurde auch in den höheren Schulen der Hauptstadt der Unterrichtsgegenstand Deutsch durch Französisch ersetzt.¹⁵⁷

Eine Ausnahme in dieser Hinsicht waren – wie in so vielen Bereichen – die Siebenbürger Sachsen. In Siebenbürgen lag die Verwaltung der Schulen in den Händen der evangelischen Kirche und daher herrschten bedeutend bessere Bedingungen für die ungarndeutschen Schulpflichtigen. Die Kirchen- und Schulautonomie der Siebenbürger Sachsen beruhte auf einem alten Privileg des ungarischen Königs András II., dem sogenannten „Goldenen Freibrief“ aus dem Jahr 1224.¹⁵⁸ Ihre territoriale Autonomie beruhte auf dem sächsischen Gewohnheitsrecht, das sie aus ihrer Heimat mitgebracht hatten, als sie sich im 12. Jahrhundert in Ungarn ansiedelten. Erst 1876 wurde ihr Gebiet ins Komitatssystem eingegliedert, doch ihre Autonomie konnten sie – wenn auch in etwas abgeänderter Form – bis zur erzwungenen Angliederung an Rumänien aufrechterhalten.

¹⁵⁶ vgl. Ingomar *Senz*, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 356.

¹⁵⁷ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914, 377.

¹⁵⁸ vgl. Ernst *Flachbarth*, System des internationalen Minderheitenrechts. Geschichte des internationalen Minderheitenschutzes. Positives materielles Minderheitenrecht (Budapest 1937) 413-414.

Durch diese über Jahrhunderte wehrende ökonomische, territoriale und soziale Autonomie „standen die Sachsen in Siebenbürgen auf einem höheren Niveau des Nationalitätenbewusstseins“, meinte Béla Béller.¹⁵⁹ In den Kreisen der Siebenbürger Sachsen bildete sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vermehrt ein reges Interesse für Politik heraus und sie hatten sogar ihre Vertreter im Reichstag: Károly Lurtz und Lutz Korodi, die versuchten, Widerstand gegen die Magyarisierung der Ortsnamen zu leisten, indem sie von 1898 bis 1903 aus der Regierungspartei ausgetreten waren. Sie galten somit als „Pioniere“ der politischen Emanzipation, hatten aber keinerlei Vorbildfunktion für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Ungarn.¹⁶⁰

Im Herbst 1906 sah sich die Koalitionsregierung Sándor Wekerles (1906-1919) aufgrund der politischen Situation zu einer Erneuerung der Schulgesetze veranlasst, um die sprachliche Assimilation der Nichtmagyaren zu sichern.¹⁶¹

Ihren Höhepunkt erreichte die Magyarisierung im Bereich der Schule mit dem Volksschulgesetz Graf Albert Apponyis (1846-1933) im Jahr 1907. Die bisherigen Maßnahmen brachten nicht den gewünschten Erfolg, denn es gab immer noch eine Reihe konfessioneller Schulen, in denen in der jeweiligen Muttersprache unterrichtet wurde.¹⁶² Am 21.2.1907 legte Graf Albert Apponyi¹⁶³ ein Gesetz vor, das wesentlich zur Zerschlagung des deutschen Schulwesens und zur weitläufigen Verbreitung der ungarischen Sprache beitrug. Obwohl dieses Schulgesetz im Widerspruch zum Nationalitätengesetz¹⁶⁴ von 1868 – im Speziellen zu Paragraph 17 - stand, trat es

¹⁵⁹ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 101.

¹⁶⁰ vgl. Günter Schödl, Alideutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914, 108-109; Günter Schödl, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 378-379.

¹⁶¹ vgl. I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi. In: Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1900-1918 (Budapest 1966) 233-404, 235.

¹⁶² vgl. Rudolf Brandsch, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 27.

¹⁶³ Graf Albert Apponyi (1846-1933) war als Sohn eines konservativen katholischen Geschlechts zeitlebens ein praktizierender Katholik. Seine politische Laufbahn begann er im konservativen, katholischen Lager, gewann dann jedoch Interesse an der modernen liberalen Strömung. Unter dem Einfluss von Béla Grünwald entwarf er 1907 ein Schulgesetz, das im großen Widerspruch zum Nationalitätengesetz von 1868 stand und den Magyarisierungsabsichten der Regierung entsprach. vgl. hierzu Harold Steinacker, Austro-Hungarica. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Ungarns und der österreichisch-ungarischen Monarchie (München 1963) 243f.

¹⁶⁴ In Paragraph 17 des Nationalitätengesetzes von 1868 heißt es: „Der Unterrichtsminister hat die Pflicht, in den Staatsschulanstalten nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass die in größeren Massen zusammenwohnenden Staatsbürger jedweder Nationalität des Vaterlandes in der Nähe der von ihnen bewohnten Gegend sich in ihrer Muttersprache bis zu dem Punkt bilden können, wo die höhere akademische Bildung anfängt.“ zitiert nach Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 176.

bereits am 1. Juli 1907 in Kraft.¹⁶⁵ Durch dieses Gesetz konnte nun auch ein finanzieller Druck auf die Schulen der Nationalitäten ausgeübt werden: Der Mindestlohn für Lehrer wurde angehoben. Schulen, die diese Gehaltserhöhung nicht aufbringen konnten, wurden geschlossen oder der Kontrolle des Staates unterstellt. Auf diesem Weg konnte das Magyarische in vielen Schulen eingeführt werden.¹⁶⁶ Durch diese Bestimmung wurde der Unterricht in der jeweiligen Muttersprache fast zur Gänze gestrichen und der magyarischen Sprache absolute Priorität eingeräumt: Die magyarische Sprache wurde als Unterrichtssprache in den meisten Nationalitätenschulen eingeführt. Nur der Religionsunterricht wurde noch in der Muttersprache erteilt.¹⁶⁷ Vom pädagogischen Standpunkt her war für die Bildung der nationalen Minderheiten mit katastrophalen Folgen zu rechnen. Durch dieses Übergewicht des magyarischen Sprachunterrichts wurden die anderen Unterrichtsfächer stark vernachlässigt. Nach Abschluss einer Minderheitenschule fehlte es den Absolventen oftmals an Grundkenntnissen, um eine adäquate Lehre oder einen Beruf zu ergreifen.¹⁶⁸

Neben der Gehaltserhöhung für Lehrer bezog sich das Gesetz Apponyis vorwiegend auf diverse Verpflichtungen der nichtstaatlichen Volksschulen. Die Lehrer waren verpflichtet den Kindern einen ungarischen Patriotismus, eine Liebe zum ungarischen Vaterland sozusagen, zu vermitteln. Lehrbücher mit fremden historischen und geographischen Bezügen waren nicht gestattet. Außerdem durften ausschließlich in Ungarn hergestellte Unterrichtsmaterialien verwendet werden. Wenn mehr als 20% der Kinder Ungarisch als Muttersprache hatten, musste Ungarisch als Unterrichtssprache übernommen werden. Dieser Zustand konnte später nicht mehr rückgängig gemacht werden, unabhängig davon, wie hoch der Anteil der ungarischsprachigen Schüler war. Die Schüler mussten nach vier Jahren die ungarische Sprache in Wort und Schrift vollständig beherrschen. Wurden diese Anforderungen nicht erfüllt, dann wurden Disziplinarstrafen über Lehrer und Schulerhalter verhängt.¹⁶⁹

¹⁶⁵ vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 174-176.

¹⁶⁶ vgl. Arnulf Baumann, Deutsche in Südosteuropa, 141; I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi, 242-243.

¹⁶⁷ vgl. Wolfgang Aschauer, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität, 64.

¹⁶⁸ vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 174-175.

¹⁶⁹ vgl. I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi, 242-247.

Weiter beinhaltete dieses Schulgesetz eine Reihe von Bestimmungen: Wenn die Lehrer in ihren Klassen nicht die erwarteten Ziele erreichten, konnten sie entlassen werden. Schulen, in denen sich solche Fälle häuften, konnten gar geschlossen werden. Es ging sogar soweit, dass den betroffenen Schulerhaltern das Recht Schulen zu führen entzogen werden konnte.¹⁷⁰

Kaiser Franz Joseph war zwar mit den Lex Apponyi nicht einverstanden, jedoch unternahm er nichts dagegen, denn auch die Nationalitäten der cisleithanischen Reichshälfte kämpften um ihre Gleichberechtigung.¹⁷¹ Durch den plötzlichen Wechsel der Unterrichtssprache, der Lehrer und der Schulen sowie der Änderung der Stundenanzahlen der Unterrichtsfächer entwickelte sich bei den Nichtmagyaren teilweise ein Analphabetismus.¹⁷² Mit dem Schulgesetz Apponyis sollte die Magyarisierung des öffentlichen Lebens und der Gesellschaft abgeschlossen sein. Jedoch trat keine erneute Welle der Magyarisierung und Assimilierung ein, sondern der deutschen Minderheit wurde die Notwendigkeit einer Abwehr der staatlichen Assimilationsstrategien bewusst.¹⁷³

5.2. Die Magyarisierung der Orts- und Familiennamen

Ein weiterer wesentlicher Schritt in Richtung eines homogenen Nationalstaates war das Ersetzen der deutschen Familien- und Ortsnamen durch ungarisch klingende. Es war ein weiterer Versuch das Deutsche aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Das Ortsnamengesetz von 1898 „[...] trug [...] dazu bei, die donauschwäbischen Bauern ihrer Lebenswelt zu entfremden und sie in ihrem Lebensgefühl zu irritieren“ erklärte Ingomar Senz die Magyarisierung der Orts- und Familiennamen.¹⁷⁴ Bereits um 1868 wurden „fremdklingende“ Familiennamen durch ungarische ersetzt,

¹⁷⁰ vgl. Günter Schödl, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914, 122; Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 174.

¹⁷¹ vgl. I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi, 246-247.

¹⁷² vgl. I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi, 287.

¹⁷³ vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 176.

¹⁷⁴ Ingomar Senz, Zwischen nationaler Entfremdung und Selbstbestimmung, 356.

teilweise unter Druck, teilweise freiwillig.¹⁷⁵ Sogar Flur-, Personen-, Berg und Flussnamen wurden magyarisiert und die Verwendung nichtmagyarischer Bezeichnungen in amtlichen Schriftstücken verboten. Vor allem auf Beamte und Angestellte wurde ein Druck ausgeübt einen ungarischen Namen anzunehmen.¹⁷⁶ Die Umsetzung des Gesetzes zur Magyarisierung der Ortsnamen von 1898 wurde oftmals als Versuch der ungarischen Mehrheit, die Sprachen der Nichtmagyaren aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, dargestellt.¹⁷⁷ In diesem Zusammenhang weist auch Günter Schödl erneut auf die Passivität der deutschen Bevölkerung hin, wodurch die Assimilation vorangetrieben werden konnte.¹⁷⁸ Es herrschte zwar eine allgemeine und vielerorts verbreitete Unzufriedenheit in der ungarndeutschen Bevölkerung über die Ersetzung deutscher Ortsnamen, doch von einem aktiven Widerstand konnte zum Beispiel nicht einmal bei der Verdrängung des Stadtnamens „Ofenpest“ durch „Budapest“ die Rede sein. Widerstandsaktionen, wie die Verweigerung der Annahme eines magyarischen Ortsnamen durch die Gemeinderäte der Stadt Ungarisch-Weißenburg, blieben Einzelercheinungen.¹⁷⁹

Um die Jahrhundertwende entstand eine Vielzahl magyarischer Kulturvereine. Diese versuchten ein nationalmagyarisches Bewusstsein der magyarischen als auch der deutschen Bevölkerung zu wecken. In enger Zusammenarbeit mit diesen Kulturvereinen übte die sogenannte „Gesellschaft für Namensmagyarisierung“ einen gewissen Druck auf die Beamtschaft aus. Auch ein Großteil der in Ungarn tätigen deutschen Wissenschaftler, Künstler und Politiker änderte seine Namen in einen magyarisch klingenden.¹⁸⁰

¹⁷⁵ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 36.

¹⁷⁶ vgl. Johann *Weidlein*, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und Deutschland, 45-46.

¹⁷⁷ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914, 100-101; Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 34-35.

¹⁷⁸ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 378.

¹⁷⁹ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 101.

¹⁸⁰ vgl. Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 35-36.

5.3. Die Kirchen und die Magyarisierungspolitik der Regierung

Die Ungarndeutschen gehörten der römisch-katholischen, der evangelischen (lutherische) und zum Teil auch der reformierten Kirche Ungarns an. Die deutsche Bevölkerung Ungarns erhielt kaum Unterstützung von den Kirchen, im Gegenteil, der Klerus trat als Förderer der Magyarisierung auf, sie „*verwandelten sich [...] in die ärgsten Feinde des deutschen Volkstums*“, wie Hedwig Schwind es beschrieb.¹⁸¹

Die katholische Kirche in Ungarn wurde von der Magyarisierungsideologie zur Jahrhundertwende erfasst. Auch der deutschstämmige Klerus beteiligte sich aktiv an der Magyarisierung und demonstrierte auch seine Sympathien für einen ungarischen Patriotismus. Sie sahen sich gewissermaßen in einer Vorreiterrolle, in der es ihre Aufgabe war, das Magyarische in der Kirche und auch im Religionsunterricht möglichst rasch zu verbreiten. Insbesondere in den Schulen war es der katholischen Kirche ein besonderes Anliegen alles Nichtmagyarische zu verdrängen.¹⁸²

Die Kirchen Ungarns reagierten auf die Einführung der Lex Apponyi, die auch eine Verletzung ihrer Autonomien bedeuteten, sehr unterschiedlich: Am heftigsten reagierte die rumänisch-orthodoxe Kirche. Sie verteidigte ihre Autonomie und protestierte gegen die Einmischung in die Angelegenheiten der konfessionellen Schulen und ihre Verstaatlichung. Die evangelische Kirche sah in den Gesetzen zwar eine Verletzung ihrer Autonomie, akzeptierte das Gesetz jedoch. Der katholische Erzbischof von Eger, József Samassa, erwähnte in seiner Stellungnahme zu den Gesetzen die Autonomieverletzung erst gar nicht und stimmte der Vorlage zu.¹⁸³

Vor allem in den Jahren 1910-1914 nutzte die ungarische Regierung sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche als Werkzeug für ihre Assimilationspolitik. Großen Einfluss hatte die Regierung vor allem auf das Schulwesen. 1928 gab es nur noch in 29 % der von der katholischen Kirche geführten deutschen Volksschulen deutsch- oder gemischtsprachigen Unterricht.¹⁸⁴ Zwar traten

¹⁸¹ vgl. Arnulf Baumann, Deutsche in Südosteuropa, 144; Zitat: Hedwig Schwind, Jakob Bleier, 37.

¹⁸² vgl. Rudolf Brandsch, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 28 ; Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 36-37.

¹⁸³ vgl. I. Dolmányos, Kritik der Lex Apponyi, 247-253.

¹⁸⁴ vgl. Johann Weidlein, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland, 26.

in diesen Jahren einige Ungarndeutsche aus der Kirche aus, jedoch blieb dieser „stille“ Protest nahezu unbemerkt.¹⁸⁵

5.4. Die Auswirkungen der Magyarisierungspolitik

Der durch die Magyarisierung tatsächlich hervorgerufene Rückgang der deutschen Bevölkerung in Ungarn lässt sich nur schwer in realistischen Zahlen ausdrücken. Auch die zu dieser Zeit durchgeführten Volkszählungen gaben darüber nur wenig Aufschluss. Sie waren besonders unzuverlässig, weil sie vorwiegend nach der Muttersprache fragten und oftmals als Instrument der Magyarisierungspolitik herangezogen wurden.¹⁸⁶

Bei der im Jahr 1900 durchgeführten Volkszählung bekannten sich erstmals 51,4% zur ungarischen Muttersprache, wohingegen nur mehr 11,9% Deutsch als ihre Muttersprache angaben. Dieses Ergebnis wurde in den nationalmagyarischen Kreisen als ein Erfolg der Magyarisierungspolitik gefeiert.¹⁸⁷

Unter der Berücksichtigung des hohen deutschen Auswandereranteils, der Urbanisierung, des Rückganges der sich zum Deutschtum bekennenden Juden und des Zustroms nichtdeutscher Nationalitäten konnte zwischen 1880 und 1910 von einem durch Assimilierung bedingten Rückgang von ungefähr 450000 – 500000 Ungarndeutschen die Rede sein. Ein Rückgang dieses Ausmaßes – um ungefähr ein Viertel der deutschen Bevölkerung - trat allerdings nur bei der deutschen Nationalität in Ungarn auf. Ingomar Senz nannte als Gründe für dieses Phänomen „*das Fehlen einer eigenen Führungsschicht, die politische Gleichgültigkeit und die nationale Orientierungslosigkeit*“ der Ungarndeutschen.¹⁸⁸ In vielen ehemals deutschen Städten

¹⁸⁵ vgl. Günter Schödl, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 126; Günter Schödl, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 395-400.

¹⁸⁶ vgl. F. Zwitter, Die nationalen Fragen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1900-1914). In: Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1900-1918 (Budapest 1966) 11-38, 14-15.

¹⁸⁷ vgl. Harald Roth, Studienhandbuch östliches Europa, 420.

¹⁸⁸ vgl. Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 37-38.

wie Győr, Pécs, Kassa oder der Hauptstadt selbst, war das deutsche Bürgertum verschwunden oder zur Minderheit geworden.¹⁸⁹

Bereits 1895 waren 40% des ungarischen Bodens im Besitz der Großgrundbesitzer, von denen wiederum mehr als 90% Magyaren waren. Mehr als dreiviertel aller Unternehmenseigentümer mit mehr als 20 Beschäftigten, über 90% der Staatsbeamten und Angestellten, mehr als 81% der Volksschullehrer, gute 63% der Geistlichen -vor allem in höheren Stellungen -, 82% der Absolventen von Mittelschulen und beinahe 90% der Advokaten und Ärzte waren Magyaren.¹⁹⁰

Obwohl ein Großteil der deutschen Bevölkerungsschicht die politischen Ereignisse nur am Rande zur Kenntnis nahm, waren sie doch alle in Zeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts vor ein gemeinsames Problem gestellt: Die über Jahrhunderte wehende Identität, gleichermaßen als Ungar und Deutscher respektiert zu werden, war nun zerstört. Doch um sich endgültig als „Ungarndeutscher“ zu identifizieren, dazu fehlte noch jegliches Nationalbewusstsein.¹⁹¹

Vor allem in den Reihen der Grundbesitzer und jener, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügten, machte sich ein passives Verhalten gegenüber der in Ungarn geführten Politik breit. Lediglich auf lokaler Ebene konnten einige Aktivitäten, wie zum Beispiel Partei- und Vereinsgründungen, verzeichnet werden, die allerdings keinerlei politische Funktion hatten.¹⁹²

¹⁸⁹ vgl. Rudolf *Brandsch*, Die Madjarisierung in Ungarn im 19. Jahrhundert, 32.

¹⁹⁰ vgl. F. *Zwitter*, Die nationale Fragen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, 19.

¹⁹¹ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 379.

¹⁹² vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 380.

6. Das Ungarndeutschtum nach dem Ersten Weltkrieg

Vor dem Ersten Weltkrieg war Ungarn von einem nationalitätenfeindlichem Zentralismus und sozialer Rückständigkeit geprägt. Nach dem Vertrag von Trianon und den enormen Gebietsverlusten wurde die ungarische Politik von der Revision der neuen Landesgrenzen und der nationalsozialistischen Ideologie des Deutschen Reiches beeinflusst.¹⁹³

Bereits in den Jahren zwischen 1880 bis 1910 war die ungarndeutsche Bevölkerung von einem starken zahlenmäßigen Rückgang von 13,6% auf 10,4% - die Zahlen schwanken zwischen 10,4% und 9,6% - betroffen. Die deutsche Nationalität befand sich also bereits vor dem Ersten Weltkrieg in einer Minderheitensituation, doch mit dem Vertrag von Trianon und den enormen Gebietsverlusten sank die Zahl der Ungarndeutschen nochmals von zwei Million 1910 - das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 9,7% - auf 551211 nach dem Vertrag von Trianon - laut Volkszählung 1920. Der deutsche Bevölkerungsanteil wurde somit auf rund 7% (6,9%) der Gesamtbevölkerung reduziert – wohingegen beinahe 90% (89,6%) der Gesamtbevölkerung Magyaren waren - und war auch weiterhin der heftigen und teilweise radikalen Assimilierungspolitik ausgesetzt.¹⁹⁴

Rumänien erhielt Gebiete im Osten, Siebenbürgen und die Bukowina. Jugoslawien wurden Teile der westlichen Gebiete, nämlich die Batschka sowie der Raum südlich der Donau und der Drau, zugesprochen. Durch diese Gebietsverkleinerung wurde der Anteil der deutschen Bevölkerung beinahe um die Hälfte reduziert, deren Siedlungsgebiete beschränkten sich auf drei Zentren: Südungarn, das ungarische Mittelgebirge und einige Gemeinden entlang der österreichischen Grenze. Dennoch konnte von keiner homogenen Siedlungsstruktur gesprochen werden.¹⁹⁵

¹⁹³ vgl. Franz H. Riedl, *Das Südostdeutschum in den Jahren 1918-1945* (Südostdeutsches Kulturwerk/Klein Südostreihe/Heft 3, München 1962) 13.

¹⁹⁴ vgl. Martin L. Kovacs, *National Minorities in Hungary 1919-1980*. In: Stephan M. Horak, *Eastern European National Minorities 1919-1980. A Handbook* (Littleton 1985) 160-189, 164; Franz H. Riedl, *Das Südostdeutschum in den Jahren 1918-1945*, 13; Franz H. Riedl, *Bestand und Lage des Deutschums in Südosteuropa. Blick über vier Jahrzehnte*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Grulich* (Südosteuropa, 2. Band/München 1961) 414-446, 415-416; Gerhard Seewann, *Das Ungarndeutschum 1918-1988*. In: Edgar Hösch und Gerhard Seewann (Hrsg.), *Aspekte ethnischer Identität. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Deutsche und Magyaren als nationale Minderheit im Donaauraum“* (München 1991) 299-323, 301.

¹⁹⁵ vgl. Karl Manherz, *Die Ungarndeutschen* (Welt im Umbruch 1/Geschichte/Budapest 1998) 34.

Im Jahr 1920 gab es noch 325 deutsche Mehrheitsgemeinden, 83% der Deutschen lebten auf dem Land, die meisten waren Klein- und Mittelbauern, 17% lebten in den Städten. Die Auswirkungen der ungarischen Magyarisierungspolitik machten sich vor allem in den Städten bemerkbar, wo ein enormer Rückgang der deutschen Stadtbevölkerung zwischen den beiden Weltkriegen zu bemerken war. Um dies zu verdeutlichen, hier einige Beispiele: In Sopron sank der Anteil der deutschen Stadtbevölkerung von 51% auf 30%, in Kőszeg von 40% auf 15%, in Ungarisch-Altenburg von 35% auf 14% und in Budapest von 10% auf 1,6%.¹⁹⁶

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg waren nur noch wenige homogene deutsche Siedlungen vorzufinden. Vor allem die direkt in den Städten lebenden Ungarndeutschen waren einem starken Assimilierungsdruck ausgesetzt. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts galten die ungarischen Großstädte als „Schmelztiegel“ kultureller und nationaler Minderheiten. Vor allem aber die deutsche Bevölkerung wurde von dieser Welle der Assimilierung erfasst.¹⁹⁷

Aus der bereits erwähnten Volkszählung von 1920 ging auch hervor, dass 56% der deutschen Bevölkerung in Ungarn im Agrarsektor, 15% der Kleinbürger im Handel und Gewerbe, 25% als Industriearbeiter und nur 4% in akademischen Berufen tätig waren, wobei die Schichten der Kleinbürger und der Intelligenz sich bereits assimiliert hatten. Das Bauerntum bildete alleine die soziale Basis für die nationale Bewegung. Sie hatten ihre ethnische Identität behalten. Aber in der isolierten dörflichen Lebenswelt war diese ethnische Identität bis vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht in Frage gestellt worden. Daher hatte sich auch nicht notwendigerweise ein ungarndeutsches Identitätsbewusstsein entwickelt. Gerhard Seewann schreibt, dass sich die deutsche Landbevölkerung in Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Ungarntum identifizierte und sich diesem auch zugehörig fühlte. Erst durch die Industrialisierung im Agrarbereich, die zunehmende Mobilität und Kommunikation und die sozioökonomische Erschütterung durch die Weltwirtschaftskrise wandelte sich dieses Identitätsbewusstsein.¹⁹⁸

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörten 82% der deutschen Bevölkerung in Ungarn der römisch-katholischen Kirche und 16% der evangelischen Kirche an. Die katholische

¹⁹⁶ vgl. Franz H. Riedl, *Das Südostdeutschtum in den Jahren 1918-1945*, 14-15.

¹⁹⁷ vgl. Martin L. Kovacs, *National Minorities in Hungary 1919-1980*, 164.

¹⁹⁸ vgl. Gerhard Seewann, *Das Ungarndeutschtum 1918-1988*, 301-302.

Kirche leistete der Magyarisierungspolitik nach wie vor keinen Widerstand. Der Klerus - vor allem in den höheren Hierarchien - war stark von der Assimilation betroffen.¹⁹⁹

Auch nach 1918 wurde die Magyarisierung vorwiegend durch die Verwaltungspraxis gefördert. Durch die Magyarisierungspolitik konnte erreicht werden, dass die Zahl der deutschsprachigen Schulen bis 1920 auf vierzehn sank. Diese wiederum befanden sich ausschließlich in Westungarn. Erst durch die Anstrengungen Bleyers konnten 448 deutsche Volksschulen erkämpft werden. Durch die Abtrennung Siebenbürgens von Kernungarn verlor die deutsche Bewegung ihre aktive Schicht.²⁰⁰

6.1. Die politische Emanzipation einer nationalen Minderheit

Die nationalen Bewegungen der Nationalitäten in Ungarn entstanden zwischen 1849 bis 1918 zunächst auf kultureller, dann auf politischer Ebene. Diese Entwicklung kann laut L. Kattus in drei Perioden unterteilt werden: In den 1860er Jahren bis in die zweite Hälfte der 1870er Jahre setzte sich das liberale Bürgertum und die Intelligenz der Nichtmagyaren für eine territoriale Selbstregierung, Anerkennung der Nationalitäten und die entsprechenden staatlichen Einrichtungen ein. In der zweiten Phase zwischen 1880 bis 1900 gingen die Nationalitäten in eine politische Passivität über. Erst in der dritten Phase ab 1900 entstand eine neue nationale Bewegung, gestützt auf die Schichten des Groß- und Kleinbauerntums. Die Ungarndeutschen suchten bald Verbindungen zum deutschdominierten Cisleithanien und zu Deutschland. Bald machten sich „alldeutsche Tendenzen“ bemerkbar. Die Nationalitäten drängten zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf eine

„Lösung der Nationalitätenfrage durch Aufhebung des Rahmens des historischen Ungarn aber innerhalb des Rahmens der Habsburgermonarchie

¹⁹⁹ vgl. Franz H. Riedl, Das Südostdeutschum in den Jahren 1918-1945, 15.

²⁰⁰ vgl. Franz H. Riedl, Das Südostdeutschum in den Jahren 1918-1945, 15-17.

durch eine föderative, nationale und bürgerlich-demokratische Umgestaltung in den Vordergrund“²⁰¹ erklärte der Autor L. Kattus.

Der bis heute nicht abgeschlossene Prozess der sozialen und politischen Emanzipation des Ungarndeutchtums setzte in einer Zeit des Umbruchs ein: Mit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie ging die letzte nationbildende Instanz verloren, die ein multinationales Reich zu einem Ganzen integrierte. Senz Ingomar beschrieb das Entstehen der deutschen Bewegung als die

„[...] Reaktion auf die allmählich bedrohliche Formen annehmende Assimilierungspolitik der ungarischen Regierung, die noch dazu die vereinzelt schwachen Ansätze eines sich neu bildenden Deutschbewusstseins zu einer „alldeutschen Bewegung“ aufbaute“²⁰²

Diese Bezichtigung auf der einen Seite, sich mit alldeutschen Kreisen verbinden zu wollen, und dem Kampf der Ungarndeutschen gegen die Magyarisierungspolitik der Regierung auf der anderen Seite, bewirkten eine nationale und politische Emanzipation einer breiten Masse der Ungarndeutschen. Der Übergang von einer politisch passiven und heterogenen Gruppe zu einer um ihre Rechte und ethnische Identität kämpfenden Gemeinschaft wurde durch den radikalisierten ungarischen Nationalismus beschleunigt. Die nach dem Ersten Weltkrieg neuentstandene ungarische Regierung berief sich ganz auf das Nationalstaatsprinzip und zwang die deutsche Minderheit in ihrem Land zu einem sozialen und politischen Handeln auf Basis eines ethnisch-nationalen Selbstbewusstseins, dessen Entstehungsprozess jedoch noch nicht abgeschlossen war.²⁰³

Im Jahr 1920 waren nur 1,7% der deutschen Agrarbevölkerung in Ungarn Großbauern mit einem Grundbesitz von über 50 Joch (1 Joch = 5 700m²), ungefähr 40% zählten zum Mittelstand, die über jeweils 5-50 Joch verfügten und über 58% waren Kleinbauern, Häusler, Tagelöhner und Landarbeiter. Der Mittelstand fürchtete zur Zeit

²⁰¹ L. Kattus, Über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Nationalitätenfrage in Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg. In: Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1900-1918 (Budapest 1966) 149-216, 153-155 (Zitat 154).

²⁰² Ingomar Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg, 8.

²⁰³ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutchtum 1918-1988, 299-303.

der Weltwirtschaftskrise um seinen Besitz. Bis 1929 „gaben die Bauern des Mittelstandes den Ton an“. Zwischen 1920 und 1938 kam es zu einer Besitzsteigerung der Großbauern auf Kosten des Kleinbauerntums, welches um seine wirtschaftliche Existenz bangte und von großer Armut betroffen war. Dieser soziale Wandel prägte die nationalen Bewegungen dieser Zeit, den Gerhard Seewann beschrieb:²⁰⁴

„Solche strukturellen Gegebenheiten und Entwicklungstendenzen erwiesen sich als stärker als das Wirken einzelner Personen. Dies trifft auch auf Jakob Bleyer zu, der seine Politik von vornherein auf eine recht schmale Basis stellte, die sich schon nach wenigen Jahren weder politisch noch gesellschaftlich als besonders tragfähig herausstellen sollte.“²⁰⁵

6.2. Die Minderheitenpolitik

Die Entwicklung nationaler Bewegungen in Ungarn lässt sich laut Holger Fischer in drei Phasen unterteilen²⁰⁶: In der ersten Phase zwischen 1860 bis 1880 forderten die Nationalitäten ihre kulturelle und territoriale Autonomie sowie ihre Gleichberechtigung. Sie akzeptierten Ungarisch als Staatssprache. Die zweite Phase dauerte von Mitte der 70er Jahre bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre, in der die Nationalitäten eine eher passive Haltung einnahmen und sich vorwiegend auf ihre kulturellen Angelegenheiten konzentrierten. Erst um 1900 gaben sie ihre politische Passivität auf.²⁰⁷

Zur Jahrhundertwende wurden sozusagen die Grundsteine für eine deutsche Minderheitenpolitik auf ungarischem Boden gelegt. Dieser „Grundsteinlegung“ war ein langer Prozess des Umdenkens vorausgegangen. Ein Umdenken, vor allem in Bezug auf die Träger einer Politik von und für eine Minderheit. Denn man war zur Erkenntnis gekommen, dass nicht mehr das Bürgertum in den Städten, sondern die

²⁰⁴ vgl. Gerhard Seewann, Die Ungarndeutschen 1918-1988, 302-303.

²⁰⁵ Gerhard Seewann, Die Ungarndeutschen 1918-1988, 303.

²⁰⁶ vgl. hierzu auch die Unterteilung von L. Kattus (Kapitel: Die politische Emanzipation einer nationalen Minderheit).

²⁰⁷ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 22.

bäuerliche Gesellschaft am Land als das neue Fundament einer sich formierenden Minderheitenpolitik herangezogen werden musste. Besonders sollten hier die Schwaben in den südlichen Regionen des Landes betont werden.²⁰⁸

Außer in Siebenbürgen und einigen anderen wenigen Orten kam es um die Jahrhundertwende zu keinen politischen Aktivitäten der Vereine.²⁰⁹ Eine erste allmähliche Entwicklung eines Selbstbewusstseins der ungarndeutschen Gemeinschaft zeigte sich im Verlauf der Reichstagswahl von 1901 und das obwohl die Vertreter der deutschen Nationalität, Steinacker und Schreyer, damals scheiterten. In der ungarischen Presse häuften sich die Artikel über ein „unpatriotisches Verhalten der schwäbischen Bevölkerung“ und über eine „pangermanische Gefahr“. Dies war wohl zurückzuführen auf die Forderungen der Bauern, die ein Sinken des Bildungsniveaus ihrer Kinder fürchteten, den Ungarischunterricht zu reduzieren. Die Unzufriedenheit der Ungarndeutschen spiegelte sich in den deutschsprachigen Zeitungen wieder.²¹⁰ Die ungarische Regierung reagierte, indem sie Sanktionen über diese Zeitungen verhängte und Gerichtsprozesse gegen die Verfasser der Artikel, die unter anderem wegen „Aufreizung zum Hass gegen den magyarischen Staat“ verurteilt wurden, einleitete. Die Organe einer noch im Entstehen begriffenen ungarndeutschen nationalen Bewegung wurden somit gleich zu Beginn ausgeschaltet. Doch die Unzufriedenheit wurde unter anderem im Temeschwarer Wochenblatt „Deutschungarischer Volksfreund“ ausgedrückt.²¹¹

Am 30. Dezember 1905 wurde in Werschetz, wo sich bereits eine lokale Bürgerpartei konstituiert hatte, die UDVP (= Ungarländische-Deutsche Volkspartei) von Lajos Kremling (1861-1930) und János Rösér auf Initiative von Ödön Steinacker gegründet. 1907 kam es zur Gründung des Wiener „Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn“.²¹²

²⁰⁸ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 392.

²⁰⁹ vgl. Günter *Schödl*, Am Rande des Reiches, am Rande der Nation, 395.

²¹⁰ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 103-104.

²¹¹ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 104-105.

²¹² vgl. Arnulf *Baumann*, Deutsche in Südosteuropa – Sachsenbischof und Volkstumsführer. Friedrich Teutsch (1852-1933) – Rudolf Brandsch (1880-1953). In: Kurt *Stephenson* (Hrsg.), Leben und Leistungen. Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert (2. Fortsetzung der Burschenschaftlichen Doppelbiographien /Heidelberg 1965/Heidelberg 1967) 119-172, 144; Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 121.

Seit 1907 wirkte die UDVP in der Öffentlichkeit, doch bereits ab diesem Zeitpunkt wurden ihre Veranstaltungen - es handelte sich hierbei hauptsächlich um Protestveranstaltung gegen die Magyarisierungspolitik - von den ungarischen Behörden – teilweise sogar mit Polizeigewalt - behindert.²¹³

Die UDVP hatte nur einen schwachen politischen Einfluss. Bei den Parlamentswahlen 1910 wurde keiner ihrer fünf Kandidaten ins Parlament gewählt.²¹⁴ Auch bei den Reichstagswahlen 1914 errang die UDVP kein einziges Mandat. Es konnten nur in sechs Wahlkreisen Mandatare gestellt werden, in sechs weiteren konnten erst gar keine gefunden werden.²¹⁵

Zwischen 1910 und 1914 wurde die administrative Unterdrückung der entstehenden nationalen Bewegungen verstärkt. Es kam zu einer Manipulation der Kommunalwahlen in Weißkirchen, die Magyarisierung der Ortsnamen wurde verschärft und versucht die deutsche Sprache endgültig aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen.²¹⁶

Die politische Entwicklung der ungarndeutschen Minderheit in der Zwischenkriegszeit kann in zwei Phasen unterteilt werden: Die erste Phase umfasst ungefähr die Zeit, als das Kabinett Graf István Bethlens (1921-1931) im Amt war. Die zweite Phase reicht von 1934/1938 bis zur endgültigen Vertreibung der Ungarndeutschen.²¹⁷

Nach dem Tod Bleyers 1933 verbreitete sich unter den Ungarndeutschen eine nationalsozialistische Auffassung, gemäß derer sie sich selbst als Teil des Gesamtdeutschtums betrachteten. Nach ihrem Selbstverständnis waren die Ungarndeutschen nicht mehr länger eine Minderheit. Sie lehnten jegliche Art der Assimilation ab und forderten eine eindeutige Abgrenzung vom Ungarntum.²¹⁸

²¹³ vgl. Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen (Veröffentlichung des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten Nr. 13/München 1937) 142.

²¹⁴ vgl. Arnulf *Baumann*, Deutsche in Südosteuropa, 144.

²¹⁵ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 124.

²¹⁶ vgl. Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik 1890-1914, 126.

²¹⁷ vgl. Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 461-462.

²¹⁸ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche (1919-1945) (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae/Budapest 1975) 9-10.

7. Die Nationalitätenpolitik Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg

Mit der Verschlechterung der Kriegslage für die Mittelmächte 1918 wurde auch die Nationalitätenfrage in Ungarn wieder aktuell. Der Vertreter der bürgerlich-radikalen Partei Oszkár Jászi trat – ganz im Sinne des 14-Punkte-Plans Wilsons – für eine Unabhängigkeit der Nationalitäten ein. Er anerkannte zwar die Autonomie der Völker der Monarchie, nicht aber der Nationalitäten Ungarns. Er konnte sein Konzept nicht zu Ende entwickeln. Im Oktober 1918 forderte er den Ausbau der Nationalitätenautonomie und verurteilte die Magyarisierungspolitik. Später ging er aber wieder einen Schritt zurück und bestand auf die Integrität Ungarns. Eine Lösung des Nationalitätenproblems sollte durch die Demokratisierung Ungarns erreicht werden.²¹⁹

Die Unabhängigkeitspartei unter der Führung von Graf Mihály Károlyi (1875-1955) forderte die Unabhängigkeit Ungarns, seine territoriale Integrität und die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch für Frauen. Die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Nationalitäten sowie die Verwendung der Muttersprache im Unterricht, in der Verwaltung und in der Rechtssprechung sollten gesichert werden. Aber sie trat nicht für die Autonomie der Nationalitäten ein.²²⁰

1918 war das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein fester Bestandteil des Programms der MSZDP (= Sozialdemokratische Partei). Die Partei trat für die Abschaffung der Monarchie, die Selbstständigkeit Ungarns und für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht auch für Frauen ein. Die MSZDP übte Kritik an der Magyarisierungspolitik und setzte sich auch für Zugeständnisse für die Nationalitäten im sprachlichen Bereich ein.²²¹

Im Frühjahr 1918 arbeitete die Unabhängigkeitspartei Károlyis eng mit den Sozialdemokraten zusammen. Graf Mihály Károlyi, der auch in engem Kontakt zu den Ententemächten stand, trat für eine Loslösung Ungarns von Österreich ein und forderte einen Sonderfrieden zwischen Österreich-Ungarn und den Ententemächten.²²² Die

²¹⁹ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 66-70.

²²⁰ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 76.

²²¹ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 77-78.

²²² vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 55.

Liberal-Freiheitliche Partei Kálmán Tiszas löste sich auf und schloss sich mit der Liberalen Partei Sándor Wekerles (1848-1921) zusammen. Nach dem Tod Tiszas breitete sich der Einfluss der revolutionären Károlyi-Partei und der Sozialdemokraten aus. Nach dem Rücktritt der Regierung Wekerles am 23. Oktober 1918 wurde am 25. Oktober die Republik Ungarn unter der Führung von Ministerpräsident Károlyi ausgerufen, die sich aus Vertretern der Unabhängigkeitspartei Károlyis, der Bürgerlich-Radikalen Partei und der Sozialdemokratischen Partei zusammensetzte..²²³ Die Gründungsparteien forderten die unverzügliche Beendigung des Krieges, die Unabhängigkeit Ungarns, demokratische Reformen und eine einvernehmliche Lösung mit den Nationalitäten ohne die Integrität des Landes zu verletzen. Nachdem der König aber Mihály Károlyi nicht mit der Regierungsbildung beauftragte, kam es zu heftigen Protesten und Demonstrationen. Die sogenannte „Asterrevolution“ dauerte nur wenige Tage und führte hauptsächlich am Land zu Auseinandersetzungen und Plünderungen. Die bürgerliche Revolution wurde durch die territorialen Verluste stark beeinflusst. Zu den Opfern der Revolution gehörte auch István Tisza, der in seinem Haus von Soldaten erschossen wurde. Am 31. Oktober wurde Graf Mihály Károlyi zum Ministerpräsidenten ernannt. Am 13. November 1918 verzichtete Kaiser Karl IV. auf seine Herrschaftsansprüche..²²⁴

Oskar Jászi (1875-1957) wurde zum Nationalitätenminister ernannt. Er verteidigte nach wie vor die territoriale Integrität Ungarns. Nachdem das Schulgesetz Apponiys aufgehoben worden war, konnte durch die neue Schulverordnung vom 22. November 1918 Deutsch als Unterrichtssprache in allen deutschen Gemeinden wieder eingeführt werden. An den Erfolgen im Unterrichtswesen konnte jedoch nur bis 1919 festgehalten werden..²²⁵

Im November 1918 waren die Verhandlungen der ungarischen Regierung mit den Nationalitäten des Landes gescheitert. Ungarische Gebiete wurden von serbischen, rumänischen und tschechischen Truppen besetzt. Selbst in dieser Krisensituation änderte die Regierung ihre Nationalitätenpolitik nicht und bot den Nationalitäten nur

²²³ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 55-56.

²²⁴ vgl. Ignác *Romsics*, Weltkrieg, Revolution, Trianon (1914-1920). In: István György *Toth* (Hrsg.), Geschichte Ungarns (Dt. Übersetzung Evá Zádor/Budapest 2005) 601-626, 606-608; Harald *Roth*, Studienhandbuch östliches Europa, 421.

²²⁵ vgl. Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 81-87; vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 63-64.

sprachliche Autonomie und Demokratisierung an und hielt an einer territorialen Integrität Ungarns fest.²²⁶

Am 13. November 1918 wurde der Belgrader Waffenstillstand unterzeichnet, doch dieser Vertrag wurde nicht eingehalten und es kam bereits vor den Pariser Friedensverhandlungen zu groben Missachtungen der Beschlüsse. Im November des Jahres fanden wieder Verhandlungen mit den Nationalitäten statt. Noch im selben Monat erhob die provisorische Regierung Österreichs territoriale Ansprüche auf die Komitate Moson, Sopron, Vas und Pozsony. Nur durch Einlenken der Sozialdemokraten wurde auf die Gebietsforderungen vorläufig verzichtet. Zu dieser Zeit hatten sich im westlichen Ungarn drei Gruppierungen gebildet, die eine unterschiedliche Lösung der Nationalitätenfrage forderten: Die Bauern forderten die Abtrennung von Ungarn, die zweite Gruppe trat für die Autonomie ein und setzte sich vorwiegend aus Anhängern der Bürgerlich-Radikalen Partei und der Sozialdemokratischen Partei, Handwerkern und Kaufleuten zusammen. In der dritten Gruppe hatten sich Großgrundbesitzer, Kleriker und Beamte zusammengeschlossen und setzten sich für die Aufrechterhaltung der alten Strukturen ein.²²⁷

In der folgenden Zeit war die Nationalitätenpolitik vom Nationalismus der Opposition, die die von der bürgerlich-demokratischen Regierung geführte Politik als viel zu großzügig betrachtete und dem Nationalismus der Nationalitäten - und ihrer „Mutternationen“ -, denen die Zugeständnisse wiederum als viel zu gering erschienen, bestimmt.²²⁸

Mit Ende des Ersten Weltkrieges wurde den Ungarndeutschen eine neue Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage in Aussicht gestellt. Doch es fehlte der deutschen Bevölkerung noch immer an einer politischen Organisation und einer einheitlichen Führung, um sich dem politischen Kurs der Regierung, der wieder von der Magyarisierung der Nationalitäten bestimmt wurde, zu widersetzen.²²⁹ Laut Loránt Tilkovszky führten die fehlenden Fortschritte der Regierung in Bezug auf die Nationalitätenproblematik zu einer Polarisierung der Gesellschaft. Durch die neuen

²²⁶ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 89-90.

²²⁷ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 94-110.

²²⁸ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 176.

²²⁹ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 157-158.

Grenzen laut den Bestimmungen des Trianoner Vertrages wurden auch zahlreiche Magyaren von ihrer Heimat getrennt, was zur Verbreitung einer nationalitätenfeindlichen Stimmung innerhalb Ungarns beitrug. Auch die Regierung war heftigen Angriffen der Oppositionsparteien ausgesetzt.²³⁰

Die Ungarndeutschen waren in dieser Zeit der Krise in zwei Lager gespalten, zwischen den Anhängern von Rudolf Brandsch und den Parteigängern Jakob Bleyers. Eine Kooperation zwischen beiden war nicht möglich.²³¹ Brandsch forderte die vollständige Gleichberechtigung der Deutschen mit den Ungarn, ganz im Sinne des nationalen Autonomiegedankens.²³²

In Bezug auf die Nationalitätenpolitik entwickelten sich zwei Richtungen: Die radikale Richtung empfand die Magyarisierungspolitik der vergangenen Jahre als zu liberal. Ihr Ziel war es, einen homogenen Nationalstaat zu schaffen und die abgetrennten Gebiete, wenn nötig, auch gewaltsam zurückzuerobern. Die nicht zur Assimilation bereiten Nationalitäten sollten vertrieben werden. Die gemäßigte Gruppe, die sich von der teilweise gewaltsamen Assimilationspolitik distanzierte, hielt das Ideal einer ethnisch homogenen Bevölkerung für nicht realisierbar. Sie verfolgten eine gemäßigte Nationalitätenpolitik.²³³

Die durch diktatorisch erlassene „Volksgesetze“ einsetzende Radikalisierung der Politik führten Ungarn bereits in Richtung einer sozialdemokratischen Republik. Das Kabinett Károlyis wurde vom eher radikal gesinnten Bevölkerungsteil angenommen, doch von der Landbevölkerung und vom Bürgertum größtenteils abgelehnt. Die Károlyi-Regierung plante eine Bodenreform durchzuführen, durch welche der Großgrundbesitz aufgeteilt werden sollte, um einen Kleinbauernstand zu schaffen. Sie setzten sich auch für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und eine „neuzeitlich, freiheitliche Nationalitätenpolitik“ ein.²³⁴ Ein von Oszkár Jászi ausgearbeitetes Konzept der Nationalitätenpolitik wurde von der bürgerlich-demokratische Opposition und Károlyi übernommen. Jászi hatte versucht das Nationalitätenproblem wissenschaftlich zu erforschen und konnte somit auch fortschrittliche Ergebnisse erzielen. Er hatte erkannt, dass die Unabhängigkeit Ungarns

²³⁰ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 7.

²³¹ vgl. Karl *Manherz*, Die Ungarndeutschen, 34-35.

²³² vgl. Béla *Bellér*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 162.

²³³ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 7.

²³⁴ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 56.

an eine Lösung der Nationalitätenfrage und Demokratisierung der feudalistischen Strukturen gebunden war. Die bürgerlich-demokratische Regierung versuchte dem verbreiteten Nationalismus entgegenzutreten und war zu großen Zugeständnissen bereit. Doch ohne die Unterstützung der Entente war diese Nationalitätenpolitik zum Scheitern verurteilt.²³⁵

Der neue Minister für Nationalitätenangelegenheiten Oszkár Jászi gehörte der jüdischen Minderheit an und hatte sich schon vor seinem Amtsantritt kritisch über die ungarische Nationalitätenpolitik geäußert. Er forderte die Regierung auf den Nationalitäten zahlreiche Zugeständnisse zu machen, damit sie sich für einen Verbleib bei Ungarn aussprechen würden. Aber die Slowaken, Serben und Rumänen suchten bereits den Anschluss an ihre „Mutternationen“.²³⁶ Die Nationalitätenpolitik, zurzeit als Jászi Nationalitätenminister war, konnte in drei Phasen unterteilt werden: Im November 1918 wurde versucht die Problematik durch Verhandlungen mit den Nationalitäten zu lösen. Die Verhandlungen blieben jedoch ohne Erfolg. Es wurden auch Autonomiezugeständnisse gemacht. Im Dezember desselben Jahres wurden zahlreiche Gebiete - in denen überwiegend Nichtmagyaren lebten - besetzt. Dies wurde von der Entente geduldet. Die ungarische Regierung versuchte die Nationalitätenbewegungen zu spalten und bei Ungarn zu halten. Ende 1918 wurde die sogenannte „Donauföderation“²³⁷ propagiert.²³⁸

Im Jänner 1919 wurde Mihály Károlyi vom Nationalrat zum provisorischen Staatspräsidenten und Dénes Berinkey (1871-1948) zum Ministerpräsidenten gewählt.²³⁹ Als Berinkey die Regierung übernahm, wurde das Nationalitätenministerium aufgelöst. Die Regierung unter Berinkey - wie auch unter Károlyi - versuchte durch neuerlassene Nationalitätengesetze, die den Nationalitäten erhebliche Autonomie zuerkannten, eine günstige Ausgangslage für die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu schaffen und die Abtrennungsabsichten der Nationalitäten zu mildern. Zwar wurde durch diese Gesetze den Nationalitäten eine

²³⁵ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 174-175.

²³⁶ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 56-57.

²³⁷ Bei der sogenannten „Donauföderation“ handelte es sich um eine von Jászi entwickelte Konzeption zur Lösung des Nationalitätenproblems. Er sah das föderalisierte Ungarn in eine Donauföderation integriert. vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 69.

²³⁸ vgl. Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 161.

²³⁹ vgl. Ignác Romsics, Weltkrieg, Revolution, Trianon, 608.

eigenständige Nationalitätenversammlung, Rechtssprechung und Gesetzgebung zugesprochen und die von ihnen bewohnten Gebiete gingen in ihren Besitz über, doch wurde auch die Suprematie und territoriale Integrität Ungarns bewahrt.²⁴⁰

Mit dem am 29. Jänner 1919 erlassenen sechsten „Volksgesetz“ sollte die Autonomie der Ungarndeutschen geregelt werden. Es legte fest, dass die deutschbewohnten Gebiete zu autonomen Rechtsgebieten mit eigener Regierung und eigener Nationalversammlung erklärt wurden. Ihr Kompetenzbereich erstreckte sich auf die inneren Angelegenheiten, das Religions-, Unterrichts- und Rechtswesen und den Gebrauch der deutschen Sprache. Ebenfalls wurde János Junker zum Minister für deutsche Angelegenheiten und Henrik Kalmár zum Staatssekretär ernannt.²⁴¹ Bei der Durchführung des Gesetzes traten erhebliche Schwierigkeiten auf: Die deutsche Nationalität verfügte über kein geschlossenes Siedlungsgebiet. Daher war es schwierig die genauen Grenzen der autonomen Gebiete festzulegen. Die Einführung einer deutschen Verwaltung ging nur sehr langsam voran. Der deutschsprachige Unterricht konnte - teilweise aus Gründen des Lehrermangels - auch nur eingeschränkt realisiert werden. Die geführte Nationalitätenpolitik erfüllte die Erwartungen der Ungarndeutschen bei weitem nicht. Eine vollständige Umsetzung des deutschen Autonomiegesetzes kam nicht mehr zustande.²⁴²

Die am 20. März 1919 an die ungarische Regierung überreichte sogenannte „Vix-Note“ - benannt nach Oberstleutnant Vix, der die Note überreichte - legte eine circa 50km breite neutrale Zone zwischen Ungarn und Rumänien fest. In der am 21. März veröffentlichten Antwort erklärte sich die ungarische Regierung als nicht in der Lage die Forderungen zu erfüllen, zumal sie nicht zu den Verhandlungen eingeladen worden war. Noch am selben Tag schloss sich die Sozialdemokratische Partei ohne Wissen Károlyis der kommunistischen Partei an und proklamierte die Räterepublik. Daraufhin gab Károlyi unverzüglich seinen Rücktritt bekannt.²⁴³

Der Historiker Holger Fischer weist der Vix-Note folgenden Charakter zu:

²⁴⁰ vgl. Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 135-145.

²⁴¹ vgl. Béla *Bellér*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 163-164; Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 110.

²⁴² vgl. Béla *Bellér*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 163-164; Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 110 und 148.

²⁴³ vgl. Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 151-155.

„Die Vix-Note war der deutliche und unzweifelhafte Ausdruck des Scheiterns der Wilsonschen Prinzipien auf der Friedenskonferenz und damit der Möglichkeit eine auf Verständigung beruhenden Friedens. Ungarn wurde von der Entente für die imperialistischen und nationalistischen Ziele ihrer Verbündeten Staaten fallengelassen und für ihre eigenen politischen Ziele gegenüber der Sowjet-Union geopfert.“²⁴⁴

Am 21. März 1919 löste die sozialistische Räterepublik Béla Kuns (1886-1939) die ungarische Volksrepublik ab. Die radikale Rechte unter Admiral Miklós Horthy (1868-1957) war die einzige politisch durchsetzungsfähige Kraft.²⁴⁵ Unter dieser Regierung wurden die Selbstbestimmungsrechte der Deutschen teilweise erfüllt. Vor allem im Bildungswesen konnten einige Forderungen durchgesetzt werden, zum Beispiel wurde in rund 500 Schulen die deutsche Sprache eingeführt. Ebenfalls nahm die Anzahl der deutschen Vereine zu.²⁴⁶ Unter der Leitung von Graf Gyula Károlyi (1871-1947) bildete sich am 5. Mai 1919 in Arad - später wurde der Sitz nach Szeged verlegt - eine kontrarevolutionäre Gegenregierung. Graf Pál Teleki (1879-1941) wurde zum Außenminister und Miklós Horthy (1868-1957) zum Kriegsminister der Regierung in Szeged ernannt.²⁴⁷ Erst am 1. August 1919 wurde die revolutionäre Regierung durch eine gemäßigte sozialdemokratische Regierung ersetzt.²⁴⁸

Politische Stabilität konnte erst wieder mit den Wahlen 1920 und der Ernennung Horthys zum Reichsverweser erreicht werden. Durch den Friedensvertrag vom 4. Juni 1920 wurde Ungarn zu einem Kleinstaat, in dem sich nationale Tendenzen zu einer Hetzjagd gegen die Minderheiten entwickelten.²⁴⁹ Durch die großen Gebiets- und Bevölkerungsverluste wurde die Gesamtbevölkerung Ungarns von 20,9 Millionen auf 7,6 Millionen reduziert. Davon waren 89,6% Magyaren, 6,9% Deutsche. Weiter lebten 3,3 Millionen Magyaren außerhalb der ungarischen Grenzen.²⁵⁰ Auch das Schulsystem war einer erneuten Magyarisierungswelle ausgesetzt. Bereits 1923 rückte das

²⁴⁴ Holger Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 156.

²⁴⁵ vgl. Harald Roth (Hrsg.), Studienhandbuch östliches Europa, 421.

²⁴⁶ vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 164-167.

²⁴⁷ vgl. Ignác Romsics, Weltkrieg, Revolution, Trianon, 615.

²⁴⁸ vgl. Ignác Romsics, Weltkrieg, Revolution, Trianon, 617.

²⁴⁹ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 458.

²⁵⁰ vgl. Harald Roth (Hrsg.), Studienhandbuch östliches Europa, 421.

Schulproblem wieder in den Vordergrund. Es wurden drei Schultypen eingeführt²⁵¹, wobei die Eltern theoretisch frei wählen konnten, welche Schule ihre Kinder besuchen sollten. Tatsächlich verhielt es sich aber so, dass sie einem starken Druck ausgesetzt waren.²⁵²

Die politische Entwicklung in Ungarn nach dem Krieg wurde im Wesentlichen von drei Momenten bestimmt: dem Trianonvertrag, der Burgenlandfrage und der Räterediktatur. Ein wesentliches Charakteristikum der Horthy-Regierung war die weitläufige Ausbreitung des Antisemitismus. Zum Beispiel wurde der damalige jüdische Justizminister L. Pálmay entlassen.²⁵³ Gyula²⁵⁴ Gömbös (1886-1936) stieg zu einer bestimmenden und einflussreichen „Schlüsselfigur“ auf. Er konnte sich in Szegedin eine einflussreiche Stellung aufbauen. Er war auch maßgeblich an der Ernennung Horthys zum Gouverneur beteiligt. Die Nationalversammlung unterstützte die Ernennung Graf Albert Apponyis. Die Horthy-Regierung, deren beiden wichtigsten Mitglieder Graf Bethlen und Gömbös waren, bestimmte 25 Jahre lang das politische Geschehen des Landes und versuchte teilweise eine Stabilisierung der ungarischen Politik auf Kosten der Nationalitäten zu bewirken.²⁵⁵

1921 wurde Graf István Bethlen (1874-1947) zum Ministerpräsidenten ernannt. Unter seiner Ministerpräsidentschaft wurde eine gemäßigte Nationalitätenpolitik geführt, womit er auf einen heftigen Widerstand seitens der radikalen Opposition stieß, welche die beschlossenen Verordnungen sabotierte.²⁵⁶ Die Regierung Bethlens wurde 1931 gestürzt.

In den 1920er Jahren wurde auch die Magyarisierung der Namen vermehrt durchgeführt. In vielen Berufssparten wurden den Ungarndeutschen bessere Karriereaussichten durch die Annahme eines ungarischen Namens in Aussicht gestellt. Ab 1927 stellte die Regierung den Nichtmagyaren in den abgetretenen Gebieten

²⁵¹ vgl. hierzu das Kapitel „Die ungarische Schulpolitik in der Zwischenkriegszeit“.

²⁵² vgl. Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 19.

²⁵³ vgl. Joachim Kühn, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler. In: Südostdeutsche Heimatblätter (Folge 1/Jahrgang 4/München 1955) 117-147, 121-122.

²⁵⁴ dt. Julius

²⁵⁵ vgl. Joachim Kühn, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 123.

²⁵⁶ vgl. Harald Roth (Hrsg.), Studienhandbuch östliches Europa, 421; Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 8.

Autonomie in Aussicht, wenn sie sich zu einer Wiedereingliederung in Ungarn bereit erklärten. Dies wurde von der Opposition stark bekämpft.²⁵⁷

In den folgenden vier Jahren entwickelte sich die Nationalitätenpolitik sehr unterschiedlich: Einer eher „gereizten Stimmung“ Anfang 1928 folgte ein positiver Aufschwung. 1929 konnten kleine Erfolge im deutschen Schulwesen erzielt werden. Doch zwischen 1930 und 1932 kam es wieder zu Rückschritten.²⁵⁸

1919 bis 1924 bestand eine enge Verbindung zwischen der NSDAP und der ungarischen Regierung. Zum Beispiel wurde die Ernennung Gömbös zum Ministerpräsidenten in Berlin als eine positive Entwicklung wahrgenommen. Er war auch der erste Regierungschef, der Hitler nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler besuchte.²⁵⁹

1928 kehrte Gömbös wieder zur Einheitspartei (= Egységes Párt) Bethlens zurück.²⁶⁰ Die Weltwirtschaftskrise brachte der radikalen Rechten unter Gyula Gömbös (Ministerpräsident von 1932-36) politischen Einfluss.²⁶¹ Die Zwischenkriegszeit war geprägt von Schlagworten wie „staatlich-administrativer Repressionsdruck“ und „nationalistische Massensteuerung“. Die von der ungarischen Regierung angestrebte Stabilisierung führte lediglich zu einer Stagnation.²⁶²

Die Minderheitenpolitik des Grafen Bethlen wurde 1931 zur großen Enttäuschung für die Nationalitäten. Nachdem Graf Gyula Károlyi die Regierungsführung übernommen hatte, kam es jedoch auch zu keiner Besserung.²⁶³

Unter der Regierung Károlyis - und Gömbös - kam es wieder zu einer Verschärfung der Assimilationspolitik, zum Beispiel setzte sich Gömbös in seiner Funktion als Verteidigungsminister 1930 dafür ein, dass ein jeder Offizier mit einem nichtmagyarischen Namen diesen ändern musste.²⁶⁴ Eine Volkszählung im Jahr 1930 ergab, dass der Anteil der Bevölkerung, der sich zu einer deutschen Identität bekannte,

²⁵⁷ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 11.

²⁵⁸ vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 126-127.

²⁵⁹ vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 129-130.

²⁶⁰ vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 128.

²⁶¹ vgl. Harald *Roth*, Studienhandbuch östliches Europa, 421.

²⁶² vgl. Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 452.

²⁶³ vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 130.

²⁶⁴ vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 125.

auf 5,5% abgesunken war, sprich von rund 551000 Personen auf ungefähr 478000 zurückgegangen war.²⁶⁵

Die Regierung Gömbös versuchte eine Zusammenarbeit der deutschen Minderheit mit Deutschland zu verhindern, obwohl sich die ungarische Außenpolitik stark an Deutschland anlehnte.²⁶⁶ Es bestand bereits seit längerer Zeit eine enge Verbindung zwischen Horthy, Gömbös und der NSDAP. Über diese Verbindung schrieb der Historiker Joachim Kühl:

„Die Budapester Regierung konnte fortan im Einvernehmen mit der NSDAP in Sachen des ungarländischen Deutschtums die Maßnahmen ergreifen, die sie vom Standpunkt ihres Staatsideals aus für richtig hielt.“²⁶⁷

Nicht der UDV nutzte seine Verbindung zu Berlin für seine Interessen aus, sondern die ungarische Regierung selbst.²⁶⁸

²⁶⁵ vgl. Joachim Kühl, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 125; Günter Schödl, Lange Abschiede, 470.

²⁶⁶ vgl. Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 9.

²⁶⁷ Joachim Kühl, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 132.

²⁶⁸ vgl. Joachim Kühl, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 130-132.

8. Die Exponenten der deutsch nationalen Bewegung in Ungarn

8.1. Die politische Tätigkeit Jakob Bleyers

Der Protagonist der politischen Emanzipation des Ungarndeutschtums war Jakob Bleyer (1874-1933). Ab 1911 war er als Professor der Germanistik an der Universität in Budapest tätig. Im Zeitraum von 1919 bis 1922 war er als Nationalitätenminister in der Budapester Regierung aktiv.²⁶⁹ Er setzte sich für die „*Bewahrung und Pflege des deutschen Ethnikums im schulisch-kulturellen Bereich - beschränkt aber auf die deutsche Agrarbevölkerung - ein*“, wie Gerhard Seewann Bleyers politische Aktivität beschrieb.²⁷⁰ Jakob Bleyer bemühte sich als Vermittler zwischen der deutschen Nationalität und der Regierung gegen die kulturelle Unterdrückung der Ungarndeutschen vorzugehen. Während des Ersten Weltkrieges kamen die Ungarndeutschen mit Österreichern und Reichsdeutschen in Kontakt und es entwickelte sich allmählich ein nationales Bewusstsein. Dieses politische „Erwachen“ nannte Bleyer in einer seiner Parlamentsreden 1928 als einen der ausschlaggebenden Gründe für ihn politisch aktiv zu werden. Als einen weiteren Beweggrund nannte er das immer schlechter werdende deutsche Schulsystem.²⁷¹

Nachdem ein Großteil der ungarischen Nationalitäten und auch der Ungarndeutschen, zum Beispiel Siebenbürger Sachsen, Banater, Batschkaer und burgenländische Deutsche, an die benachbarten Länder weggefallen waren, trat er nach wie vor aus Überzeugung für die Gebietsintegrität Ungarns ein.²⁷² Bleyers politische Tätigkeit beschränkte sich größtenteils auf die Bereiche Kultur und Bildung bzw. Schul- und Sprachpolitik.²⁷³ Dabei erhielt er indirekte Unterstützung von Graf István Tisza, der – ähnlich wie Bleyer – durch den kulturellen Verfall der ungarischen Deutschen einen bevorstehenden Treuebruch zur ungarischen Heimat befürchtete. Seine an den

²⁶⁹ vgl. Franz H. Riedl, Das Südostdeutschum in den Jahren 1918-1945, 17.

²⁷⁰ Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschum 1918-1988, 303.

²⁷¹ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyers Eintritt in den Kampf für das ungarländische Deutschum. In: Fritz Valjavec (Hrsg.), Südostdeutsche Forschungen (hrsg. im Auftrag des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München/München 1936) 78-115, 79.

²⁷² vgl. Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 7.

²⁷³ vgl. Wolfgang Aschauer, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität, 72-73.

Vorkriegsstrukturen Ungarns orientierte Weltanschauung drückte Bleyer in den folgenden Worten aus:

*„Meine Nation ist die ungarische Nation. [...] Ich habe aber auch ein deutsches Volk.“*²⁷⁴

Bleyer trat mit einem Programm an die Öffentlichkeit, das eine Übereinkunft zwischen deutscher Minderheit und dem Staatsvolk anstrebte. Um dies zu erreichen, sollte die Magyarisierung der Landbevölkerung beendet und deren ethnische Identität bewahrt werden. Gleichzeitig sollte die ungarndeutsche Bevölkerung ihren Verzicht auf einen Autonomieanspruch garantieren. Das Denken und Handeln Bleyers wurde von einer vorgestellten Koexistenz von Deutschen und Magyaren beherrscht, das von einer beiderseitigen ideologischen Ablehnung des Nationalismus ausging.²⁷⁵ Im Gegensatz dazu stand die Grundhaltung des Siebenbürger Nationalitätenpolitikers Rudolf Brandsch (1880-1953), der eine kulturelle Autonomie forderte und sich auch nicht gleichermaßen als Ungar und Deutscher deklarierte. Am 1. November 1918 gründete Bleyer den „Volksrat der Deutschen von diesseits des Königssteiges“. Durch diese Benennung waren die Siebenbürger Sachsen von vornherein aus dem Volksrat ausgeschlossen. Dieser deutschungarische Volksrat entsprach genau den Vorstellungen Bleyers von einem Kulturverein, den er schon seit langer Zeit zu gründen beabsichtigte. Das Programm setzte sich aus folgenden Punkten zusammen: der Bewahrung der territorialen Integrität Ungarns, den Forderungen nach mehr Rechten und der Ablehnung der Forderungen nach einer deutsch-nationalen Autonomie. Außerdem schloss sich der Bleyersche Volksrat dem ungarischen Nationalrat an, um eine gemeinsame Lösung in der ungarischen Nationalitätenfrage zu finden. Doch das Fehlen führender Persönlichkeiten und die politische Unerfahrenheit Bleyers bewirkten ein Scheitern des deutschen Volksrates.²⁷⁶

Mit seiner Arbeit verfolgte Bleyer die Ziele ein Minderheitenschulsystem aufzubauen und die spezifisch bäuerlich-deutsche Volkskultur zu bewahren. Als Organ seiner Bestrebungen nutzte er hierfür das von ihm im Jahr 1921 gegründete „Sonntagsblatt

²⁷⁴ Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 303.

²⁷⁵ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 304.

²⁷⁶ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 59-61.

für das deutsche Volk im Osten“.²⁷⁷ Hierbei handelte es sich um eine Zeitung, deren Zielgruppe die bäuerliche Agrargesellschaft war. Ihre Inhalte setzten sich aus Themen aus Politik, Religion, deutscher Volkskultur, Medizin, Wirtschaft und Recht zusammen. Darüber hinaus hatte dieses Blatt vor allem einen belehrenden Charakter.²⁷⁸

In den 1920er Jahren setzte sich Bleyer stark für eine Kulturautonomie der ungarndeutschen Bevölkerung ein. Eine Umstrukturierung des Schulwesens, alle C-Schulen in B-Einrichtungen zu verwandeln, sowie die Einführung der deutschen Sprache in den Ämtern der deutschen Gemeinden, waren ihm ein besonderes Anliegen.²⁷⁹ Bleyer konnte durchsetzen, dass ab dem Schuljahr 1923/1924 Deutsch wieder als Unterrichtssprache eingeführt wurde. 1928 gab es 49 Typ-A-Schulen, in denen Deutsch die alleinige Unterrichtssprache war, 98 Typ-B-Schulen, hier wurden bestimmte Fächer in Deutsch unterrichtet und 316 Typ-C Schulen, in den Deutsch nur ein Unterrichtsgegenstand war. Doch die Einführung von Typ A und B-Schulen wurde von den Behörden nicht zugelassen.²⁸⁰

Bezüglich der Burgenlandfrage sprach sich Bleyer gegen einen Anschluss an Österreich aus. Für ihn stand seine „Treue zu Ungarn“ an erster Stelle. Er betrachtete einen möglichen Anschluss als ein Konfliktpotential, wodurch eine notwendige Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn behindert wurde.²⁸¹

Auch der von Bleyer 1924 gegründete UDV (= Ungarländischer Deutscher Volksbildungsverein), der sich ausschließlich an kulturellen Motiven orientierte, wurde von der christlich-konservativen Ausrichtung Bleyers beeinflusst. Die Gründungen von Ortsgruppen des UDVs wurden von den Behörden ebenfalls boykottiert.²⁸² In der Satzung der UDVP waren ihre Ziele folgendermaßen definiert:

„[...] frei von jeder Politik den Bildungszustand des ungarländischen Deutschtum fortwährend zu beobachten, seine kulturellen Interessen zu fördern,

²⁷⁷ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 305.

²⁷⁸ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 463.

²⁷⁹ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 472-477.

²⁸⁰ vgl. Wolfgang Aschauer, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität, 73-74.

²⁸¹ vgl. Joachim Kühn, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 124.

²⁸² vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 472-477; Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 305.

*seine völkischen Eigenheiten, Traditionen, Sprache, Sitten und christlichen Tugenden zu pflegen [...].*²⁸³

Ende der 20er Jahre trat Bleyer für eine Zusammenarbeit mit Deutschland in Bezug auf die ungarische Nationalitätenfrage ein. Dies änderte allerdings nichts an seiner Loyalität gegenüber Ungarn und Bleyer meinte:

*„Es sei geradezu ein „Urinstinkt der ungarischen Geschichte“, sich Deutschland zuzuwenden. Dies sei für beide Länder die natürlichste und den meisten Erfolg versprechende Politik, während die Bindung an die kleine Entente und Frankreich für Ungarn verderblich sei.“*²⁸⁴

Weiter gründete Bleyer im Jahr 1929 die erste volksdeutsche Forschungszeitschrift, die sogenannten „Deutschungarischen Heimatblätter“.²⁸⁵ Die Krisenjahre 1930/1933 brachten Bleyer die Einsicht, dass eine Zusammenarbeit mit Deutschland im Sinne einer *„offenen und ehrlichen Verständigung beider Regierungen über die ungarndeutsche Frage“*, wie er es selber ausdrückte, nötig war.²⁸⁶

In seiner politischen Tätigkeit bemühte sich Bleyer stets seine Loyalität zum ungarischen Staat mit dem Versuch, das Ungarndeutschtum vor der Magyarisierung zu schützen, zu verbinden. Jakob Bleyer verzichtete auf die Bildung einer politischen Partei, für ihn stand im Vordergrund die deutsche Bevölkerung, und vor allem die deutsche Dorf- und Landbevölkerung, zu einem politischen und nationalen Bewusstsein zu bewegen.²⁸⁷ Doch leider blieben all seine Bemühungen ohne Erfolg. Anfang der 30er Jahre war Bleyer an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen. Seine Vorstellungen einer Lösung des ungarischen Minderheitenproblems im Interesse der Minderheiten konnte nicht realisiert werden.²⁸⁸ Bleyer, der stets einen ethnischen

²⁸³ Béla Bellér, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 42.

²⁸⁴ Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 171.

²⁸⁵ vgl. Franz Basch, Deutsche Volksforschung in Ungarn. Entwicklung und Ziel. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung (Jahrgang 1940, Berlin 1940) 377-383, 379.

²⁸⁶ vgl. Hedwig Schwind, Jakob Bleyer, 171-172.

²⁸⁷ vgl. Aus den Anfängen der deutschen Bewegung im Vorkriegsungarn. Der Deutschungarische Katechismus 1907 [o.A.]. In: Harold Steinacker, Austro-Hungarica. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Ungarns und der österreichisch-ungarischen Monarchie (München 1963) 301.

²⁸⁸ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 472-477.

Nationalismus vertreten hatte, sah seinen Versuch, einen friedlichen Ausgleich zwischen Ungarntum und Deutschtum zu schaffen, bereits 1931 gescheitert.²⁸⁹

Als letzten Ausweg setzte er auf die Unterstützung der deutschen Minderheit in Ungarn durch Hitler. Doch durch diese ideologische Anpassung nahm er sich selber jegliche Möglichkeiten noch etwas bewirken zu können.²⁹⁰ Er musste einsehen, dass seine Loyalität gegenüber Ungarn keinen positiven Einfluss auf die ungarische Nationalitätenpolitik hatte und sein Einsatz ohne Erfolg blieb: Im Jahr 1933 konnten 70% der ungarndeutschen Schulpflichtigen weder Deutsch lesen noch schreiben. Von einem Unterricht in deutscher Sprache konnte erst gar nicht die Rede sein.²⁹¹

Im August 1932 beschrieb Bleyer seine politischen Erfolge sehr pessimistisch:

*„Ich baute zu sehr auf das Recht und die Gerechtigkeit, auf die Einsicht und auf die nüchterne Erfassung der eigenen Interessen. In diesem Glauben habe ich viele Jahre lang gekämpft und gearbeitet. Diesen Glauben habe ich vollständig verloren. Ungarn wird nie die deutsche Frage lösen, nämlich nicht aus sich selbst heraus. Die Magyarisierung war nie so rücksichtslos, so zielbewusst und so durchgreifend wie heute.“*²⁹²

Mit dem Tod Bleyers 1933 verlor das ungarländische Deutschtum seinen Vertreter und es entstand ein Richtungsstreit. Zahlreiche Fürsprecher Bleyers wurden aus dem UDV ausgeschlossen. Franz Basch (1901-1946) wurde zum Sprecher der „Volksdeutschen Kameradschaft“.²⁹³ Die Nachfolger Bleyers schlugen einen Kurs ein, der in Richtung einer politischen Autonomie für die Ungarndeutschen ging. Entsprechend der Aussage Günter Schödl's entsprach dieser Kurs sicher nicht dem Willen der deutschen Bevölkerung in Ungarn. Trotzdem wurde es ihnen aber später vorgehalten und sogar als einer der Legitimationsgründe für ihre Vertreibung herangezogen.²⁹⁴

²⁸⁹ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 305.

²⁹⁰ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 480-485.

²⁹¹ vgl. Karl Manherz, Die Ungarndeutschen, 36.

²⁹² Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 418.

²⁹³ vgl. Joachim Kühn, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 132.

²⁹⁴ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 461-468.

8.2. Rudolf Brandsch

Ein weiterer Exponent der deutschen Nationalitätenpolitik war der am 22. Juli 1880 in Mediasch, verstorben 1953, als Sohn eines Pfarrers geborenen Rudolf Brandsch. Nachdem die Apponyischen Schulgesetze in Kraft getreten waren, entschloss er sich für einen aktiven politischen Einsatz. 1910 wurde er ins Parlament gewählt. 1913 gründete er gemeinsam mit János Róser den „Deutschen Bauernbund in Ungarn“. Weiter waren die Gründung des „Budapester Deutschen Tagblatt“ und des „Deutschen Bauernblatts“ sein Verdienst.²⁹⁵

Nachdem Brandsch in den Reichstag gewählt worden war, unterhielt er gute Beziehungen zu den radikalen rumänischen Abgeordneten und wurde von ihnen auch unterstützt. Nach dem Krieg war Brandsch auch maßgeblich an der Angliederung Siebenbürgens an Rumänien beteiligt. Er war der festen Überzeugung, dass die Siebenbürger Sachsen in Rumänien eine bessere Stellung einnehmen würden als in Ungarn. Doch leider irrte er sich.²⁹⁶

Im Oktober 1918 forderte Brandsch die freie kulturelle Entwicklung und den freien Sprachgebrauch für die deutsche Minderheit.²⁹⁷ Doch diese Forderungen blieben ohne Erfolg, da kurz darauf das Parlament durch die Revolution ausgeschaltet wurde. Die kontroverse Haltung Brandschs gegenüber dem christlich-konservativen Bleyer verhinderte eine zielführende Zusammenarbeit der beiden Fraktionen.²⁹⁸

Am 10. November 1918 wurde der „Deutsche Volksrat für Ungarn“ gegründet. Rudolf Brandsch, Heinrich Kalmár und Ludwig Kremling wurden zu den Vorsitzenden bestimmt. Sie forderten das Selbstbestimmungsrecht, die Gleichberechtigung gegenüber den Magyaren, die kulturelle Autonomie auf allen Gebieten und die Einführung der deutschen Sprache in den Ämtern und im Unterricht. Brandsch sah sich zur Gründung eines eigenen Volksrates veranlasst, da Bleyer die Siebenbürger Sachsen, die Ungarländische Deutsche Volkspartei und die sogenannten

²⁹⁵ vgl. Arnulf *Baumann*, Deutschen in Südosteuropa, 140-147; Béla *Beller*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn, 141.

²⁹⁶ vgl. Heinrich *Class*, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich (Leipzig 1932) 170-171.

²⁹⁷ Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 57.

²⁹⁸ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 58.

„Alldutschen“ nicht in seinen Rat aufnehmen wollte.²⁹⁹ Die Anzahl der Mitglieder des Brandschen Volksrates nahm kontinuierlich zu. Doch eine produktive Vorgehensweise der deutschen Bewegung wurde durch die Unruhen der Revolutionszeit und der Differenzen zwischen Bleyer und Brandisch behindert.³⁰⁰

Am 1. Jänner 1919 wurden die beiden Volksräte unter dem „Zentralausschuss der Deutschen Ungarns“ zusammengeschlossen, trotzdem wurden noch separate Sitzungen abgehalten. Nachdem am 29. Jänner 1919 das „Volksgesetz“ über die Autonomie für das ungarländische deutsche Volk beschlossen wurde, schied Bleyer, der sich gegen eine Selbstverwaltung aussprach, aus dem Volksrat aus.³⁰¹

8.3. Der UDV und sein Tätigkeitsbereich

Am 15. Juni 1923 wurde der „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein“ (= UDV = Magyarországi Német Közművelődési Egyesület) gegründet. Es war der erste deutsche Verein in Ungarn mit einer zentralen Leitung, der dennoch eng an die ungarische Regierung gebunden war. Der UDV war verpflichtet seine Tätigkeiten auf den kulturellen Bereich zu beschränken. Die Führung des UDVs übernahm Gustav Gratz (1875-1945), ehemaliger sächsischer Reichstagsabgeordneter und ehemaliger ungarischer Außenminister. Er war lange Zeit der Regierungsbeauftragte für den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein. Bleyer wurde zum geschäftsführenden stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Trotz einiger Unstimmigkeiten zwischen Gratz und Bleyer leisteten sie eine gute Zusammenarbeit.³⁰²

Gratz trat für eine umfassende politische und soziale Eingliederung der deutschen Bevölkerung in die ungarische Gesellschaft ein. Die Beibehaltung der deutschen Identität hingegen betrachtete er als reine Privatsache, die jeder für sich selbst zu entscheiden hatte. Für die deutsche Bevölkerung bedeutete - dies früher oder später -

²⁹⁹ vgl. hierzu das Kapitel „Die politische Tätigkeit Jakob Bleyers“.

³⁰⁰ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 61-63.

³⁰¹ vgl. Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer, 66-71.

³⁰² vgl. Joachim *Kühl*, Das ungarländische Deutschtum zwischen Horthy und Hitler, 120; Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 464-467.

Assimilation. Gustav Gratz sah auch nie eine Notwendigkeit für eine deutsche Minderheitenpolitik. Er war vom Selbsterhaltungstrieb der deutschen Minderheit überzeugt und sah daher auch keine Gefahr in seinem politischen Kurs der Integration.³⁰³

Ende der 1920er Jahre nahm die Assimilation wieder zu. Die sozioökonomische Stellung der Klein- und Mittelbauern war gefährdet, sie drohten in die Armut abzusinken. Auch die Strategie des UDV scheiterte in dieser Situation.³⁰⁴

1935 löste sich die nationalsozialistische Fraktion unter dem Namen „Volksdeutsche Kameradschaft“ aus dem UDV heraus. Diese Gruppe wurde 1938 durch eine Intervention der NSDAP von der ungarischen Regierung unter dem Namen „Volksbund der Deutschen in Ungarn“ (= VDU) unter der Leitung von Ferenc Basch legalisiert. Der Volksbund repräsentierte ab sofort die deutsche Nationalität in Ungarn.³⁰⁵ Nach der Auflösung des UDV gelang es dem VDU mit Hilfe der über 400 Ortsvereine die Hälfte aller Deutschen in Ungarn zu mobilisieren. Der VDU hatte bedeutenden Einfluss auf die Schulpolitik und die Kultur- und Bildungsprogramme.³⁰⁶ Es wurde die kulturelle Autonomie der Ungarndeutschen, ein eigenständiges Presse- und Schulwesen, eine selbständige Partei und die Anerkennung der deutschen Volksgruppe als eine Rechtspersönlichkeit gefordert.³⁰⁷

³⁰³ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 467-473.

³⁰⁴ vgl. Wolfgang *Aschauer*, *Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität*, 74-76.

³⁰⁵ vgl. Loránt *Tilkovszky*, *Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche*, 10.

³⁰⁶ vgl. Wolfgang *Aschauer*, *Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität*, 74-76.

³⁰⁷ vgl. Franz H. *Riedl*, *Das Südostdeutschtum in den Jahren 1918-1945*, 18.

8.4. Die ungarische Schulpolitik in der Zwischenkriegszeit

Einen wichtigen Bestandteil der Arbeiten des UDV's stellte seine Tätigkeit im Bereich des Schulwesens dar. Unter der Ministerpräsidentenschaft Graf István Bethlens (1921-1931) war Deutsch als Unterrichtssprache zugelassen.³⁰⁸ Ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre sollte die Möglichkeit gegeben sein, zwischen drei Volksschultypen wählen zu können: In den Typ A Volksschulen war Ungarisch zwar ein Pflichtfach, doch alle anderen Fächer wurden in Deutsch unterrichtet. Volksschulen vom Typ B führten Deutsch und Ungarisch als Unterrichtssprache. Bei den Volksschulen des Typ C handelte es sich um Schulen, in denen Ungarisch die Unterrichtssprache war und Deutsch lediglich als Pflichtfach unterrichtet wurde.³⁰⁹

Im Jahr 1928 gab es in Ungarn insgesamt 460 Minderheitenschulen. Tatsächlich gehörten allerdings nur 10% der Schulen dem Typ A an, 21% der Schulen waren vom Typ B und 68% zählten zum Typ C.³¹⁰ Um den Forderungen der ungarndeutschen Vertreter in der Regierung, mehr Typ A und B Schulen zu errichten, nachzukommen, wären ungefähr 1400 Lehrpersonen, die über ausreichende Deutschkenntnisse verfügten, erforderlich gewesen. Diese Forderung konnte alleine schon aufgrund des Mangels an qualifiziertem Lehrpersonal nicht erfüllt werden.³¹¹

Weiter wurden Schulen des Typ A fast nur in Westungarn errichtet. Obwohl der Religionsunterricht immer in deutscher Sprache abgehalten werden sollte, wurde in der Realität beinahe ausschließlich nur in Ungarisch unterrichtet.³¹²

Auch die Lehrerbildung war seit Jahrzehnten einer starken Magyarisierung unterworfen. Nach 1928 verschärfte sich der Druck von außen. Einige Schulen des Typs C wurden in B-Typ-Schulen umgewandelt.³¹³ Im Jahr 1931 waren von den insgesamt 463 Volksschulen in Ungarn 49 Typ-A, 98 Typ-B und 316 Typ-C Schulen.³¹⁴

³⁰⁸ vgl. Martin L. Kovacs, *National Minorities in Hungary 1919-1980*, 165; Johann Szegő, *Eine kurze Geschichte Ungarns*, 66-67.

³⁰⁹ vgl. Karl Manherz, *Die Ungarndeutschen*, 36.

³¹⁰ vgl. Günter Schödl, *Lange Abschiede*, 468-469.

³¹¹ vgl. Karl Manherz, *Die Ungarndeutschen*, 36-37.

³¹² vgl. Günter Schödl, *Lange Abschiede*, 469.

³¹³ vgl. Günter Schödl, *Lange Abschiede*, S. 470.

³¹⁴ vgl. Béla Bellér, *Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn*, 19.

Die Folge des zerstückelten Schulwesens und der schlecht ausgebildeten Lehrerschaft war die zunehmende Unkenntnis der deutschen Sprache vieler Ungarndeutscher. Die geführte Schulpolitik endete darin, dass die Ungarndeutschen weder Deutsch noch Ungarisch fehlerfrei sprechen oder schreiben konnten.³¹⁵

Nachdem im Jahr 1932 Gyula Gömbös zum neuen Ministerpräsidenten ernannt worden war, wurden durch das Schulgesetz von 1935 die drei Schultypen durch einen einheitlichen, in dem Ungarisch und die jeweilige Sprache der Minderheit als Unterrichtssprache galten, ersetzt. Für die deutsche Nationalität stellte dies insofern ein Problem dar, als sie nur noch über wenige qualifizierte deutschsprachige Lehrer verfügte. Bis 1938 gab es keine deutschsprachigen höheren Schulen. Erst 1940 wurde das erste volksdeutsche Gymnasium und die erste volksdeutsche Bürgerschule in Ungarn eröffnet.³¹⁶

³¹⁵ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, S. 470f.

³¹⁶ vgl. Béla *Beller*, *Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn*, 40-42; Martin L. *Kovacs*, *National Minorities in Hungary 1919-1980*, 165; Johann *Szegö*, *Eine kurze Geschichte Ungarns*, 67.

9. Die „volksdeutsche Bewegung“ in den 1930er Jahren

Bereits 1931 setzte eine neue Phase der „volksdeutschen Bewegung“ ein. Nach dem Tod Bleyers am 5. Dezember 1933 machte sich eine bis 1938 andauernde Radikalisierung innerhalb der deutschen Bewegung bemerkbar. Diese Phase der Umorientierung wurde vor allem von Ferenc Basch (1901-1946) und seinen Anhängern beeinflusst.³¹⁷ Der Historiker Günter Schödl beschrieb die Situation Mitte der 30er Jahre folgendermaßen:

*„Der soziale Wandel im Dorf, wo lebensweltliche Homogenität und politischer Absentismus erschüttert sind, öffnet der deutschnational-„völkischen“ Politik den Zugang zu den unteren Schichten. Diese Art der Demokratisierung ungarndeutscher Minderheitspolitik wiederum dürfte eine Erklärung für ihre Radikalisierung sein [...]“*³¹⁸

Nach dem Tod Jakob Bleyers wurde sein Kurs durch Ferenc Basch weitervertreten. 1934 wurde Gustav Gratz zum Vorsitzenden des UDV bestimmt. Weiter wurden als Vertreter der volksdeutschen Richtung Ferenc Kußbach und Ferenc Basch gewählt.³¹⁹ Der neue Vizepräsident Ferenc Kußbach war jedoch nicht in der Lage die *divergierenden Kräfte der Bewegung [...] mit starker Hand*“ zusammenzuhalten, wie der Historiker Loránt Tilkovszky es beschrieb. Zusätzlich wurde sein Kompetenzbereich durch die Sparte der jungen Radikalen innerhalb des UDV sehr eingeschränkt.³²⁰ Nach internen Problemen behielt Gratz die Leitung des UDV und Basch wurde inhaftiert. Die deutschsprachige Bevölkerung war nur schwer für politische Interessen zu mobilisieren. Die seit 1935 bestehende „Volksdeutsche Kameradschaft“ erhielt finanzielle Unterstützung vom Deutschen Reich. Auch das Programm der „Volksdeutschen Kameradschaft“ war an das Deutsche Reich angepasst. Die Konservativen scharten sich um Gustav Gratz herum. Dieser verstand sich als

³¹⁷ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 305-306.

³¹⁸ Günter Schödl, Lange Abschiede, 484.

³¹⁹ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 489-491; Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 306.

³²⁰ vgl. Loránt Tilkovszky, Teufelskreis. Die Minderheitenfrage in den deutsch-ungarischen Beziehungen 1933-1938 (Budapest 1989) 101-102.

ungarischer Politiker deutscher Herkunft und keinesfalls als Minderheitenpolitiker. Für ihn hatte seine Loyalität zu Ungarn oberste Priorität.³²¹

Doch ein Scheitern Gratz - genauso wie ein Scheitern Bleyers - war durch die politische Situation bereits vorherbestimmt. Ein nationalistischer Gedanke, Aggression und beinahe schon paranoide Vorstellungen bestimmten die Meinung der ungarischen Gesellschaft und auch die der Politiker.³²² Für die Opposition war die von Graf István Bethlen (1921-1931) geführte Nationalitätenpolitik viel zu schwach. Sie fürchteten eine „deutsche Gefahr“ und forderten die rasche Assimilation der deutschen Nationalität.³²³

Nach der Auflösung des Parlaments am 5. März 1935 – zu dieser Zeit war Gyula Gömbös Ministerpräsident - blickte die Opposition, die Partei der Kleinen Landwirte, den bevorstehenden Neuwahlen optimistisch entgegen und stellte in einigen Komitaten Vertreter der ungarndeutschen Minderheit als ihre Kandidaten auf. Kußbach wurde im Wahlkreis Soroksár, Basch im Wahlkreis Bonyhád, Árpád Török im Wahlkreis Zurány und József Teppert im Wahlkreis Dárda aufgestellt. Die Partei der Kleinen Landwirte hoffte so die Stimmen der deutschen Bauern zu gewinnen, während die Regierungspartei durch die Zusicherung der Muttersprachenrechte versuchte sich die Stimmen der Ungarndeutschen zu sichern.³²⁴

Basch selbst stellte sich als unabhängiger Kandidat im Wahlkreis Bonyhád zur Wahl. Doch es wurde von der Regierungspartei alles Mögliche unternommen, um Basch auf keinen Fall als Sieger aus dieser Wahl hervorgehen zu lassen: Personen wurden verhört, belästigt, bedroht und die zur Unterstützung Baschs angereisten Studenten sogar vertrieben. Die Wahl am 31. März 1935 endete mit einer Niederlage für die Partei der Kleinen Landwirte.³²⁵

Die einsetzende Polarisierung zwischen den Parteigängern Gratz und Baschs teilte die ungarndeutsche Bevölkerung in zwei Gruppen. Unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise und dem in Ungarn herrschenden Chauvinismus wurde das oberste

³²¹ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 489-491; Gerhard *Seewann*, *Das Ungarndeutschtum 1918-1988*, 306.

³²² vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 492.

³²³ vgl. Loránt *Tilkovszky*, *Teufelskreis*, 8-9.

³²⁴ vgl. Loránt *Tilkovszky*, *Teufelskreis*, 108-110.

³²⁵ vgl. Loránt *Tilkovszky*, *Teufelskreis*, 110-113.

Ziel der ungarndeutschen Bevölkerung ihre existenziellen Eigeninteressen endgültig durchzusetzen.³²⁶ Es verbreitete sich unter den Ungarndeutschen der Gedanke einer deutschen Volksgemeinschaft. Um die Anerkennung als Volksgemeinschaft durchsetzen zu können, griff die deutsche Minderheit auch auf die Unterstützung der reichsdeutschen Presse und teilweise sogar auf die reichsdeutsche Diplomatie zurück. Aber die deutsche Regierung war bald der Überzeugung, dass die Lösung des deutschen Minderheitenproblems in Ungarn nicht auf Kosten der diplomatischen Beziehungen beider Ländern ausgetragen werden darf.³²⁷ Der Historiker Loránt Tilkovszky schrieb über die Minderheitenfrage in den deutsch-ungarischen Beziehungen 1933-1938:

*„Die Tatsache, dass die Lage der deutschen Minderheit nicht geregelt war, bot die Möglichkeit der Einmischung von außen und zur inneren Unruhestiftung. Und das wurde in dem Augenblick gefährlich, als der deutsche Nationalsozialismus, die pangermanische Idee der deutschen Volksgemeinschaft, die völkische Idee von Blut und Boden integrierend, vorwärts drängte, [...]“*³²⁸

Die unbefriedigenden sozialen Verhältnisse in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre förderten die extremistischen Bewegungen. Die kommunistische Partei war in zahlreiche geheime Organisationen zersplittert und auch die rechtsradikalen Strömungen gewannen an Einfluss.³²⁹ So kam es auch, dass im September 1937 ein Ansuchen auf Bewilligung zur Herausgabe eines Wochenblattes für die Ungarndeutschen abgelehnt wurde.³³⁰

Der UDV wurde durch die Volksdeutsche Kameradschaft immer mehr zurückgedrängt und verlor seinen Einfluss auf die Nationalitätenpolitik. Um weitere Mitgliederverluste zu verhindern, passte man sich immer mehr an die VK an, was ab 1938 unweigerlich zu einer Radikalisierung innerhalb des UDVs führte. Um den „Wettbewerb“ gegen die

³²⁶ Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 306-307.

³²⁷ vgl. Loránt Tilkovszky, Teufelskreis, 8.

³²⁸ Loránt Tilkovszky, Teufelskreis, 8-9.

³²⁹ vgl. Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem (hrsg. von Ferdinand von Uexküll/November 1937), 137.

³³⁰ vgl. Nation und Staat (November 1937) 140.

Volksdeutsche Kameradschaft nicht zu verlieren, konzentrierte sich der UDV seit Herbst 1938 vermehrt auf den Bereich Schule. Doch hier wurde eine zielführende Vorgehensweise des UDVs durch eine nationalistisch gesinnte Schulbehörde - und auch Presse und Öffentlichkeit - eingeschränkt.³³¹

Durch die neue Schulverordnung vom 23. Dezember 1935 wurden die Typ-B-Schulen, das heißt die gemischtsprachigen Schulen, als gängige Minderheitenschulen festgelegt. Allerdings konnte diese Verordnung in vielen Gemeinden nicht realisiert werden und die Situation verschlechterte sich. In einigen Gemeinden weigerten sich die Pfarrer und Lehrer den Beschlüssen, die einen deutschsprachigen Unterricht festlegten, nachzukommen.³³² Es kam auch vor, dass mehrere Jahrgänge in einem Klassenraum unterrichtet wurden und die Kinder der Ungarndeutschen auch öffentlich diskriminiert wurden. Auch die Eltern wurden bei der Entscheidung, in welche Schule sie ihre Kinder geben sollten, beeinflusst, indem behauptet wurde, es gäbe zu wenige deutschsprachige Lehrer, unausreichend viele Lehrbücher und das Bildungsniveau wäre in den Minderheitenschulen weitaus niedriger.³³³

Im ersten Schuljahr 1938/1939 nach der Schulreform von Gömbös gab es 46 Typ-A-Schulen, 139 Typ-B-Schulen und 263 Typ-C-Schulen. Im Vergleich hierzu wurde im Schuljahr 1935/1936 in 47 Schulen in deutscher Sprache und in 393 Schulen in Deutsch und Ungarisch unterrichtet.³³⁴

Im Jahr 1938 beschloss der Vorstand der Volksdeutschen Kameradschaft einstimmig, den UDV nicht mehr länger als die offizielle Vertretung der Ungarndeutschen zu akzeptieren. Nach dieser Abstimmung wurden auch die bis dahin geführten Verhandlungen über einen möglichen Zusammenschluss des UDVs und des VKs abgebrochen. Schließlich legte auch Gustav Gratz seinen Vereinsvorsitz zurück. Seine Position übernahm László Pintér, der auch die Leitung des „Neuen Sonntagsblattes“ übernahm.³³⁵ Am 26. November 1938 wurde der VDU (= Volksbund der Deutschen in Ungarn) durch Intervention der NSDAP gegründet. Der

³³¹ vgl. Béla Bellér, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn, 1933-1938 (übersetzt von Franz Wesner/Speyer 200) 166-167.

³³² vgl. Nation und Staat (November 1937) 140.

³³³ vgl. Béla Bellér, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund, 167-168.

³³⁴ vgl. Béla Bellér, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund, 170.

³³⁵ vgl. Béla Bellér, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund, 171.

neue Volksbund konnte schnell an Mitgliedern gewinnen. Zu Beginn hatte er 31000, bis 1940 maximal 60000, Mitglieder. Im Vergleich hierzu sind die Mitgliederzahlen des UDVs, der nie mehr als 15000 Mitglieder hatte, eher gering.³³⁶ Die Leitung des Volksbundes übernahm Ferenc Basch, der zuvor die Volksdeutsche Kameradschaft geleitet hatte. Der Volksbund der Deutschen in Ungarn mobilisierte rund 50% der Ungarndeutschen. Der Historiker Gerhard Seewann führte den Erfolg des Volksbundes daraufhin zurück, dass er

„das offensichtlich seit längerer Zeit aufgestaute Bedürfnis vieler Ungarndeutschen nach Selbstbestimmung und politischer Partizipation zu befriedigen verstand.“³³⁷

Das Programm des VDUs war sehr umfangreich: Es sollten Armenheime errichtet, der Mutter- und Kindschutz eingeführt, finanzielle Unterstützung geleistet, Wirtschaftsverbände und freiwillige Arbeitsdienste organisiert, Schulen, Kindergärten, Institute für die Ausbildung von Lehrern und Kindergärtnern und Landwirtschaftsschulen errichtet, der Unterricht in den Muttersprachen eingeführt und die Volkskultur durch Presse und Vereine aufrecht erhalten werden. Der UDV blieb für kurze Zeit noch bestehen. Trotz der zahlreichen Mitglieder konnte von keiner Monopolstellung des VDU innerhalb des Ungarndeutschtums die Rede sein.³³⁸

Das von Berlin aus gesteuerte und durch den VDU verbreitete Konzept der Volksgemeinschaft bot dem Deutschen Reich zahlreiche Möglichkeiten zur Manipulation zugunsten seiner eigenen Interessen. Die ungarndeutsche Minderheit betrachtete dieses Konzept lediglich als Ausweg aus ihrer Lage, so der Historiker Gerhard Seewann. Die totalitären und außenpolitischen Aspekte sowie der Drang nach Expansion, die hinter diesem Konzept des Deutschen Reiches steckten, erkannten die ungarndeutsche Bevölkerung und ihre Vertreter nicht.³³⁹

³³⁶ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 482-483.

³³⁷ Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 307.

³³⁸ vgl. Béla Bellér, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund, 177-179.

³³⁹ vgl. Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 308.

Die Problematik dieses Volksgemeinschaftskonzeptes lag vor allem darin, dass es nur so lange funktionieren konnte, so lange Ungarn und Deutschland gemeinsame Interessen verfolgten. Bereits während und noch deutlicher nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte sich heraus, dass

„ihr [der ungarndeutschen Bevölkerung] durch Indoktrinierung getrübler Blick für die Lebensmöglichkeiten und –grenzen einer Minderheit, Segregation und gegenseitige Entfremdung zwischen Minderheit und Staatsvolk, Gleichschaltung mit Berlin und Preisgabe von Seiten Budapests, [...] die entscheidenden Stationen auf dem Weg in die Katastrophe [waren], die in der Vertreibung eines großen Teils des Ungarndeutschtums selbst ihren für sich konsequenten Abschluss gefunden hat,“³⁴⁰ meinte der Autor Gerhard Seewann.

9.1. Unter dem Einfluss des Deutschen Reiches

Eine erneute Radikalisierung des Nationalismus in Ungarn, gleichermaßen auf magyarischer und deutscher Seite, machte eine Lösung der Nationalitätenfrage unmöglich. Die Radikalisierung innerhalb des UDVs kam dadurch zustande, dass Ferenc Basch seine Politik immer mehr einer „gesamtdeutschen völkischen Utopie“ unterordnete. Die Politik der ungarndeutschen Vertreter wurde von der Parole „Re-Germanisierung der bereits Assimilierten“ beherrscht. Zeitgleich verloren auch der ungarische Nationalismus und die ungarische Politik jeglichen Bezug zur Wirklichkeit.³⁴¹

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war Basch der maßgebende Vertreter der Minderheitenpolitik. Er konnte sich auch auf die Solidarität Berlins berufen. Gustav Gratz trat 1938 aus dem UDV aus, der nur kurze Zeit später aufgelöst wurde. Dies war die Konsequenz für die Gründung des VDUs. Ferenc Basch und der VDU profitierten vor allem durch den voranschreitenden magyarischen Nationalsozialismus zurzeit der

³⁴⁰ Gerhard Seewann, Das Ungarndeutschtum 1918-1988, 309.

³⁴¹ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 492-495 und 498.

Regierung Béla Imrédys (1891-1946) und konnten somit ihren Forderungen nach Autonomie Nachdruck verleihen.³⁴²

Doch trotz einiger Fortschritte traten die Ungarndeutschen niemals als eine „kompakte“ und selbständig handelnde Volksgruppe auf. Die gemeinsamen Ziele fielen den Rivalitätskämpfen innerhalb des VDUs und einem fehlenden nationalen Bewusstsein der eigenen Minderheit zum Opfer.³⁴³

Darüber hinaus wurde der Volksbund größtenteils vom Deutschen Reich finanziert.³⁴⁴ Der Volksbund führte enge Kontakte zur Nationalsozialistischen Partei in Deutschland.³⁴⁵ Die finanzielle Unterstützung, die die Ungarndeutschen von der deutschen Regierung erhielten, war jedoch vielmehr auch als Teil der deutschen Außenpolitik und als eine aktive Einflussnahme auf die ungarische Politik und das Land selbst zu sehen.³⁴⁶

Zwischen den beiden Weltkriegen betrieb Ungarn gegenüber seinen Nachbarstaaten - mit Ausnahme von Österreich - eine territoriale Revisionspolitik. Bereits Ministerpräsident Graf István Bethlen (1921-1931) richtete seine Außenpolitik auf die Revision der nach dem Ersten Weltkrieg gezogenen Grenzen aus. Der Revisionismus prägte die ungarische Politik der 20er und 30er Jahre maßgeblich. Die ungarische Parole „Nem, nem, soha!“ („Nein, nein, niemals!“) verdeutlichte die Ablehnung der ungarischen Bevölkerung gegenüber den Bestimmungen der Pariser Vorortverträge.³⁴⁷ Auch die Nachfolger Bethlens³⁴⁸ setzten hierbei auf die Unterstützung Deutschlands und versuchten auf Basis der ethnischen Verhältnisse³⁴⁹ die ungarischen Revisionsforderungen den Westmächten gegenüber geltend zu machen.³⁵⁰ Um die

³⁴² vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 499-501.

³⁴³ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 513-514.

³⁴⁴ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 521.

³⁴⁵ vgl. Martin L. *Kovacs*, *National Minorities in Hungary 1919-1980*. 166.

³⁴⁶ vgl. Günter *Schödl*, *Lange Abschiede*, 647.

³⁴⁷ vgl. Gerhard *Seewann*, *Ungarnbild – Deutschlandbild vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert*. In: *Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas* (49/2008) (Gerhard *Seewann*, József *Kovács* (Hrsg.), München – Budapest, Ungarn – Bayern/Band 2/49/2008/München 2007) 1-18, 12; Edgar *Hösch*, Karl *Nehring*, Holm *Sundhausen* (Hrsg.), *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, 564-565.

³⁴⁸ Nach Graf Stephan Bethlen war Gyula Gömbös von 1932 bis 1936 Ministerpräsident.

³⁴⁹ In Nordsiebenbürgen, dem Szeklerland und in der Südslowakei lebten zahlreiche Magyaren.

³⁵⁰ vgl. Thomas v. *Bogyay*, *Grundzüge der Geschichte Ungarns* (Darmstadt 1977) 169.

Zusammenarbeit mit Deutschland gegenüber der ungarischen Gesellschaft zu rechtfertigen, bediente man sich eines Deutschlandbildes, dass der Herausgeber der ungarischen Tageszeitung, Magyar Nemzet, Sándor Pethö, mit folgenden Worten sehr treffend beschrieb:³⁵¹

*„Die führenden Männer des Dritten Reiches betrachten und behandeln die kleinen Staaten in ihrer Nachbarschaft nicht gemäß den Ideen, Traditionen und Methoden des früheren habsburgischen Imperialismus. Das Dritte Reich will nicht einverleiben, will nicht [...] herrschen und germanisieren in den Gebieten, die es als seinen Lebensraum ansieht.“*³⁵²

Dieses von Pethös so treffend beschriebene Idealbild Deutschlands als Verbündeter Ungarns spiegelte Ungarns Versuch wieder „um jeden Preis“ eine Revision der Grenzen herbeizuführen. Doch die Unterschätzung Hitlers und die Überschätzung der eigenen Ressourcen führten dazu, dass Ungarn die realen politischen Verhältnisse aus den Augen verlor.³⁵³ Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde die ungarische Nationalitätenpolitik von den Interessen Hitler-Deutschlands beeinflusst. Das unter der Propaganda der „Heimholung“ der deutschen Bevölkerung geführte Programm sollte in Wirklichkeit nur die Besiedlung erobeter polnischer Gebiete durch Deutsche unterstützen.³⁵⁴ Die außenpolitische Beziehung des Deutschen Reiches zu Ungarn basierte auf einer Bündnispolitik, welche es Hitler ermöglichte, ohne Anwendung von Gewalt, Einfluss auf die ungarische Regierung zu nehmen.³⁵⁵

Im Herbst 1932 wurde der liberal-konservative Ministerpräsident Graf Bethlen durch den rechtsextremistischen Gyula Gömbös (1886-1936) abgelöst. Die Wirtschaftskrise hatte auch in Ungarn eine radikal-nationale Reaktion hervorgerufen. Gömbös war bemüht enge Beziehungen zu Berlin zu halten. Durch die ungarische Revisionspolitik

³⁵¹ vgl. Gerhard Seewann, Ungarnbild – Deutschlandbild vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, 12.

³⁵² vgl. Gerhard Seewann, Ungarnbild – Deutschlandbild vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, 12. (Zitat aus: Magyar Nemzet vom 18. Dezember 1938, 5).

³⁵³ vgl. Gerhard Seewann, Ungarnbild – Deutschlandbild vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, 14.

³⁵⁴ vgl. Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 16.

³⁵⁵ vgl. Martin Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938-1941. In: Manfred Funke, Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches (Durchges., um e. Reg. erw. Nachdr. d. erstmals 1976 ersch. Werkes/Kronberg 1978) 524-564, 524.

und die Festigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien wurde Ungarn zunehmend abhängiger von Berlin.³⁵⁶

Im Verlauf des Jahres 1938 nahm der Einfluss der Rechtsopposition, ausgelöst durch die geführte Außen- und Innenpolitik, zu. Die nationalsozialistische Ideologie wirkte sich auch auf die ungarische Innenpolitik aus.³⁵⁷ Seit 1938 stand auch die Lage der Juden im Zentrum der innenpolitischen Diskussionen. Dem „Ersten Judengesetz“ am 29. Mai 1938 folgte am 5. Mai 1939 das „Zweite Judengesetz“ (GA IV./1939). Es legte eine „*Einschränkung der Tätigkeiten der Juden im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft fest*“, wie es im Gesetz hieß.³⁵⁸ Am 8. August 1941 wurde bereits das „Dritte Judengesetz“ erlassen, welches die Heirat zwischen Juden und Christen verbot und den Begriff „Rassenschande“ („fajgyalázás) für sexuelle Beziehungen zwischen Christen und Juden festlegte.³⁵⁹

Im Frühling 1938 wurde Béla Imrédy zum neuen Ministerpräsidenten ernannt.³⁶⁰ Aus den Parlamentswahlen im Mai 1939 ging die MÉP (= Magyar Èlet Pártja = Partei des Ungarischen Lebens) unter der Führung von Graf Pál Teleki als Sieger hervor. Die MÉP erhielt dabei 183, die Pfeilkreuzlerpartei (= Nyilaskeresztes Párt) unter Kálmán Hubay und Ferenc Szálasi 31 und die Parte der Kleinen Landwirte (= FKGP = Független Kisgazdapárt) 14 Mandate.³⁶¹

In den 40er Jahren trat die Partei der Kleinlandwirte für die Autonomierechte der Nationalitäten ein. Die Sozialdemokratische Partei war gegen die radikale Nationalitätenpolitik, aber für die Assimilierung. Sie unternahm nichts gegen den Einfluss Deutschlands auf die ungarndeutsche Minderheit.³⁶²

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges konnte - bei einseitiger Betrachtung - für einige Jahre von einer positiven Entwicklung in der ungarischen Minderheitenpolitik die

³⁵⁶ vgl. Martin Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, 526-529.

³⁵⁷ vgl. Martin Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, 534.

³⁵⁸ vgl. Janos Hauszmann, Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Ost- und Südosteuropa Geschichte der Länder und Völker/Regensburg 2004) 246.

³⁵⁹ vgl. István Deák, Historical Foundations, 61; Janos Hauszmann, Ungarn, 250.

³⁶⁰ vgl. Martin Broszat, Deutschland-Ungarn-Rumänien, 534-535.

³⁶¹ vgl. Janos Hauszmann, Ungarn, 246.

³⁶² vgl. Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 20.

Rede sein.³⁶³ Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch am 2. November 1938 - von den Außenministern Ciano und von Ribbentrop unterzeichnet - wurde die überwiegend von Magyaren bewohnte Südslowakei, ein 12400 km² großes Gebiet, an Ungarn angegliedert. Dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 folgte am 3. September die Kriegserklärung von Großbritannien und Frankreich an Deutschland. Durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch, der am 30. August 1940 im Schloss Belvedere unterzeichnet wurde, sollte die ungarisch-rumänische Beziehung geklärt werden. Ungarn wurde Nordsiebenbürgen mit dem Szeklerland - ein insgesamt 43591km² großes Gebiet mit 2400000 Einwohner, davon 1400000 Ungarn - zugesprochen. Im Gegenzug schloss sich Ungarn dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan an. Die Konsequenz aus diesem Schritt war allerdings, dass Ungarn den öffentlich-rechtlichen Status des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ akzeptieren musste. Auch der Einfluss der rechtsradikalen Parteien nahm zu: Béla Imrédy gründete die rechtsgerichtete Partei der Ungarischen Erneuerung (= MMP = Magyar Megújulás Pártja).³⁶⁴

Zusätzlich wurde durch die Wiederangliederung ehemaliger ungarischer Gebiete 1939/1941, die nach dem Ersten Weltkrieg an die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien gefallen waren, die „nationale Frage“ erneut bedeutsamer.³⁶⁵ Der Historiker Franz H. Riedl wies den Wiener Beschlüssen folgenden Charakter zu:

„Mit diesem von Staat zu Staat abgeschlossenen Abkommen hatte Ungarn die deutsche Volksgruppe der nationalsozialistischen Infiltration preisgegeben, ohne dabei jedoch die Tendenz zu weiterer Madjarisierung aufzugeben.“³⁶⁶

1940 folgte endlich die Konstituierung der deutschen Minderheit als Volksgruppe.³⁶⁷ Am 30. August 1940 unterzeichneten der deutsche Reichsminister für Auswärtiges Joachim v. Ribbentrop und der ungarische Außenminister Graf István Csáky im

³⁶³ vgl. Sándor Vogel, Sicherheitsdilemma und ethnische Konflikte aus ungarischer Sicht. In: Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa. Vorträge der internationalen Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft (München) (hrsg. v. Gerhard Seewann/München./Oldenbourg [u.a.] 1995) 212-230, 216.

³⁶⁴ vgl. Janos Hauszmann, Ungarn, 247-248; Sándor Vogel, Sicherheitsdilemma und ethnische Konflikte aus ungarischer Sicht, 216.

³⁶⁵ vgl. Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 5.

³⁶⁶ Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 419.

³⁶⁷ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 485.

Rahmen des Zweiten Wiener Abkommens zusätzlich ein Protokoll, das den Angehörigen der deutschen Volksgruppe die uneingeschränkte Erhaltung ihres Volkstums zusicherte: Der deutschen Volksgruppe wurden die Rechte auf freie Vereinsgründung, Gleichberechtigung im Beruf gegenüber der magyarischen Nationalität, anteilmäßige Besetzung in den Behörden, Schulunterricht in deutscher Sprache, freier Gebrauch der deutschen Sprache, die Gründung und Herausgabe von deutschen Zeitungen, die Rückführung der magyarisierten Namen, ein freier Kulturaustausch mit Deutschland und freie Entscheidung über die Volkszugehörigkeit zugesichert.³⁶⁸ Weiter wurde auch noch festgelegt:

„Ungarischerseits werden alle Maßnahmen vermieden werden, die dem Zwecke einer zwangsweisen Assimilierung, insbesondere durch Magyarisierung der volksdeutschen Familiennamen dienen könnten. Die Angehörigen der Volksgruppen haben das Recht, einen in ihrer Familie früher geführten Namen wieder aufzunehmen.

*Die Angehörigen der Volksgruppe haben auf kulturellem Gebiete das Recht zu freiem Verkehr mit dem großdeutschen Mutterland.“*³⁶⁹

Das von Außenminister Graf István Csáky und Joachim von Ribbentrop unterzeichnete Wiener Abkommen sicherte der deutschen Bevölkerung in Ungarn zwar mehr Rechte zu, doch die deutsche Nationalitätenfrage blieb ungelöst. Sie wurde durch die Anlehnung der ungarischen Außenpolitik an Deutschland nur zusätzlich belastet.³⁷⁰

Auf Grund dieses Abkommens wurden zahlreiche Ungarndeutsche zu Schulungen, HJ- und Sportlagern nach Deutschland eingeladen. Im Anschluss konnten sie „freiwillig“ in die Waffen-SS eintreten. Allerdings war diese Form der „Freiwilligenwerbung“ nur sehr beschränkt erfolgreich.³⁷¹

³⁶⁸ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, (unveränderter Nachdr. d. Ausg. 1956/Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa/Band 2/München 2004) 73E-74E.

³⁶⁹ Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 74E.

³⁷⁰ vgl. Franz H. Riedl, Das Südostdeutschtum in den Jahren 1918-1945, 19-20; Loránt Tilkovszky, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 14-15; Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 419.

³⁷¹ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 32E-33E.

Nach dem Wiener Abkommen wurde ein physischer und moralischer Druck auf die Ungarndeutschen ausgeübt, um sich der Waffen-SS anzuschließen.³⁷² Anfangs konnten sich die Ungarndeutschen noch frei entscheiden, ob sie sich der deutschen Waffen-SS oder der ungarischen Honvéd anschließen wollten. Doch dies änderte sich sehr schnell. In der Honvéd waren die Ungarndeutschen häufigen Schikanen ausgesetzt. Darüber hinaus wurde die Zugehörigkeit zur Waffen-SS nach dem Zweiten Weltkrieg als Landesverrat ausgelegt.³⁷³

Zwischen 1942 und 1944 wurden mehrere Verträge zwischen Deutschland und Ungarn geschlossen, die festlegten, dass sich die Ungarndeutschen der deutschen Wehrmacht anschließen konnten. Ihnen wurde dann jedoch die ungarische Staatsbürgerschaft entzogen.³⁷⁴ Aufgrund des ersten Abkommens, das am 1. Februar 1942 unterzeichnet wurde, konnten Freiwillige der Jahrgänge 1912 bis 1925 in die SS eingezogen werden. Ungefähr 20000 Freiwillige wurden als tauglich befunden und zur SS eingezogen. In den folgenden Jahren wurden neue Verträge unterzeichnet, mittels welcher die Anwerbung von Freiwilligen ab den Jahrgängen 1908 und schließlich ab 1884 eingeleitet wurde. Nach Beschluss eines letzten Abkommens am 14. April 1944 bestand für die ungarndeutsche Bevölkerung auch nicht mehr die „theoretisch freiwillige“ Wahl zwischen Waffen-SS und Honvéd, der überhaupt nur noch 10% der ungarndeutschen Bevölkerung als technisches Personal angehören durften. Sogar aus den stehenden ungarischen Heeren konnten die Ungarndeutschen herausgezogen und in die deutschen Heere eingegliedert werden. Aufgrund dieses letzten Abkommens erstreckte sich die Zwangsrekrutierung auf alle Personen, die vom Volksbund als Angehörige der deutschen Volksgruppe betrachtet wurden.³⁷⁵

Am 2. April 1941 marschierten ungarische Truppen gegen Jugoslawien auf, trotz eines am 10. Dezember 1940 unterzeichneten gemeinsamen Abkommens über eine immerwährende Freundschaft. Anfang April 1941 beging Graf Pál Teleki (1879-1941) Selbstmord. Ihm folgte László Bárdossy (1890-1946) im Amt des Ministerpräsidenten

³⁷² vgl. Franz H. *Riedl*, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 428.

³⁷³ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 32E.

³⁷⁴ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 17-18.

³⁷⁵ vgl. Franz H. *Riedl*, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 428; Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 33E-34E.

(1941-1942). Am 11. April 1941 besetzten ungarische Truppen die Batschka. Am 12. April besetzten deutsche Truppen Belgrad und am 27. April Athen.³⁷⁶

Am 7. Dezember 1941 erklärte Großbritannien Ungarn den Krieg und am 12. Dezember trat Ungarn in den Krieg gegen die USA ein.³⁷⁷ Im April 1942 wurde auf Drängen des Deutschen Reiches die Zweite Ungarische Armee an die Ostfront verlegt, welche nur sehr schlecht ausgestattet war.³⁷⁸ Im November 1942 startete die Rote Armee eine Konteroffensive in Stalingrad. Im Jänner 1943 erlitt die Honvéd-Armee eine vernichtende Niederlage gegen die sowjetischen Truppen bei Woronesch am Don. Es war ein verheerender Schlag gegen die ungarische Armee, 100000 ungarische Soldaten kamen ums Leben. Nach dem vernichtenden Schlag der Alliierten gegen deutsche Truppen in Nordafrika, waren auch Reichsverweser István Horthy (1904-1942) und Ministerpräsident Miklós Kállay (1897-1967) überzeugt, dass Deutschland den Krieg bereits verloren hatte und nahmen geheime Verhandlungen mit den Westmächten auf. Ein erstes geheimes Abkommen, über einen möglichen Kriegsausritt Ungarns, kam bereits im September 1943 zwischen Ungarn und Großbritannien zustande.

Mitte April 1943 wurde Horthy zu Hitler nach Salzburg (Kleissheim) bestellt, wo er Horthy seinen „Unmut“ über Ministerpräsidenten Kállay mitteilte. Denn die Kállay-Regierung³⁷⁹ strebte - spätestens seit 1943 - eine gemäßigtere Nationalitätenpolitik an, stieß damit aber nicht nur auf die verärgerte Haltung Hitlers sondern auch auf einen heftigen Widerstand der lokalen Behörden und konnte ihre angestrebten Ziele nicht verwirklichen.³⁸⁰ Hitler forderte Horthy des Weiteren auch zu einer radikalen und endgültigen „Lösung der Judenfrage“ auf.³⁸¹ Am 19. März 1944 ordnete Hitler die Invasion auf Ungarn an, um jegliche „Absprungspläne“ Ungarns zu verhindern. Horthy, der einen Tag zuvor über diese Okkupationspläne informiert worden war, konnte

³⁷⁶ vgl. Janos *Hauszmann*, Ungarn, 248-249.

³⁷⁷ vgl. István *Deák*, Historical Foundations, 61.

³⁷⁸ vgl. Janos *Hauszmann*, Ungarn, 250.

³⁷⁹ Miklós Kállay (1887-1967) war von März 1942 bis März 1944 Ministerpräsident und bis 1943 gleichzeitig auch Außenminister.

³⁸⁰ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche, 15-16.

³⁸¹ vgl. Janos *Hauszmann*, Ungarn, 251.

nichts unternehmen. Kállay und der ungarische Armee waren die Hände gebunden, den deutschen Truppen wurde bei der Besetzung Ungarns kein Widerstand geleistet.³⁸² Nach der plötzlichen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 schlossen sich weitere 60000 Ungarndeutsche der SS an.³⁸³ Kállay musste fliehen, und Edmund Veessenmayer übernahm die tatsächliche Führung des Landes. Auf seine Anordnungen hin ernannte Horthy General Döme Sztójay (1883-1946) zum Ministerpräsidenten, der ein prodeutsches Kabinett bildete. Das Kabinett wurde fortan von einer Überzahl von Nationalsozialisten beherrscht, die Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kleinen Landwirte verboten, Gegner des Nationalsozialismus verhaftet und weitere Truppen der Ersten Ungarischen Armee an die Ostfront geschickt.³⁸⁴

Mit der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 kam die entscheidende militärische Wende: Am 23. August 1944 folgte der Umsturz in Rumänien. Für die sowjetischen Truppen war der Weg nach Ungarn frei.³⁸⁵

Um zu verhindern, dass Ungarn unmittelbarer Kriegsschauplatz wurde, ernannte Horthy im August 1944 Géza Lakatos (1890-1967) zum neuen Ministerpräsidenten (29. August 1944 – 16. Oktober 1944), der den Kontakt zu den Alliierten aufnehmen sollte. Jedoch ohne Erfolg. Die ungarische Regierung wurde von den Regierungen der Westalliierten zurückgewiesen und aufgefordert die Waffenstillstandsverhandlungen mit der sowjetischen Regierung zu führen.³⁸⁶

Nachdem am 23. September 1944 sowjetische Truppen bereits die ungarischen Grenzen überschritten hatten, wurde am 11. Oktober 1944 ein Abkommen zwischen Ungarn und der Sowjetunion unterzeichnet, das festlegte, dass Ungarn sich hinter die Grenzen vor 1938 zurückziehen sollte und die ungarischen Truppen gegen die deutsche Besatzungsmacht eingesetzt werden sollten. Das Abkommen trat jedoch nicht mehr in Kraft.³⁸⁷

³⁸² vgl. István Deák, *Historical Foundations*, 62-63; Janos Hauszmann, *Ungarn*, 251.

³⁸³ vgl. Loránt Tilkovszky, *Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche*, 18.

³⁸⁴ vgl. István Deák, *Historical Foundations*, 63; Janos Hauszmann, *Ungarn*, 252; Miklós Molnár, *Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart* (dt. Übersetzung von Bálint Balla/Hamburg 1999) 397.

³⁸⁵ vgl. Janos Hauszmann, *Ungarn*, 252.

³⁸⁶ vgl. István Deák, *Historical Foundations*, 63; Janos Hauszmann, *Ungarn*, 252-253.

³⁸⁷ vgl. István Deák, *Historical Foundations*, 63; Janos Hauszmann, *Ungarn*, 253; Jörg K. Hoensch, *Geschichte Ungarns 1867-1983*, 152-153.

Nachdem István Horthy in einer Proklamation am 15. Oktober den geplanten Frontwechsel via Rundfunk bekanntgegeben hatte, kam es zum Aufstand in Budapest durch bewaffnete deutsche Truppen und Pfeilkreuzler. Horthy hatte auf die Loyalität seiner Generäle gehofft und wollte, dass die ungarische Armee – ohne jegliche politische, militärische oder gesellschaftliche Vorbereitung - die Kampfhandlungen einstellte.³⁸⁸ Der Reichsverweser wurde gezwungen seine Proklamation zu widerrufen und Ferenc Szálasi zum neuen Ministerpräsidenten zu ernennen. Der jüngste Sohn Horthys wurde zuvor entführt und man drohte ihm, ihn zu ermorden, wenn er, Horthy, den Forderungen der Deutschen und der Pfeilkreuzler nicht nachkommen würde.³⁸⁹ Horthy trat von seinem Amt zurück und wurde nach Deutschland gebracht³⁹⁰ Nach Horthys Rücktritt wurde Ferenc Szálasi (1897-1946), der Führer der Pfeilkreuzlerbewegung, zum Regierungschef ernannt.³⁹¹

Am 19. Oktober 1944 eroberte die Rote Armee Debrecen. Ende 1944 wurden die „Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront“ (= Magyar Nemzeti Függetlenségi Front) und die „Kommunistische Partei Ungarns“ (= Magyar Kommunista Párt = MKP) gegründet. Am 21./22. Dezember wurde durch Anregung der Sowjetunion die Provisorische Nationale Regierung unter der Führung des parteilosen Generals Béla Miklós de Dálnok (1890-1948) in Debrecen durch die provisorisch errichtete Nationalversammlung gewählt. Am 28. Dezember erklärte die provisorische Nationalregierung Deutschland den Krieg. Am 20. Jänner 1945 wurde ein Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten in Moskau unterzeichnet. Am 13. Feber 1945 wurde die ungarische Hauptstadt durch die Rote Armee von den deutschen Truppen und den ungarischen Pfeilkreuzlern befreit. Am 4. April wurde das gesamte Land von den deutschen Besatzern befreit. Bereits wenige Tage später übersiedelte die Regierung von Debrecen nach Budapest.³⁹² Die Zahl, der im Zweiten Weltkrieg ungarischen Gefallenen, Verwundeten und Vermissten, wurde auf ungefähr 300000

³⁸⁸ vgl. Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 152-153.

³⁸⁹ vgl. Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867-1983, 153.

³⁹⁰ vgl. Janos Hauszmann, Ungarn, 253.

³⁹¹ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 35E; Janos Hauszmann, Ungarn, 252; Edgar Hösch, Karl Nehring, Holm Sundhausen, Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 543 und 712-713.

³⁹² vgl. István Deák, Historical Foundations, 65-66; Holger Fischer, Eine kleine Geschichte Ungarns (Frankfurt am Main 1999) 198-199; Janos Hauszmann, Ungarn, 254.

Personen geschätzt. Hinzu kamen noch die 120000 ungarischen Soldaten und Zivilisten, die in den sowjetischen Lagern ums Leben kamen.³⁹³

Bei den Wahlen im November 1945 erreichte die Partei der Kleinen Landwirte die absolute Mehrheit (57%), die Kommunisten, die nur 17% der Wählerstimmen erhielten, erlitten eine Niederlage. An zweiter Stelle lag die Sozialdemokratische Partei mit 17,4% der Stimmen. Die sowjetische Parteiführung erhöhte aufgrund dieses Wahlausganges den Druck und übernahm die Kontrolle über die wichtigsten Institutionen. Am 1. Feber 1946 wurde die Republik Ungarn ausgerufen. Am 10. Feber 1947 wurde der Pariser Friedensvertrag unterzeichnet. Der Nationalsozialismus in Ungarn wurde durch den Bolschewismus abgelöst. Es wurden wieder die Grenzen, wie sie nach den Verträgen von Trianon gegolten hatte, hergestellt. Ähnlich der Vertreibung der Ungarndeutschen wurden auch zahlreiche Magyaren aus der Tschechoslowakei nach Ungarn umgesiedelt.³⁹⁴

9.2. Flucht, Vertreibung und Integration der Ungarndeutschen

Die Forderungen nach Magyarisierung der nationalen Minderheiten eskalierte in der ablehnenden Haltung gegenüber einer deutschen „Scheinassimilation“. Die seit dem 19. Jahrhundert vorbereitete Eskalation des Nationalismus endete bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in einer gegenseitigen Ausgrenzung und völligen Ablehnung zwischen Deutschen und Magyaren in Ungarn. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde die radikale antideutsche Minderheitenpolitik der ungarischen Regierung durch das totalitäre Regime des Nationalsozialismus unterbrochen, aber nicht beendet. Die zeitweiligen Errungenschaften - wie die Bezeichnung als „Volksgruppe“, eine eigene Vertretung in der Regierung, später sogar eine eigene Partei, die Einführung von

³⁹³ vgl. Franz v. *Adonyi-Naredy*, Ungarns Armee im Zweiten Weltkrieg. Deutschlands letzter Verbündeter (Neckargemünd 1971) 200.

³⁹⁴ vgl. Thomas v. *Bogyay*, Grundzüge der Geschichte Ungarns 177-178; Joachim *Kühl*, das ungarländische Deutschtum zwischen Hitler und Horthy, 117.

Deutsch als Amts- und Kirchensprache und ein deutschsprachiges Erziehungswesen - waren spätestens mit Kriegsende wieder verloren.³⁹⁵

Bereits am 6. Oktober 1939 hatte Adolf Hitler in einer Rede vor dem Reichstag

*„eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt eine Umsiedlung der Nationalitäten, [...]“*³⁹⁶

angekündigt. Spätestens im Sommer 1941 nahmen die Lösungsvorschläge zur Frage der Deutschen in Ungarn durch Hitlers „Generalplan-Ost“ und eine mögliche Umsiedlung der Ungarndeutschen konkrete Formen an.³⁹⁷

Bereits Ende 1943 hatte sich die Flucht der deutschen Minderheit angekündigt. Der ungünstige Kriegsverlauf konnte unter anderem als einer der Gründe hierfür angeführt werden, doch maßgebend war nach wie vor *„der innere Gegensatz zwischen unerschütterlichem magyarischen Assimilationsdruck und ungarndeutschem Selbstbestimmungsverlangen“*, wie Günter Schödl es beschrieb.³⁹⁸

Inwiefern bei den Zusammentreffen der ungarischen und deutschen Regierungsvertretern Fragen der Rekrutierung oder der Aussiedlung besprochen wurden, kann hier nicht objektiv erörtert werden. Für die weiteren Entscheidungen das Schicksal der Ungarndeutschen maßgebend war allerdings, dass sie der Willkür anderer ausgeliefert waren.³⁹⁹ Das Schicksal der ungarndeutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg war abhängig von der Position, die die Großmächte bezogen, der aktuellen innen- und außenpolitischen Situation und den politisch angestrebten Zielen der ungarischen Regierung.⁴⁰⁰

Bereits in den Monaten Oktober bis Dezember 1944 wurde die deutsche Bevölkerung der Gemeinden entlang des östlichen Donauufers zur Evakuierung „aufgefordert“. Von

³⁹⁵ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 505.

³⁹⁶ Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 425.

³⁹⁷ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 516-517.

³⁹⁸ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 504-505.

³⁹⁹ vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 524-525.

⁴⁰⁰ vgl. Ágnes Tóth, Die ungarische Diskussion im Jahr 1945 über die Kollektivschuld und Vertreibung der Deutschen. In: Kathrin Sitzler, Gerhard Seewann (Hrsg.), Ungarische und rumänische Stimmen zur Vertreibung (Bonn 1997) 22-30, 23.

der Volksgruppenführung wurde schon in der zweiten Oktoberhälfte die Evakuierung der Hauptstadt angeordnet.⁴⁰¹ Im Oktober 1944 ergriffen zahlreiche Ungarndeutsche die Flucht, vor allem aus der Hauptstadt. Doch nur etwa 10-15% der deutschen Bevölkerung verließen innerhalb dieser ersten Phase das Land.⁴⁰² In den Gebieten entlang der Grenze zu Österreich begann die Evakuierung der deutschen Bevölkerung erst nach Vorstoß der sowjetischen Truppen im März/April 1945 und sie beschränkte sich vorwiegend auf die Mitglieder des Volksbundes und Angehörige der deutschen Dienststellen. Diese Möglichkeiten der Evakuierung wurden jedoch nur von einem geringen Teil der ungarndeutschen Bevölkerung in Anspruch genommen.⁴⁰³

Ende Dezember 1944 begannen die Abtransporte der deutschen sowie auch der magyarischen Bevölkerung in die Sowjetunion. Durch diese von der sowjetischen Armee durchgeführte Strafaktion gelangten zehntausende Ungarndeutsche noch vor Abschluss des Waffenstillstandes am 20. Jänner 1945 in die Straflager der Sowjetunion.⁴⁰⁴ Im Süden des Landes wurden diese Zwangsdeportationen vorwiegend von jugoslawischen Partisanen durchgeführt, die besonders aggressiv gegen die deutsche Bevölkerung vorgingen. Ein Großteil der in die Sowjetunion verschleppten Ungarndeutschen stammte aus Südungarn. Zur Jahresmitte 1945 kehrten die ersten Deportierten aus gesundheitlichen Gründen aus den Zwangslagern wieder zurück. Laut ungarischen Angaben wurden 600000 Menschen in die Sowjetunion verschleppt, davon waren ungefähr 60-65000 ungarndeutsche Zivilisten und Kriegsgefangene.⁴⁰⁵ Im Waffenstillstandsabkommen vom 20. Jänner 1945 war keine Stellungnahme zu den durchgeführten Deportationen zehntausender Ungarndeutscher zu finden.⁴⁰⁶

Nach Kriegsende waren sich die ungarischen Parteien einig, dass eine Vertreibung der Ungarndeutschen nach dem Kollektivschuldprinzip nicht durchführbar war, da die

⁴⁰¹ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 36E-37E.

⁴⁰² vgl. Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 526.

⁴⁰³ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 36E-37E.

⁴⁰⁴ vgl. Ágnes *Tóth*, Zwang oder Möglichkeit? Die Annahme der Maxime von der Kollektivschuld und die Bestrafung der deutschen Minderheit in Ungarn. In: Richard G. *Plaschka*, Horst *Haselsteiner*, Arnold *Suppan*, Anna M. *Drabek* (Hrsg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Zentraleuropastudien/Band 3/Wien 1997) 89-104, 89-90.

⁴⁰⁵ vgl. Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, 42E-44E.

⁴⁰⁶ vgl. Ágnes *Tóth*, Die ungarische Diskussion im Jahre 1945 über Kollektivschuld und Vertreibung der Deutschen, 23.

kollektive Vertreibung der ungarischen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei zu befürchten war, wogegen kein moralischer Einspruch von ungarischer Seite erhoben werden konnte, wenn man in Ungarn genau so handelte. Die Parteien und die Regierung kamen daher zu dem Entschluss, diejenigen Personen auszusiedeln, die sich bei der letzten Volkszählung 1941 zur deutschen Nationalität und Muttersprache bekannt hatten. Hierbei handelte es sich um rund 300000 Personen.⁴⁰⁷

Die Ergebnisse der Volkszählungen über den zahlenmäßigen Bevölkerungsanteil der deutschen Minderheit gingen weit auseinander und waren vor allem von den gefragten Kriterien „Muttersprache“ oder „Nationalität“ abhängig. Laut der amtlichen Volkszählung 1930/1931 lebten 468737 Deutsche in Ungarn. Nach den Berechnungen und Schätzungen der Volksgruppenorganisation lebten 1939 jedoch 700000 Deutsche in Ungarn. Durch das unzureichende statistische Material konnten genaue Angaben nur sehr schwer gemacht werden und daher musste auf Schätzungen zurückgegriffen werden. Realistisch waren für die Zeit Anfang der 40er Jahre ein prozentueller Anteil der Ungarndeutschen von drei bis fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Bei der Volkszählung von 1941 gaben 477966 Personen Deutsch als ihre Muttersprache an und 303527 bekannten sich zur deutschen Nationalität.⁴⁰⁸

Noch vor der Potsdamer Konferenz 1945 forderte die ungarische Regierung die Großmächte auf, den Teil der Ungarndeutschen, der sich 1941 noch zur deutschen Nationalität und Muttersprache bekannt hatte und sich nach den von der SS durchgeführten Rekrutierungen und Evakuierungen auf rund 200000 Personen reduziert hatte, auszusiedeln.⁴⁰⁹

Die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn wurde von allen Parteien – mit Ausnahme der Sozialdemokraten - unterstützt. Nur über die Zahl der Auszusiedelnden und die Vorgehensweise waren sich die Parteien nicht ganz einig. In der Frage nach der

⁴⁰⁷ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Kisebbség és belpolitika. Magyarország, 1945 után [Minderheiten und Innenpolitik. Ungarn nach 1945]. In: *História* (1/1996) 28-29. In: Kathrin *Sitzler*, Gerhard *Seewann* (Hrsg.), Ungarische und rumänische Stimmen zur Vertreibung (Bonn 1997) 8-11, 8-10.

⁴⁰⁸ vgl. Wilfried *Krallert*, Zur gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in und aus Südosteuropa. In: *Südostdeutsche Heimatblätter* (Folge 1/Jahrgang 4/München 1955) 89-95, 89; Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 520; zu den Ergebnissen der Volkszählung 1941 vgl.: Ágnes *Tóth*, Zwang oder Möglichkeit, Fußzeile 9 auf S. 97.

⁴⁰⁹ vgl. Loránt *Tilkovszky*, Minderheiten und Innenpolitik, 8-10.

Verantwortlichkeit der Deutschen wurde der Verfügung über die Bodenreform besondere Bedeutung zugemessen.⁴¹⁰

Die bedeutendsten Bestimmungen des Bodenreformgesetzes befanden sich in den Paragraphen vier und fünf:

„§4. In vollem Umfang und ohne Rücksicht auf deren Größe müssen konfisziert werden die Grundbesitze der Vaterlandsverräter, der Führer der Pfeilkreuzler, Nationalsozialisten und sonstigen Faschisten, der Volksbundmitglieder, ferner der Kriegsverbrecher und Volksfeinde.

§5. Ein ungarischer Staatsbürger ist als Vaterlandsverräter anzusehen, wenn er die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen des deutschen Faschismus zum Schaden des madjarischen Volkes gefördert hat, durch freiwillige Meldung in eine deutsche faschistische militärische oder Sicherheitsformation eingetreten ist, einer deutschen militärischen oder Sicherheitsformation zum Schaden des Ungarntums Angaben geliefert hat oder als Spitzel tätig war, seinen deutsch klingenden Namen wieder aufgenommen hat.“⁴¹¹

Einerseits betonten die Regierung und die Parteien immer wieder ihre ablehnende Haltung gegenüber der kollektiven Bestrafung des Ungarndeutschtums, andererseits ermöglichte das Gesetz zur Bodenreform die Vermögensbeschränkung eines Großteils der Ungarndeutschen ohne die Einzelverantwortung zu beachten oder zuvor ein Verfahren gegen die einzelnen Personen zu führen. Diese Zwangsausweisungen wurden von einer agrarrevolutionären Idee vorangetrieben. Es sollte so Platz geschaffen werden für die aus den Nachbarländern einströmenden Magyaren.⁴¹²

⁴¹⁰ vgl. Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 435; Ágnes Tóth, Zwang oder Möglichkeit, 90-91.

⁴¹¹ Ausgewählte Dokumente zur neuesten Geschichte der Südostdeutschen Volksgruppen. Staatsbürgerschafts-, Ausweisungs- und Beschlagnahmebestimmungen (zsgest. u. hrsg. v. Südostdeutschen Kulturwerk München/Reihe B/Wissenschaftliche Arbeiten/5/1956).

⁴¹² vgl. Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 435; Ágnes Tóth, Zwang oder Möglichkeit, 90-91.

Zusätzlich zu den Zwangsenteignungen dauerten die im Dezember 1944 begonnen Abtransporte der Ungarndeutschen in die Internierungs- und Zwangsarbeitslager der Sowjetunion noch bis April 1945 an. In diesem Zeitraum wurden 60000 Ungarndeutsche, davon 30000 Kriegsgefangene und 30000 Zivilisten, als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion deportiert.⁴¹³

Am 1. Juli 1945 wurde die Verfügung Nr. M.E. 3820/1945 erlassen, welche festlegte, welche Kommission für die Aussiedlung der Ungarndeutschen verantwortlich war und wie die Zahl der Auszusiedelnden festgelegt werden sollte: Der Verfügung entsprechend konnten von der Behörde für Volksfürsorge alle Personen mit Vollendung ihres 16. Lebensjahres nach den Kategorien „Führer, Mitglied, Unterstützer oder Außenstehender des Volksbundes“ beurteilt werden und ihr Besitz entsprechend dem Bodenreformgesetz beschlagnahmt und die Person interniert werden.⁴¹⁴

Durch das Potsdamer Abkommen entstand eine neue Situation und die Beschlüsse der ungarischen Regierung vom Frühjahr schienen nicht verwirklicht. Die Parteien verlangten nach einer endgültigen Lösung des „deutschen Nationalitätenproblems“. Eine Woche nach dem Potsdamer Abkommen übergab der stellvertretende Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission, General Sviridov, Ministerpräsident Béla Miklós de Dálnok die Anweisung zur Aussiedlung von 400000 bis 450000 Deutschen. Dies entsprach in etwa jener Anzahl von Personen, die sich in der Volkszählung 1941 zur deutschen Muttersprache bekannt hatten. Am 13. August 1945 forderte de Dálnok den Ministerrat auf einen Plan zu erstellen, um den Anweisungen aus Moskau nachzukommen. Um die Zahl der Auszuweisenden festzulegen, wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1941 herangezogen. Basierend auf dieser Grundlage, abzüglich der Ausnahmen und unter Beachtung der Nationaldeutschen ohne ungarische Staatsbürgerschaft, ging man von einer Zahl von rund 400000 Deutschen, die ausgesiedelt werden sollten, aus. Einwände, dass von den Zahlen der Volkszählung nicht ausgegangen werden könnte, da zum damaligen Zeitpunkt auch ein Großteil der jüdischen Bevölkerung sich zur deutschen Muttersprache bekannt hatte und sich jene Personen, die zwar Deutsch als Muttersprache angegeben hatten,

⁴¹³ vgl. Franz H. *Riedl*, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 434-435.

⁴¹⁴ vgl. Ágnes *Tóth*, Zwang oder Möglichkeit, 96.

sich jedoch zur ungarischen Nationalität bekannt hatten, ernsthaften Gefahren ausgesetzt hatten, wurden ignoriert.⁴¹⁵

Die Autorin Ágnes Tóth charakterisierte die Beschlüsse des Ministerrates folgendermaßen:

„[Die Ausweisung der Ungarndeutschen] basierte nicht auf dem Prinzip individueller Schuld und individueller Verantwortung. Die Aussiedlung wurde vielmehr völlig unabhängig von der Schuld des einzelnen und deren Feststellung im Rahmen eines individuellen Untersuchungsverfahrens auf den Personenkreis ausgeweitet, der sich zur deutschen Nationalität bekannt hatte. Das Bekenntnis, die Nationalität zur Grundlage von Rechtsbeschränkung oder völligem Entzug der Rechte zu machen, bedeutet, das Prinzip der Kollektivstrafe zu akzeptieren. [...] Nach der Annahme des Prinzips war das Ausmaß seiner Anwendung nur mehr eine von den Umständen und Durchführungsbedingungen abhängige Variable.“⁴¹⁶

Bei der am 22. Dezember 1945 abgehaltenen Regierungssitzung wurden die konkreten Maßnahmen zur Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn besprochen. Die Ansichten der teilnehmenden Politiker waren teilweise sehr unterschiedlich: Janos Gyöngyösi (1893-1951) kritisierte, dass die Aussiedlungspläne auf dem Prinzip der Kollektivschuld basierten. Mátyás Rákosi (1892-1971), Mitglied der Kommunistischen Partei, hingegen griff die Bestimmungen und Beschlüsse der demokratischen Großmächte auf. Er wies also jegliche Schuld an der Ausweisung den Großmächten zu. Am Ende der Sitzung beschloss der Ministerrat mit großer Mehrheit die Aussiedlung der Ungarndeutschen. Zwar wurden die Entscheidungen der Regierung auch von der Präsenz der Alliierten Kontrollkommissionen beeinflusst, doch bezeugten die von der Regierung getroffenen Entscheidungen auch, dass die Aussiedlung der Deutschen von einem Großteil der Regierungsmitglieder befürwortet wurde. Einerseits betonte die ungarische Regierung immer wieder ihre ablehnende

⁴¹⁵ vgl. Ágnes Tóth, Zwang oder Möglichkeit, 96-99; vgl. Ágnes Tóth, Die ungarische Diskussion im Jahre 1945 über Kollektivschuld und Vertreibung der Deutschen, 27.

⁴¹⁶ Ágnes Tóth, Die ungarische Diskussion im Jahr 1945 über die Kollektivschuld und Vertreibung der Deutschen, 27-28.

Haltung gegenüber dem Prinzip der Kollektivschuld, andererseits unternahm sie nichts, um die verantwortlichen Personen, Anhänger des Nationalsozialismus etc, zu ermitteln.⁴¹⁷

Ende 1945 wurde mit der Aussiedlung der Deutschen gemäß den Potsdamer Beschlüssen begonnen und erst 1948 eingestellt.⁴¹⁸ Als Grundlage für die Vertreibung der Ungarndeutschen wurde neben dem Potsdamer Abkommen und den Grundverordnungen und Durchführungsverordnungen zur Bodenreform auch die Verordnung Nr. 12330 vom 22. Dezember 1945 über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns nach Deutschland herangezogen.⁴¹⁹

Das Land wurde von einer Welle der Enteignung und Zwangsausweisung überrollt. Es wurden Volksgerichtsverfahren gegen ehemalige Mitglieder des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn“ eingeleitet.⁴²⁰ Durch die Ausweisungsverordnungen vom 22. Dezember 1945 und vom 4. Jänner 1946 wurde bestimmt, dass jeder *„der sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hat“*, einen deutschen Namen trug oder Mitglied des Volksbundes oder der SS war, zur Umsiedlung nach Deutschland verpflichtet war. Von dieser Zwangsausweisung waren 220000-250000⁴²¹ Personen betroffen.⁴²² Die betroffene Bevölkerung musste ihren Besitz zurücklassen und durfte nur 100kg Gepäck pro Person mit sich nehmen. 1946 wurden 170000 Ungarndeutsche in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland und 1947 und 1948 weitere 50000 in die sowjetische Besatzungszone ausgewiesen. Die Zwangsaussiedlung der Ungarndeutschen dauerte bis 1948 an und stütze sich auf Artikel 13 des Potsdamers Abkommen.⁴²³

In diesem Paragraphen hieß es:

⁴¹⁷ vgl. Ágnes Tóth, Zwang oder Möglichkeit, 101-103.

⁴¹⁸ vgl. Wilfried Krallert, Zur gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in und aus Südosteuropa, 91.

⁴¹⁹ vgl. Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 435-436.

⁴²⁰ vgl. Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 435; Günter Schödl, Lange Abschiede, 529.

⁴²¹ Die Zahlen über die Vertreibungsverluste der Deutschen in Ungarn sind sehr unterschiedlich. Während Günter Schödl von rund 220000 Vertriebenen ausgeht, nennt Martin Kovacs 250000 vertriebene Ungarndeutsche. vgl. hierzu auch vgl. Martin L. Kovacs, National Minorities in Hungary 1919-1980, 166; Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 439.

⁴²² vgl. Günter Schödl, Lange Abschiede, 530.

⁴²³ vgl. Franz H. Riedl, Bestand und Lage des Deutschtums in Südosteuropa, 439.

„Die drei Regierungen sind nach gründlicher Untersuchung der Frage zu der Einsicht gelangt, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teile dieser Bevölkerung nach Deutschland zu unternehmen sei. Sie sind sich darüber einig, dass alle Überführungen in ordentlicher und menschlicher Weise vor sich gehen sollen.“⁴²⁴

Ende August 1947 fanden in Ungarn wieder Parlamentswahlen statt, aus denen die Ungarische Kommunistische Partei als stimmenstärkste Partei hervorging. Sie trat für eine Fortsetzung der Aussiedlungen ein, wohingegen die Unabhängige Kleinlandwirtpartei, die Sozialdemokratische Partei und auch die Demokratische Volkspartei - nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen – für eine Beendigung der Aussiedlung plädierten. Diese, von der Kommunistischen Partei forcierte, zweite Phase der Aussiedlung dauerte bis Ende 1948 an, bis Deutschland nicht mehr länger zur weiteren Aufnahme der Ausgesiedelten bereit war.⁴²⁵

Nur jener Bevölkerungsteil der Ungarndeutschen blieb zurück, der bereits stark assimiliert war. In den Jahren 1949 und 1950 wurde diesen Personen wieder ihre nationale Identität anerkannt, doch ihr enteignetes Vermögen erhielten sie nicht zurück.⁴²⁶ Der Historiker Loránt Tilkovszky schrieb über die Integration der zurückgebliebenen Ungarndeutschen:

„[...] in ihrer Heimat gerieten sie gegenüber den magyarischen Ansiedlern in die Minderheit, und auf der Suche nach einem Lebensunterhalt zerstreuten sie sich auch in großem Maße. Nach der lange Zeit vertretenen Auffassung des „Parteistaats“ sollte sich mit der Verwirklichung des zum Ziel gesetzten Sozialismus die Nationalitätenfrage automatisch lösen: Substantielle Hilfe zur Wahrung ihrer nationalen Identität erhielten sie daher nicht.“⁴²⁷

⁴²⁴ Johann Weidlein, Schicksalsjahre der Ungarndeutschen, 85-86.

⁴²⁵ vgl. Loránt Tilkovszky, Minderheiten und Innenpolitik, 10.

⁴²⁶ vgl. Loránt Tilkovszky, Minderheiten und Innenpolitik, 11.

⁴²⁷ Loránt Tilkovszky, Minderheiten und Innenpolitik, 11.

Die nach 1948 in Ungarn verbliebenen Deutschen wurden als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt. Erst durch eine Verordnung der Regierung am 25. März 1950 wurden die Ungarndeutschen rehabilitiert. 1952 wurden wieder Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache eingeführt. Die Lehrerbildung der Ungarndeutschen war erst ab 1956 möglich. Seit 1960 entstanden bilinguale Schulen, in denen teilweise in ungarischer und teilweise in deutscher Sprache unterrichtet wurde.⁴²⁸

Die vertriebenen Ungarndeutschen fanden überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und teilweise auch in der Schweiz eine neue Heimat. Die politische Integration und Gleichstellung verlief jedoch schleppend.⁴²⁹ Auch die soziale Integration konnte nur langsam vorangetrieben werden. Die „Heimatvertriebenen“, wie sie oft genannt wurden, fanden selten eine Arbeitsstelle in ihren erlernten Berufen. Teilweise mussten sie „niedrige Arbeiten“ annehmen. Diese soziale Diskriminierung war eine wesentliche zu überwindende Komponente im Integrationsprozess.⁴³⁰

Begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre wurde dem Nationalismus in Deutschland das Fundament entzogen. Dies ermöglichte die Eingliederung der vertriebenen Deutschen. Charakteristisch für die Nachkriegsjahre in Deutschland war ein politischer Frontenwechsel: Die Unionsparteien, die gemäßigte Rechte, unter Konrad Adenauer (1876-1967) führten eine Politik der supranationalen Integration. Die Sozialdemokratische Partei, angeführt von Carl-Alfred Schumacher (1896-1967) und Erich Ollenhauer (1901-1963), übernahm hingegen die Rolle der deutschen Einheitspartei.⁴³¹

Der Nationalismus in seiner abgeschwächten Form im Nachkriegsdeutschland ließ sich laut Heinrich August Winkler auf drei Gründe zurückführen: Erstens wirkte in den Köpfen der Menschen immer noch das abschreckende Beispiel des Nationalsozialismus nach. In Deutschland hatte der Nationalismus eine

⁴²⁸ vgl. Martin L. Kovacs, National Minorities in Hungary 1919-1980, 166-169.

⁴²⁹ vgl. Franz Hieronymus Riedl, Menschenrechte, Volksgruppen, Regionalismus, 188-189.

⁴³⁰ vgl. Eugen Lemberg (Hrsg.), Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluss des Vertriebenen-Zustroms (Gräflingen bei München 1950) 9-10.

⁴³¹ vgl. Heinrich August Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945. In: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität (Stuttgart 1993) 12-33, 15-16.

Radikalisierung erfahren wie nirgendwo sonst und somit wurde die deutsche Bevölkerung von einer stärkeren „Denationalisierung“ erfasst. Zweitens wurde mit dem wirtschaftlichen Aufschwung die Gesellschaft weniger anfällig für einen aggressiven Nationalismus als in der von Massenarmut geprägten Phase vor dem Krieg. Drittens war das Konzept der (West-)Integration ein wesentlicher Bestandteil der Vorgehensweise gegen die Sowjetunion.⁴³²

Am 6. Februar 1992 wurde ein deutsch-ungarischer Vertrag über die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ungarn unterzeichnet. Die ungarische Regierung hatte sich bereits zwei Jahre zuvor dazu bekannt,

„dass die 1944 begonnene Verschleppung und die dann folgende Aussiedlung der Ungarndeutschen ein die Menschenrechte schwer verletzendes, ungerechtes Verfahren war. [...] Diese Maßnahmen waren Ausdruck dafür, dass die Ungarndeutschen kollektiv zur Verantwortung gezogen wurden.“⁴³³

⁴³² vgl. Heinrich August Winkler, Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, 16.

⁴³³ Kathrin Sitzler. Gerhard Seewann, Ungarische und rumänische Stimmen zur Vertreibung (Deutschland und seine Nachbarn/18, Bonn 1997) 5.

10. Zusammenfassung

Mit Kriegsende wurden die Rechte der deutschen Volksgruppe in Ungarn in Frage gestellt. Mit dieser Infragestellung kam es zur Eskalation eines aggressiven Verhaltens gegenüber der ungarndeutschen Bevölkerung: Es war die – rational nur schwer erklärbare - Abneigung der magyarischen Bevölkerung den Ungarndeutschen gegenüber. Die offizielle Politik stempelte die ungarndeutsche Bevölkerung als Kollaborateure ab und machte sie für die Unterwerfung Ungarns unter die nationalsozialistische Herrschaft verantwortlich. Die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa war somit einerseits eine Antwort auf das nationalsozialistische totalitäre Regime, andererseits aber vor allem das Resultat des über Jahrhunderte konkurrierenden Verhältnisses zwischen der Staatsnation, die von einem ungarischen Nationalismus stark beeinflusst wurde, und einer Minderheit, die sich während des Zweiten Weltkrieges den Einwirkungen des Deutschen Reiches nicht entziehen konnte. Doch der anhaltende „Diaspora-Charakter“ der deutschen Minderheit war nur bedingt für die Vertreibung der „deutschen Volksgruppe“ verantwortlich. Auch die teilweise fehlende direkte Verbindung zum deutschsprachigen Raum, die zersplitterte Siedlungsstruktur, die überwiegend politisch passive Haltung der Ungarndeutschen und die Tatsache, dass sie überwiegend die Landbevölkerung darstellten, bedingten die Vertreibung des ungarländischen Deutschtums.⁴³⁴ Auch die Pariser Friedensverordnungen nach dem Zweiten Weltkrieg basierten auf dem Prinzip eines einheitlichen nationalen Staates und einer „Lösung des Nationalitätenproblems“ durch eine zwangsverordnete Umsiedlung und Vertreibung. Die deutsche Bevölkerung Ungarns war in den folgenden Jahren bis 1948 von der Anwendung des Prinzips der Kollektivschuld, der Entziehung aller staatsbürgerlichen Rechte und der Zwangsausweisung betroffen.⁴³⁵

⁴³⁴ vgl. Günter *Schödl*, Lange Abschiede, 468 und 526.

⁴³⁵ vgl. Sándor *Vogel*, Sicherheitsdilemma und ethnische Konflikte aus ungarischer Sicht, 216.

Literaturverzeichnis

Franz v. *Adonyi-Naredy*, Ungarns Armee im Zweiten Weltkrieg. Deutschlands letzter Verbündeter (Neckargemund 1971).

Benedict R. O'G. *Anderson*, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts (aus dem Englischen von Benedikt Burkhard/dt. Erstausgabe/ Frankfurt am Main 1988).

Gordon W. *Allport*, Die Natur des Vorurteils (Köln 1971).

Wolfgang *Aschauer*, Zur Produktion und Reproduktion einer Nationalität. Die Ungarndeutschen (Schriftenreihe für Forschung und Praxis/Heft 107/Stuttgart 1992).

Ausgewählte Dokumente zur neuesten Geschichte der Südostdeutschen Volksgruppen. Staatsbürgerschafts-, Ausweisungs- und Beschlagnahmebestimmungen (zsgest. u. hrsg. v. Südostdeutschen Kulturwerk München/Reihe B/Wissenschaftliche Arbeiten/5/1956).

Béla *Beller*, Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn. 1. Teil bis 1919 (Budapest 1986).

Béla *Beller*, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn. 1933-1938 (übers. v. Franz Wesner/Speyer 2000).

Thomas v. *Bogyay*, Grundzüge der Geschichte Ungarns (Darmstadt 1977).

Georg *Brunner*, Boris *Meissner* (Hrsg.), Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und Osteuropa (Köln 1982).

Heinrich *Class*, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich (Leipzig 1932).

Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas (49/2008) (Gerhard *Seewann*, József *Kovács* (Hrsg.), München – Budapest, Ungarn – Bayern 2/49/2008/München 2007).

Das Schicksal der Deutschen in Ungarn (unveränderter Nachdr. d. Ausg. 1956/Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa/Band 2/München 2004).

Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung (4. Jahrgang/Berlin 1940).

Deutsches Archiv für Landes- und Volkstumsforschung (Jahrgang 1940/Berlin 1940).

Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/1950, Hrsg. Statistische Bundesamt Wiesbaden (Stuttgart 1958).

Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1900-1918 (Budapest 1966).

Holger *Fischer*, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi. Ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900 bis 1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919 (München 1978).

Holger *Fischer*, Eine kleine Geschichte Ungarns (Frankfurt am Main 1999).

Ernst *Flachbarth*, System des internationalen Minderheitenrechts. Geschichte des internationalen Minderheitenschutzes. Positives materielles Minderheitenrecht (Budapest 1937).

Manfred *Funke*, Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches (Durchges. um e. Reg. erw. Nachdr. d. erstmals 1976 ersch. Werkes/Kronberg 1978).

Klaus-Detlev *Grothusen*, Südosteuropa-Handbuch. Ungarn (Band V/ o.O, 1987).

Rudolf *Grulich* (Hrsg.), Nationale Minderheiten in Euroopa. Eine Darstellung der Problematik mit Dokumenten und Materialien zur Situation der europäischen Volksgruppen und Sprachminderheiten (Opladen 1975).

Janos *Hauszmann*, Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Ost- und Südosteuropa Geschichte der Länder und Völker/Regensburg 2004).

Jörg K *Hoensch.*, Geschichte Ungarns 1867-1983 (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984).

Jörg K. *Hoensch*, Ungarn-Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft (Hannover 1991).

Edgar *Hösch*, Karl *Nehring*, Holm *Sundhausen* (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte Südosteuropas (Wien/Köln/Weimar 2004).

Edgar *Hösch*, Gerhard *Seewann* (Hrsg.), Aspekte ethnischer Identität. Ergebnisse des Forschungsprojekts „Deutsche und Magyaren als nationale Minderheit im Donaauraum“ (München 1991).

Stephan M. *Horak*, Eastern European National Minorities 1919-1980. A Handbook (Littleton 1985).

Wilfried *Krallert*, Zur gegenwärtigen zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in und aus Südosteuropa. In: Südostdeutsche Heimatblätter (Folge 1/Jahrgang 4/München 1955).

Wilfried *Krallert*, Atlas zur Geschichte der deutschen Ostsiedlung (Bielefeld, Berlin, Hannover 1958).

Eugen *Lemberg* (Hrsg.), Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluss des Vertriebenen-Zustroms (Gräflingen bei München 1950).

Eugen *Lemberg*, Geschichte des Nationalismus in Europa (Stuttgart 1950).

Karl *Manherz*, Die Ungarndeutschen (Welt im Umbruch1/Geschichte/Budapest 1998).

Miklós *Molnár*, Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (dt. Übersetzung von Bálint Balla/Hamburg 1999).

František *Palacký*, Österreichs Staatsidee (Wien 1972).

Richard G. *Plaschka*, Horst *Haselsteiner*, Arnold *Suppan*, Anna M. *Drabek* (Hrsg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Zentraleuropastudien/Band 3/Wien 1997).

Franz Hieronymus *Riedl*, Das Südostdeutschtum in den Jahren 1918-1945 (Südostdeutsches Kulturwerk/Klein Südostreihe/Heft 3, München 1962).

Franz Hieronymus *Riedl* (Hrsg.), Menschenrechte, Volksgruppen, Regionalismus. Festgabe für Hon. Prof. R. A. Dr. Theodor Vetter zum 75. Geburtstag (Wien 1982).

Franz Hieronymus *Riedl*, Stefan *Steiner*, Die Ungarndeutschen. Weg einer Volksgruppe (Freilassing 1962).

Harald *Roth* (Hrsg.), Studienhandbuch östliches Europa (Band 1/Geschichte Ostmittel- und Südosteuropa/Köln 1999).

Theodor *Schieder*, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa (Göttingen 1991).

Günter *Schödl*, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890-1914. Zur Geschichte des deutschen „extremen Nationalismus“ (Frankfurt a. M. 1978).

Günter *Schödl* (Hrsg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau (oO. o.J.).

Hedwig *Schwind*, Jakob Bleyer. Ein Vorkämpfer und Erwecker des ungarländischen Deutschtums (München 1860).

Gerhard *Seewann*, Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa. Vorträge der internationalen Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft (München) (Oldenbourg [u.a.] 1995).

Ingomar *Senz*, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik (München 1977).

Ingomar *Senz* (Hrsg.), Donauschwäbische Geschichte (München 1997).

Josef Volkmar *Senz*, Geschichte der Donauschwaben. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien/München 1993).

Kathrin *Sitzler*. Gerhard *Seewann* (Hrsg.), Ungarische und rumänische Stimmen zur Vertreibung (Bonn 1997).

Edmund *Steinacker*, Lebenserinnerungen (Veröffentlichung des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München/Nr. 13 München 1937).

Harold *Steinacker*, *Austro-Hungarica*. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Ungarns und der österreichisch-ungarischen Monarchie (München 1963).

Kurt *Stephenson* (Hrsg.), *Leben und Leistungen. Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert* (2. Fortsetzung der Burschenschaftlichen Doppelbiographie/Heidelberg 1965/Heidelberg 1967).

Südostdeutsche Forschungen (Band 3/München 1938).

Südostdeutsche Heimatblätter (Folge 1/Jahrgang 4/München 1955).

Süddeutsches Archiv (4. Jahrgang/Berlin 1940).

Johann *Szegö*, *Eine kurze Geschichte Ungarns. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen* (Wien 2005).

Jenő *Szücs*, *Nation und Geschichte. Studien* (Köln/Wien 1981).

Loránt *Tilkovszky*, *Nationalitätenpolitische Richtungen in Ungarn in der gegenrevolutionären Epoche (1919-1945)* (*Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 123/Budapest 1975).

Loránt *Tilkovszky*, *Teufelskreis. Die Minderheitenfrage in den deutsch-ungarischen Beziehungen 1933-1938* (Budapest 1989).

Siegfried *Tornow*, *Was ist Osteuropa? Handbuch der Osteuropäischen Text- und Sozialgeschichte von der Spätantike bis zum Nationalstaat* (*Slawistische Studienbücher/Bd. 16/Günther Haus und Helmut Jachnow* (Hrsg.)/Wiesbaden 2005).

Ágnes *Tóth*, Zwang oder Möglichkeit? Die Annahme der Maxime von der Kollektivschuld und die Bestrafung der deutschen Minderheit in Ungarn. In:

István György *Toth* (Hrsg.), Geschichte Ungarns (Dt. Übersetzung Evá Zádor/Budapest 2005).

Karl und Mathilde *Uhlirz*, Handbuch der Geschichte Österreich-Ungarns (Bd. 1/Graz/Wien/Köln 1963).

Fritz *Valjavec* (Hrsg.), Südostdeutsche Forschungen (hrsg. im Auftrag des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München/München 1936).

Johann *Weidlein*, Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Eine historische Studie (Schorndorf 1953).

Johann *Weidlein*, Madjarisierung der Deutschen in Ungarn und in Deutschland (Schorndorf 1955).

Johann *Weidlein*, Schicksalsjahre der Ungarndeutschen. Die ungarische Wendung (Würzburg 1957).

Heinrich August *Winkler* (Hrsg.), Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität (Stuttgart 1993).

Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas. Gedenkschrift für Wilhelm Grülich (Südosteuropa/2. Band/München 1961).

F. *Zwitter*, Die nationalen Fragen in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1900-1914), in: Die nationale Frage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. 1900-1918 (Budapest 1966) 11-38.

Abstract

Die Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte der Ungarndeutschen von der Ansiedlung bis zur Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges. Mit der Entstehung eines nationalen Bewusstseins rückten auch die Nationalitäten in den Mittelpunkt der politischen Interessen. Daher werden in einem Kapitel die Grundbegriffe der Nation näher erklärt.

In der Fragestellung nach der Entstehung von Nationalbewusstsein, Nationskonzeption und Nationalstaatsbildung lassen sich nach Theodor Schieder drei Phasen der europäischen Nationalstaatsbewegung unterscheiden.⁴³⁶

In der ersten Phase dieser Entwicklung entstanden die modernen Nationen in England und Frankreich. Hier wirkten die Französische Revolution und die sogenannte *volonté générale* als die nationbildenden Kräfte. Die Nation verstand sich als eine Gemeinschaft der Bürger, war somit also gleichbedeutend mit Staatsbürgerschaft. Ende des 18. Jahrhunderts wurde somit der „Grundstein“ einer Verbindung von Nation und Demokratie gelegt.

In der zweiten Phase gingen in Mitteleuropa die Nationalstaaten aus den getrennten Teilen von Nationen hervor. Es war dies die Zeit der nationalen Einheitsbewegungen in Deutschland und Italien und die Zeit der großen Geschichtsphilosophen. Hiermit verbunden war die Idee, dass der Staat auf dem Volk gegründet war, das durch sprachliche und kulturelle Merkmale definiert war.

In der dritten Phase nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in Ostmittel- und Südosteuropa durch die Zersplitterung der großen Reiche, Österreich-Ungarns, Russlands und des Osmanischen Reiches, die neuen Nationalstaaten.

In dem Moment, als sich die Nationen aus einem größeren Ganzen herauszulösen begannen, war eine Betrachtung von Nation als eine Gemeinschaft der Bürger oder als Zugehörigkeit zum Staat nicht mehr länger möglich. Daher stellte sich die Forderung nach einer anderen Gemeinsamkeit. In dieses Vakuum trat der ethnisch-sprachlich bestimmte Nationsbegriff und somit wurde Sprache zur integrierenden Kraft.⁴³⁷ Dieser vor allem auf der Philosophie Herders beruhende kulturpolitische Nationalismus

⁴³⁶ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 89-93.

⁴³⁷ vgl. Theodor Schieder, Nationalismus und Nationalstaat, 94.

betrachtet Nation als „Gesamtheit aller Menschen gleicher Sprache, gleicher Kultur und gleicher Geschichte“.⁴³⁸

Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn zog sich über mehrere Jahrhunderte hindurch und erfolgte größtenteils aus staatlicher Initiative. Teilweise entsprang die Einwanderung aber auch privater Initiative, wodurch eine statistische Erfassung der zugewanderten Deutschen nur schwer möglich war. In den wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zeigten sich durch die Ansiedlung der Deutschen durchwegs positive Auswirkungen: Die landwirtschaftliche und die gewerblich-industrielle Produktion wurden gesteigert, die Besiedlung der Städte beschleunigt und es konnte eine Anregung zur modernen Umgestaltung des durch den Adel unterdrückten Landes gegeben werden.⁴³⁹

Ein Kapitel beschäftigt sich mit der Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierung und der Assimilation der Ungarndeutschen. 1868 wurde das „Gesetz zur Gleichberechtigung der Nationalitäten“ von Ferenc Déak entworfen. Das Gesetz ging vom leitenden Gedanken einer unteilbaren, einheitlichen ungarischen Nation aus und sicherte den Ungarndeutschen keine kollektiven Rechte. Eine Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage scheiterte am Festhalten der ungarischen Regierung an der territorialen Integrität Ungarns.

Eine effektive Magyarisierung konnte in den Schulen erreicht werden. Daher wurden auch zahlreiche Schulgesetze erlassen, mittels welcher der staatliche Einfluss auf die Schulen erhöht werden konnte. Im Jahr 1907 erreichte die Magyarisierungspolitik im Schulwesen ihren Höhepunkt. Mit dem von Kultusminister Graf Albert Apponyi (1846-1933) vorgelegtem Schulgesetz wurde der ungarischen Sprache im Unterricht absolute Priorität eingeräumt.

Ende der 1920er Jahre wurde eine Kategorisierung der Schulen in drei Typen vorgenommen: In den Typ-A-Schulen wurde in deutscher Sprache unterrichtet, in den Typ-B-Schulen wurde gemischtsprachig unterrichtet und in den Typ-C-Schulen war Deutsch nur noch ein Unterrichtsgegenstand. Die Errichtung von Typ A- und B-

⁴³⁸ Ingomar Senz, Die national Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik (München 1977) 14.

⁴³⁹ vgl. Josef Volkmar Senz, Geschichte der Donauschwaben, 58-61.

Schulen wurde von den Behörden teilweise verhindert. Die Magyarisierung des Schulwesens führte dazu, dass die meisten Ungarndeutschen weder Deutsch noch Ungarisch lesen oder schreiben konnten. Erst durch den zunehmenden Einfluss des Deutschen Reiches im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde das Schulsystem wieder zugunsten der deutschen Bevölkerung in Ungarn verbessert.

Auch die Position der Kirchen in Bezug zur Magyarisierung wird kurz beschrieben. Vor allem in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nutzte der Staat die ungarischen Kirchen als Werkzeug seiner Assimilationspolitik. In den Jahren zwischen 1890 und 1910 kam es zu einem durch Assimilation bedingten Rückgang der deutschen Bevölkerung von 450000 bis 500000 Personen.

In einem weiteren Kapitel wird die politische Emanzipation der Ungarndeutschen analysiert. 1905 wurde die UDVP (= Ungarländische Deutsche Volkspartei) gegründet. Die Exponenten der deutsch nationalen Bewegung waren Jakob Bleyer und Rudolf Brandsch. Ihre Politik wird in zwei Kapiteln dargestellt.

Zwischen den beiden Weltkriegen erfuhr die ungarische Nationalitätenpolitik eine Radikalisierung. Die Magyarisierung der Orts- und Familiennamen wurde verstärkt durchgeführt. Aber auch innerhalb der volksdeutschen Bewegung war Ende der 1930er Jahre durch den Einfluss der NSDAP eine Radikalisierung bemerkbar. Bereits 1935 hatte sich die nationalsozialistische Fraktion unter dem Namen „Volksdeutsche Kameradschaft“ aus dem UDV herausgelöst.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde sowohl die ungarische Politik als auch die deutsch nationale Bewegung in Ungarn vom Deutschen Reich beeinflusst. Erst spätestens mit der Besetzung Ungarns 1944 durch deutsche Truppen änderte die ungarische Regierung ihren Kurs und strebte eine Einigung mit den Alliierten Mächten an. Im April 1945 „befreite“ die sowjetische Armee Ungarn von den deutschen Besatzern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg eskalierte die ablehnende Haltung gegenüber der deutschen Nationalität in der Vertreibung hunderttausender Deutscher aus Ungarn. Die Aussiedlung der Ungarndeutschen basierte nicht auf dem Prinzip der individuellen

sondern auf der kollektiven Schuld. Erst in den 1990er Jahren bekannte sich die ungarische Regierung dazu, dass dies eine ungerechte und unwürdige Vorgehensweise war.

Lebenslauf

Birgit Steiner, geb. am 14. Mai 1982 in Eisenstadt, Mutter Selbständige, Vater Kaufmännischer Angestellter.

2000 Matura am Gymnasium Neusiedl am See.

2000 Beginn des Studiums in Wien, zunächst Medizin, dann Englisch und Russisch. Nach einer kurzen Studienpause und längeren Überlegungen Wechsel zu Lehramtsstudium Geschichte und Russisch.

Erster Auslandsaufenthalt im Zuge des Studiums 2003 in Nišnij Novgorod. Sommersemester 2007 Studium an der RGGU (Российский Государственный Гуманитарный Университет) in Moskau. Weitere Russlandreisen führten bis zur Russisch-Chinesischen Grenze.

2006 Heirat mit Ing. Steiner Gerald, 2008 Geburt unsers gemeinsamen Sohnes Jonas.